Rüdiger H. Tronje

SWAPO

Die Geißel Südwest-Afrikas

VOWINCKEL

RÜDIGER H. TRONJE

SWAPO – Die Geißel Südwestafrikas

Südwestafrika/Namibia, das seit vielen Jahren als Zankapfel zwischen der UNO und Südafrika im Kreuzfeuer der Kritik steht, hat im vergangenen Jahrzehnt immer neue Anstrengungen unternommen, um zum Ziel einer Selbstverwaltung und Selbstregierung zu kommen. Es hat in der Turnhallen-Allianz und später in der Nationalversammlung und im Ministerrat stets aufs Neue versucht, von der Apartheid fort zu einem Miteinander aller Volks- und Stammesgruppen zu gelangen.

Es gelang dem Lande und seinen Politikern – Schwarzen, Weißen und Farbigen – die ersten freien Wahlen durchzusetzen, nach dem westlichen System: »ein Mensch – eine Stimme«.

Entscheidender Widersacher dieser Bemühungen ist die in Südafrika mit kommunistischer Hilfe gegründete SWAPO, deren Bemühungen dahin zielten, in Südwestafrika durch Terror an die Macht zu gelangen und die sich an keiner Wahl beteiligten, nicht einmal im Ovamboland, ihrer eigentlichen Heimat.

Gleich zu Beginn ihrer blutigen Aktionen in Südwestafrika verboten, ging die Führungsspitze der SWAPO ins Ausland. Zunächst nach Sambia, dann nach Angola. Von hier aus unternahm sie in den folgenden Jahren ihre »Feldzüge« nach Südwestafrika/Namibia hinein und überzog vor allem den Norden des Landes mit Terrorüberfällen, Sabotageunternehmungen und Kindesraub. Frauen, Greise und Kinder wurden gleicherweise erschossen, aufgespießt und in die Luft gesprengt.

Trotz dieser Handlungen wurden die »Bajonett-Demokraten« der SWAPO von der UNO anerkannt, als Beobachter zugelassen und später als alleinige Vertreter Südwestafrikas/Namibias anerkannt und mit Millionen und Abermillionen Unterstützungsgeldern bedacht.

Diese kamen nicht nur von den verschiedensten Gruppen der UNO, sondern auch aus westlichen Ländern und von christlichen Kirchen. Die Waffen, Munition und Ausbilder stellten die UdSSR und die DDR, hinzu kamen Riesenkontingents kubanischer Söldner.

Mit dieser Fülle an Waffen und skrupellosen Killern versuchte die SWAPO die Macht an sich zu reißen.

Südafrikas Hilfeleistung für ihr Mandatsland wurde – wie könnte es anders sein – als Aggression dargestellt, die SWAPO-Mordanschläge – trotz der 56 Briefe des Vertreters Südafrikas im Weltsicherheitsrat – schlicht ignoriert.

In diesem Werk wird aus der Feder eines Afrikakenners das unselige Töten der SWAPO ebenso dargestellt, wie die Absichten dieser Organisation nach der Machtergreifung, die für Namibia das Schlimmste befürchten lassen.

Ein Buch, das jedem Fachmann ebenso wie jedem Laien willkommen sein sollte, der die bewußte Desinformation in vielen Medien durchbrechen und zum Kern der Dinge vorstoßen will.

KURT VOWINCKEL-VERLAG
D-8137 BERG AM SEE

ISBN 3 921 655 27 9

Schutzumschlag: H. O. Pollähne
Gesamtherstellung: Ebner Ulm

Inhaltsverzeichnis

SÜDWESTAFRIKA/NAMIBIA

ZEITWENDE IN SÜDWEST

ZEIT DES TERRORS UND DER FURCHT

DER STURM BRICHT LOS

AUF DEM WEGE ZUR NATIONALREGIERUNG

ANLAGEN

Südwestafrika/Namibia

Die Lage – Geographie und Bodenschätze

An der südwestlichen Küste des afrikanischen Kontinents gelegen, ist Südwestafrika/Namibia ein wenig besiedeltes und überwiegend dürres Land. Im Norden grenzt es an Angola, im Süden an Südafrika, im Osten an Botswana. Die Westgrenze ist durch die Küstenlinie des Atlantischen Ozeans gegeben.

Bliebe noch der Caprivi-Zipfel, ein schmaler Landstreifen, der sich – im Nordosten beginnend – sehr tief nach Osten vorschiebt und sich zwischen den beiden Staaten Sambia und Botswana hindurch bis zur Grenze von Rhodesien erstreckt. Dieser etwa 450 Kilometer breite Landstreifen, der eine Tiefe bis zu 50 Kilometern aufweist, wurde geschaffen, um dem seinerzeitigen deutschen Schutzgebiet Südwestafrika direkten Zugang zum Sambesi-Fluß zu ermöglichen. Reichskanzer Graf von Caprivi hatte ihn in den am 1. Juli 1890 in Kraft tretenden Helgoland-Sansibar-Vertrag aufnehmen lassen.

Die Gesamtfläche Südwestafrikas beträgt 842 269 Quadratkilometer, auf denen nach der letzten Schätzung vom Jahre 1980 989 100 Menschen leben. Walvis Bay ist völkerrechtlich Teil der Republik Südafrika und hat eine Ausdehnung von 1124 Quadratkilometer. Eine Anzahl kleinerer Inseln entlang der südwestafrikanischen Küste gehören ebenfalls zur Republik Südafrika.

Der Norden des Landes wird durch ständig Wasser führende Flüsse fruchtbar gemacht. Die Niederschlagsmenge ist im gesamten Territorium sehr niedrig und fällt äußerst unregelmäßig. Dies hat seine Ursache in der Tatsache, daß der vor der Küste entlang verlaufende Benguelastrom im Westen und die etwa 160 Kilometer landeinwärts gelegenen Bergregionen im Osten jede Regenwolke aufhalten und abregnen lassen. Dieses Phänomen führte zur Bildung der dazwischenliegenden Wüste, der Namib, deren gesamte Länge 1300 Kilometer beträgt. Sie verläuft parallel zur Küste und hat eine Breite von 50 bis 140 Kilometer. Dahinter liegt das Hochland, in dem Regen fällt, was die Weidewirtschaft und den Plantagenanbau möglich macht.

Von Zeit zu Zeit wird das Land von langanhaltenden Dürreperioden heimgesucht. In der Namib selbst gibt es die höchsten Dünen

der Welt, die bis zu 300 Meter hoch sind. Außerdem birgt diese Wüste die größten Schätze Südwestafrikas: Diamanten.

Weiter landeinwärts beginnt das Zentralplateau mit seinen Erhebungen zwischen 1000 und 2000 Meter. Es bedeckt mehr als die Hälfte des Landes.

Der östliche Landesteil wiederum ist durch einen Teil der Kalahari gekennzeichnet. Es ist dies eine abflußlose Beckenlandschaft, die durch sanfte Schwellen in mehrere Einzelbecken unterteilt ist. Im Norden der Kalahari liegt die Trockensavanne mit dem sumpfigen Okawangobecken und der Makarikari-Salzpfanne. Hier befindet sich das Rückzugsgebiet der Buschmänner. Im Norden dieses Gebietes ist der Anbau von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und die Viehhaltung möglich.

Zwischen Auob und Nossob liegt der Kalahari-Gemsbock-Nationalpark, in dem es Herden von Oryxantilopen, Strauße, Gnus und Löwen gibt.

Der Niederschlag beträgt im Süden und Westen des Landes weniger als 100 mm im Jahr. Im mittleren Landesteil liegt der Durchschnitt der Niederschlagsmenge bei 200 bis 400 mm, im Norden und Nordosten beträgt er über 400 mm im Jahr.

Diese grassierende Trockenheit läßt nur auf etwa 1,1 Prozent des gesamten Landes den Ackerbau ohne Bewässerung zu. Damit ist auch der Grund für die niedrige Besiedlungsdichte gegeben. Es lebt etwa ein Mensch auf einem Quadratkilometer des Landes.

Die Volksgruppen – ihre Sprachen und Distrikte

(Siehe dazu: Die Volksgruppen Südwestafrikas, S. 132)

Es gibt in Südwestafrika insgesamt 12 Bevölkerungsgruppen mit zum Teil sehr verschiedenen Sprachen. Die Muttersprache der Buren, der Farbigen und der Baster ist Afrikaans. Englisch und Deutsch werden von einem großen Teil der Bevölkerung gesprochen oder zumindest verstanden.

Die einzelnen Sprachengruppen, mit denen in Südwestafrika Kommunikation betrieben wird, sind verschiedenster Art über die drei genannten Sprachen hinaus. Da ist einmal die Bantusprache der *Ambo* und der *Herero*, die *Khoisansprachen*, wie sie beispielsweise von den *Nama* und den *Buschmännern* gesprochen werden. Übrigens sprechen auch die *Damara* die Sprache der Nama,

obgleich sie ethnisch nicht miteinander verwandt sind.

In Ovambo, einem der 22 Distrikte des Landes, leben sieben *Ovambo-(Ambo-)Stämme*, die miteinander verwandte Dialekte sprechen. Diese sieben Stämme haben sich auf die Sprachen der Ndonga und der Kawanyama geeinigt, die nun untereinander gesprochen werden.

Die fünf Stämme des *Kavango* wieder sprechen drei Sprachen. Eine davon, das Kwangali, ist die Sprache der westlichen Kavango; sie wird von der Mehrheit der Kavangobevölkerung gesprochen. Im zentralen Kavangogebiet und im Raume Mbukushu und in den östlichen Gebieten verständigt man sich in Gciruku.

Im Caprivigebiet wiederum, in dem nicht weniger als sechs verschiedene Stämme ansässig sind, spricht man *Lozi*, eine Sprache, die zu keinem dieser sechs Stämme gehört. Hier wird außerdem von allen Menschen Englisch verstanden.

Die *Tswana*, jene in Südwestafrika kleinste Bevölkerungsgruppe, verständigen sich untereinander und mit den Menschen der angrenzenden Stämme Botswanas in deren Sprache.

Warum die *Damara* und *Nama* die gleiche Sprache sprechen, ist bisher noch nicht befriedigend erklärt. Die räumliche Verbundenheit untereinander scheidet als Erklärung aus, weil die Damara im nördlichen und zentralöstlichen Teil des Landes, die Nama hingegen im Süden wohnen.

Die Sprache der über ein großes Gebiet verstreut in Sippenverbänden lebenden *Buschmänner* konnte bis heute in der Vielzahl der Dialekte noch nicht allgemeingültig gesammelt und klassifiziert werden. Zwar wurden bereits 1969 die ersten Buschmann-Schulbücher in einem der Dialekte, Kung, herausgebracht, aber die weitere Arbeit an der Erforschung dieser Sprache kam zum Erliegen. Um sich mit den übrigen Stämmen verständigen zu können, sprechen die Buschmänner auch Khoisan.

Die Hauptstämme der Bevölkerung sind zum einen die *Ovambos* oder Ambo, die mit 455 700 Köpfen nach der Volksschätzung des Jahres 1980 beinahe die Hälfte der Gesamtbevölkerung Südwestafrikas bilden. Die *Weißen* mit 112 700 Menschen stellen die zweitgrößte Gruppe, gefolgt von den *Damara* mit 88 200, den *Herero* mit 63 600, den *Kavango* mit 67 300, den *Nama* mit 44 200, den *Farbigen* mit 37 700, den *Ostcaprivianern* mit 34 300, den *Buschmännern* mit 30 200, den *Rehoboth-Baster* mit 23 100, den *Kaokoländern* mit 7600, den *Tswana* mit 5100 und einigen noch

kleineren Gruppen, die zusammengefaßt wurden und insgesamt 19 400 Menschen stark sind.

Die *Volksgruppe der Kavango* setzt sich wiederum aus den Stämmen der Kawangali, der Mbunza, Sambiu, Gciriku und Mbukushu zusammen. Die *Ambo* (Wambo) am Westrand von Kavango sind sogar in sieben Einzelstämme unterteilt: die Kwanyama, Ndonga, Kwambi, Ngandjera, Kwaluudhi, Mbalantu und den Kolonkadhi-Eundas.

Die Bewohner von *Ostcaprivi* setzen sich zu 90 Prozent aus den beiden größten Stämmen, den Masubias und Mafwes, zusammen. Die übrigen 10 Prozent sind kleinere Gruppen aus den Stämmen der Mayeyis, Matotelas, Mbuskushus und Mashis. Das Gebiet von Westcaprivi wird von Buschmännern durchstreift.

Die Sprache der *Namas* unterscheidet sich ebenso wie jene der *Buschmänner* völlig von den anderen in Südwestafrika gesprochenen Sprachen, sie ist Hottentottisch.

Die Bezeichnung *Damara* ist die Kennzeichnung der früheren Bezeichnung für Dama (Bergdama) und im 19. Jahrhundert auch für Herero. Es handelt sich bei ihnen um Klippkaffern, ein zurückgedrängter negrider Volksstamm in Südwestafrika. Ihre ursprüngliche Sprache ist weitgehend verschollen und wurde nach und nach durch das Nama-Hottentottisch verdrängt.

Die *Herero*, die zu den Bantustämmen zählen, gelangten vor über 200 Jahren aus dem Kaokoveld in ihre heutigen Weidegebiete. Es sind reine Hirtennomaden, obgleich eine Reihe Anzeichen dafür sprechen, daß ihre Vorfahren Feldbau betrieben haben. Sie waren später allerdings ein umherziehendes Hirtenvolk und haben ihre alte Stammeskultur weitgehend verloren. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts zogen sie in größeren Gruppen aus dem Kaokoveld nach Süden. Nur eine geringe Anzahl Hereros und einige kleine ihnen verwandte Stämme, beispielsweise die Himbas und Tjimbas, blieben im Kaokoveld zurück.

Frühe Geschichte Südwestafrikas

Die frühe Geschichte Südwestafrikas vor der deutschen Besetzung der Küste und – von dort ausgehend – der Inbesitznahme des ganzen Landes wurde weitgehend durch den Gegensatz zwischen den Hirtenvölkern der Hottentotten und der Herero bestimmt. Die Hottentotten gelten nach den Buschmännern als die ältesten Ein-

wohner Südwestafrikas. Sie waren – wie bereits erwähnt – in Stammesverbänden lebende Hirtennomaden, die mit ihren großen Herden das Land durchzogen und nur dort länger verweilten, wo die Weideverhältnisse günstig waren.

Sie traten zuerst mit den gegen das Ende des 15. Jahrhunderts hier landenden Portugiesen in Kontakt. Die Hauptgruppe der Hottentotten in Südwestafrika sind die Nama. Diese gerieten als erste seit der Mitte des 18. Jahrhunderts mit den von Norden nach Süden hinunterwandernden Hereros in Konflikt. Beide trugen in Südwestafrika die ersten Stammeskämpfe untereinander aus, die zu Ende des 18. Jahrhunderts voll entbrannten, als das Gros der Hereros ins Land kam. Ihr Verhältnis zueinander war damit zu einer offenen tödlichen Feindschaft geworden.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts zogen auch die Orlam, ein hottentottischer Stamm aus Südafrika, nach Norden und in das Gebiet von Südwestafrika hinein. Sie schwangen sich schließlich zu den Herren des Landes auf, weil sie etwas von den weißen Siedlern mitbrachten, was sie überlegen machte: Gewehre.

Ebenfalls aus dem Kapland kamen die Baster nach Südwestafrika. Es waren dies Mischlinge von europäischen Vätern und hottentottischen Müttern, die sich im Großraum von Rehoboth und Rietfontein niederließen und sich nach dem Hauptniederlassungsort »Rehoboth-Baster« nannten. Diese Baster zogen im Jahre 1868, geführt von ihrem Kaptein Hermanus van Wyk, zum Oranjefluß, überschritten diesen und siedelten sich bei Rehoboth an.

Die Baster sprachen ebenso wie die Gruppe der Farbigen Afrikaans. Übrigens ist diese Bezeichnung, die hierzulande aus Unkenntnis als Beschimpfung aufgefaßt wird, ein von den Baster selbst geforderter Name. Sie bestanden darauf, daß ihre Kinder bei der Geburt als Rehoboth-Baster registriert wurden. Sie legten vor allem besonderen Wert darauf, als selbständige Gruppe anerkannt zu werden, weil sie zum einen eine eigene Geschichte und seit über 100 Jahren eigenen Grundbesitz in Südwestafrika haben.

Die Gruppe der Farbigen wiederum lebt in den Räumen um Windhoek-Keetmanshoop und Lüderitz.

Die Herero, ein Bantustamm, kamen im Verlaufe ihres Wanderzuges durch Nordrhodesien und Südangola nach Süden, überschritten den Cunene und gelangten in Südwestafrika bis an den Swakop. Von dort mußten sie sich vor den von Süden herandringenden Hottentotten langsam wieder nach Norden zurückziehen.

Da die beiden Völker der Herero und Hottentotten Hirtennomaden waren, die für ihre großen Herden entsprechende Weidegebiete benötigten und zudem ihre Wanderzüge entgegengesetzt zueinander verliefen, mußten sie früher oder später hart aufeinanderprallen, denn das Land gab nicht für beide gleichzeitig gute Weideflächen her. So kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen, die jahrzehntelang anhielten und erst im Jahre 1870 durch die Vermittlung der Rheinischen Missionsgesellschaft im Frieden von Okahandja beendet werden konnten.

Hauptteil dieser kriegerischen Auseinandersetzung war der blutige Eroberungsfeldzug von Jager Afrikaner, dem Hauptanführer der Hottentotten, und dessen Sohn Jonker Afrikaner aus dem Kapland nach Norden.

Sie eroberten das ganze südliche Südwestafrika bis hinauf nach Windhoek. Der dortige Herero-Häuptling rief vergebens um Hilfe. Jonker Afrikaner stieß noch weiter nach Norden vor und eroberte auch Okahandja. Bis 1840 unterwarf er in blutigen Schlachten alle Hererostämme und begründete seine Hauptstadt Windhoek.

Es war im Jahre 1850, als Jonker Afrikaner alle Hererobewohner von Okahandja umbringen ließ. Nunmehr rüstete er sich zu einem Feldzug gegen die im Norden des Landes wohnenden Ovambos. Sein Tod verhinderte diesen sicherlich ebenso blutigen Kampf.

Der Friede dauerte etwa zehn Jahre an, dann entbrannte der Kampf zwischen diesen beiden Völkern erneut durch einen geringfügigen Anlaß; das Ringen konnte erst 1889 beigelegt werden.

Inzwischen war Südwestafrika deutsches Schutzgebiet geworden. Wie dies vor sich ging, sei im folgenden Abschnitt dargelegt.

Die Entdeckungs- und Forschungsgeschichte Südwestafrikas

Die Entdeckung der Küstengebiete Südwestafrikas war portugiesischen Seefahrern zu verdanken. Im Jahre 1485 erreichte Diego Cao das Gebiet des Kreuzkaps. Die hier vorgefundene wilde Küstenlandschaft verführte die portugiesischen Afrikafahrer nicht zur Anlage von Stützpunkten oder Versorgungsstationen. Lediglich das berühmte Kreuz, das dann den Namen Kreuzkap für diese vorspringende felsige Küstengegend schuf, wurde von seinen Leuten hier errichtet.

Ab dem 18. Jahrhundert wurde die Walvis Bay von den ersten Walfängern angelaufen, die hier eine Landstation zur Versorgung ihrer Schiffe einrichteten. Diese Station diente englischen und niederländischen Schiffen als Hafen.

Bereits im 16. Jahrhundert wanderten die ersten Herero nach Südwestafrika ein, und in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erreichten niederländische Reisende, aus Süden und Südwesten an der Küste emporsegelnd, dieses Land. Die halboffizielle Expedition des Jahres 1761 sah diese Niederländer im Süden von Südwestafrika auf der Suche nach kulturfähigem Land und Bodenschätzen. Aber beides war Fehlanzeige.

Erst im Jahre 1850 begann dann die englische Missionierung der Eingeborenen des Landes. Die ersten deutschen Missionare reisten 1842 ins Land ein; 1874 wanderten weiße Burenfamilien nach Südwestafrika und stellten gewissermaßen die ersten Kolonialpioniere dar, die das Land besiedelten und bebauten, soweit dies möglich war.

Dies veranlaßte die Kapregierung, England zur Errichtung eines Protektorates Südwestafrika aufzufordern. England lehnte dieses Ansinnen ab. Allerdings erhob es seinen Besitzanspruch auf die Walvis Bay als Ankerplatz und Station für seine Schiffahrt nach Süden und für den Walfang. Es war dies ein Gebiet von etwa 1200 Quadratkilometern.

Zu dieser Zeit verfügte Deutschland noch nicht über Kolonien. Daß der Name Deutschland überhaupt in Afrika bekanntgeworden war, ist dem segensreichen Wirken deutscher Missionsgesellschaften zu verdanken. D. Fabri, ein Repräsentant der Barmer Mission, setzte sich 1879 für den Erwerb von Kolonien durch Deutschland ein. Er verkündete dazu seine Losung, daß der Besitz von Kolonien keine Machtfrage, sondern eine Frage der Kultur sei.

Deutschlands erstes Schutzgebiet: Südwestafrika

Bereits vor diesen Wünschen Fabris waren hamburgische und bremische Handelshäuser an der afrikanischen Küste tätig geworden; Adolph Woermann beispielsweise hatte ein Afrika-Unternehmen aufgebaut, in dessen Dienst zehn Segler auf Afrikafahrt unterwegs waren. 1852 gründete dieses Handelshaus in Liberia die erste Handelsniederlassung, 1868 wurde die erste Faktorei an der

kamerunischen Küste angelegt.

Nach einigem Hin und Her und der anfänglichen Weigerung Bismarcks, afrikanische Länder zu deutschen Schutzgebieten zu erklären, begann der Deutsche Kolonialverein, der bereits einige Jahre bestand, 1882 in Frankfurt mit seiner aufklärenden Tätigkeit. Bismarck hatte erklärt: »Zu Kolonien gehört ein Mutterland, in dem das Nationalgefühl stärker ist als der Parteiengeist.«

So ging die Initiative zum Erwerb eines Schutzgebietes auch nicht von offizieller Seite aus; sie kam vielmehr aus Handelskreisen. Der Bremer Tabakimporteur Adolph Lüderitz hatte bereits 1881 in Lagos an der Sklavenküste eine Faktorei angelegt. Lüderitz setzte im Jahre 1882 das Auswärtige Amt durch eine Mitteilung davon in Kenntnis, daß er die Brigg „Tilly" mit seinem Beauftragten, Heinrich Vogelsang, in Richtung zur südwestafrikanischen Küste entsenden werde, um dort Handel zu treiben und Landkonzessionen zu erwerben.

Das Auswärtige Amt verständigte den Reichskanzler, und Bismarck fragte in England an, ob es Ansprüche auf weitere Landgebiete in Südwestafrika außer dem 1878 erworbenen Hafen Walvis Bay habe. England antwortete nicht.

Im Dezember 1882 war Kapitän Vogelsang ankerauf gegangen. Sein erstes Ziel war Kapstadt. Von dort lief die „Tilly" dann nach Löschung der für Kapstadt bestimmten Ladung die Küste entlang nach Norden und traf am 10. April 1883 in der Bucht von Angra Pequena ein.

In der sog. Lagune stieß er auf einen Engländer, der behauptete, Besitzer der gesamten Bucht zu sein, ohne jedoch die geringste Legitimation oder Kaufurkunde vorweisen zu können. Vogelsang ging an Land und wurde von der Missionsstation auf Kaptein Joseph Frederick von Bethanien aufmerksam gemacht, dem dieses Land gehörte.

Dieser verkaufte am 1. Mai 1883 laut Vertrag „die Bucht von Angra Pequena nebst fünf Meilen Gebiet im Umkreis" gegen eine einmalige Zahlung von 100 Pfund und 60 Gewehren an die Firma Lüderitz.

Am 12. Mai wurde in der Bucht am ersten Hause die deutsche Flagge gehißt. Daraufhin erhob ein gewisser Mister Spence Anspruch auf drei in der Bucht gelegene Robben- und Guanoinseln. Kaptein Frederick bestritt dies energisch, und da der Engländer ebenfalls keine Kaufurkunde vorlegen konnte, wurde er ver-

scheucht. Auch die Behörde des Kaplandes wies den Anspruch von Spence ab.

Nunmehr ging Vogelsang daran, bis November 1883 den größten Teil der Küste Südwestafrikas käuflich zu erwerben. Deutscherseits wurde das Kanonenboot „S.M.S. Nautilus" nach Südwestafrika entsandt; es kehrte im Januar 1884 wieder nach Deutschland zurück.

Die Beauftragten des Kanzlers erstatteten Bismarck Bericht. Adolph Lüderitz, dessen südwestafrikanische Vertreter mehrfach in ihrer Arbeit durch englische Behörden gestört wurden, erbat nunmehr offiziell Hilfe vom Reich. Aber noch immer zauderte Bismarck. Erst als bekanntwurde, daß der Druck Londons auf seine Behörde in Kapstadt, eine Besitzergreifung von Südwestafrika durchzuführen, übermächtig werde und das Eingreifen Kapstadts unmittelbar bevorstehe, handelte der Reichskanzler. Er ließ am 24. April 1884 ein Telegramm an den deutschen Konsul in Kapstadt absenden, in dem dieser angewiesen wurde, die dortigen Behörden davon zu unterrichten, daß die „Erwerbungen des Lüderitz unter dem Schutz des Reiches" stünden.

Am 7. August 1884 hißten die Kreuzerfregatten „Elisabeth" und „Leipzig" in Angra Pequena die deutsche Reichsflagge und stellten damit das gesamte erworbene Gebiet „unter den Schutz und die Oberherrschaft des Deutschen Reiches".

Fünf Tage darauf ergriff das Kanonenboot „Wolf" vom Sandwich-Hafen Besitz, und im Oktober 1884 traf auf der „S.M.S. Möve" der Generalkonsul und erste Reichskommissar, Dr. Gustav Nachtigal, in Südwestafrika ein. Er schloß am 28. Oktober 1884 mit Kaptein Joseph Frederick ein Schutzabkommen.

Adolph Lüderitz, der Initiator dieser Aktionen, konnte nicht mehr lange die Entwicklung mitverfolgen, denn er ertrank Ende Oktober 1886 während einer Forschungsreise durch das Land im Oranjefluß.

Vier Jahre später anläßlich des Abschlusses des Vertrages von Sansibar wurden die Grenzen von Deutsch-Südwestafrika zur britischen Kapkolonie festgelegt und auch – wie eingangs bereits erwähnt – der Caprivizipfel dem deutschen Schutzgebiet zugeschlagen. Im Süden sollte der Oranjefluß die Grenze zur britischen Kapkolonie bilden, im Norden der Cunene jene zu Portugiesisch-Westafrika. Im Osten wurde der Okawango zum Grenzfluß.

Damit war Südwestafrika Deutschlands erste Kolonie geworden. Man schrieb das Jahr 1889, als die ersten deutschen Schutztruppen unter Kurt von François nach Südwestafrika kamen. Sie setzten sich aus Freiwilligen zusammen. 1891 wurden hieraus die kaiserlichen Schutztruppen, die dem Kommando der Schutztruppen im Reichskolonialamt unterstanden und damit unmittelbar dem Reichskanzler. Die in den afrikanischen Schutzgebieten wohnenden Reichsangehörigen konnten ab 1896 ihre aktive Dienstpflicht in der Schutztruppe ableisten.

Diese Schutztruppe erreichte 1914 in Südwestafrika mit 120 Offizieren und 2000 weißen Soldaten ihren Höchststand.

Die ersten deutschen Siedler ließen sich etwa 1893 in Windhoek nieder, und ab 1894 begann Major Leutwein das Land mit einem Netz von Militärstationen zu überziehen und eine straffe Verwaltung einzurichten. 1897 wurde er Kommandeur der Schutztruppen und 1898 Gouverneur des gesamten Schutzgebietes.

Theodor Leutwein versuchte in den Jahren seiner Amtstätigkeit in Südwestafrika, vor allem aber während des Kampfes gegen die aufständigen Herero und Hottentotten vergebens, eine Kolonialverwaltung aufzubauen, die sich vor allem auf eine feste Zusammenarbeit zwischen den im Lande geborenen schwarzen Afrikanern und den zugezogenen deutschen Siedlern gründete und dem Lande Sicherheit und Aufschwung garantiert hätte.

Der Hereroaufstand, der am 12. Jan. 1904 begann, als Samuel, ein Sohn des Oberhäuptlings Maharero, sich gegen die Deutschen empörte und seine Männer einige deutsche Farmen niederbrannten, wurde im Gefecht am Waterberg im August 1904 entschieden, als es General L. von Trotha gelang, diesen gefährlichen Gegner einzukesseln und zu besiegen. Vor ihren Verfolgern flohen die besiegten Herero in die wasserlose Omaheke-Steppe, wo ein großer Teil verdurstete.

Die Hottentotten, die am Waterberg noch auf deutscher Seite gekämpft hatten, empörten sich noch im selben Jahr gegen die Schutztruppen, weil ihre Hoffnungen, vom Sieg über die Herero zu profitieren und deren Weidegebiete zu erlangen, sich zerschlugen. Der Kampf ging weiter.

In einer Reihe von Scharmützeln und Überfällen in der weiten Öde des Buschlandes und der Steppe, die sich bis Ende 1908 hinzogen, wurden auch sie geschlagen.

Während dieser Zeit war es auch immer wieder zu weiteren

Kämpfen zwischen Hottentotten und Herero gekommen, den beiden großen Rivalen in Südwestafrika.

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges rüsteten sich auch die kaiserlichen Schutztruppen zur Abwehr eines aus Südafrika kommenden Gegners. Im Januar 1915 lief der erste britische Truppentransport aus der Kapkolonie in Richtung Walvis Bay. Die Infanterie stand unter dem Befehl von General Collyer. In Walvis Bay gingen die Truppen Südafrikas an Land. Oberbefehlshaber aller Truppen Südafrikas war General Louis Botha, Kommandeur der Fliegerkräfte Oberst Kenneth R. van der Spuy.

Der Kampf dauerte bis Juli 1915, dann mußten sich die deutschen Schutztruppen der Übermacht der Gegner ergeben. Bis Ende des Krieges wurde die Verwaltung des Landes von südafrikanischen Militärs und Zivilbeamten wahrgenommen.

Im Jahre 1920 trat schließlich das Völkerbundsmandat in Kraft, nach welchem dem Dominion Südafrika die Treuhandschaft über Südwestafrika übertragen wurde.

Als nach Inkrafttreten der Charta der Vereinten Nationen am 24. Oktober 1945 die Tage des Völkerbundes gezählt waren, der bis dahin die Treuhandschaften vergeben und überwacht hatte, trat der Völkerbund am 18. April 1946 zu seiner letzten Sitzung in Genf zusammen, um alles an die UNO zu übergeben. Dabei wurde jedoch vergessen, das Mandat Südafrikas für Südwestafrika ebenfalls formell der UNO zu übertragen.

Mit der am 4. November 1960 durch Äthiopien und Liberia beim Internationalen Gerichtshof im Haag eingereichten Klage gegen Südafrika wegen „Verletzung der Mandatspflicht" begann in Südwestafrika der lange Prozeß einer Entwicklung zu einem freien selbstregierten Land mit einer frei gewählten Regierung. Die Klage der beiden anderen afrikanischen Staaten wurde übrigens nach langjährigen Beratungen am 18. Juli 1966 vom Internationalen Gerichtshof im Haag abgewiesen.

Am 21. Juni 1971 jedoch entschied derselbe Internationale Gerichtshof, nachdem seine Besetzung gewechselt hatte, daß die Anwesenheit Südafrikas in Südwestafrika illegal sei. Damit war die jahrzehntelange Hilfe Südafrikas für das nördliche Nachbarland, die Fürsorge, die Südafrika diesem Nachbarland erwiesen hatte, ignoriert worden. Gleichzeitig damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, von der noch immer nicht abzusehen ist, wohin sie

Südwestafrika und seine Menschen führen wird.

Doch zurück zunächst zu den Leistungen Südafrikas in der Entwicklung seines nördlichen Nachbarn, über dessen Wohl und Wehe zu wachen Südafrika sich verpflichtet hatte.

Südwestafrikas Wirtschaft und ihre Entwicklung

Die Wirtschaftskraft dieses Landes war zu Beginn der Besitzergreifung durch das Deutsche Reich sehr gering, einmal wegen der niedrigen Bevölkerungszahl, zum anderen infolge der Wasserlosigkeit und der dadurch hervorgerufenen Unfruchtbarkeit.

Der Großteil des Einkommens wurde zunächst aus der Landwirtschaft und hier aus der Viehzucht bezogen. Später jedoch, nach intensiver Erkundung und Prospektortätigkeit, setzte sich der Bergbau an die Spitze, so daß im Jahre 1965 von den 170 Millionen Rand Verkaufswert aller Erzeugnisse 70 Millionen allein aus der Jahresförderung von 1,6 Millionen Karat Diamanten herrührten.

Die ersten Diamantenfunde in Südwestafrika datieren bereits aus dem Jahre 1903, als der Bergingenieur Wilhelm Graichen von einem in Südwestafrika gefundenen Diamanten in Erbsengröße berichtete. Die daraufhin gegründete „Gibeon Schürf- und Handelsgesellschaft“ fand jedoch keine Diamanten, obgleich sie ganz in der Nähe der späteren Fundstellen suchte.

Es war ein schwarzer Arbeiter, der Ende April 1907 dem Aufseher der Bahnlinie Lüderitz–Keetmanshoop, August Stauch, den ersten Diamanten brachte, den er an der Bahnlinie gefunden hatte. Stauch ließ sich vorsorglich einen Schürfschein auf das gesamte Bahngebiet beiderseits der Streckenführung ausstellen, wofür er ganze 60 Reichsmark zahlte. Sein Arbeiter Jakob trat in den persönlichen Dienst des Bahnaufsehers und fand in den folgenden Monaten weitere Diamanten oder das, was man dafür hielt. Jedenfalls erklärte der Geologe Dr. Range, der im Dezember 1907 nach Grasplatz, der Station von August Stauch kam, daß dies Korunde und keine Diamanten seien. Später wurde Stauch in Swakopmund bestätigt, daß er Diamanten gefunden habe.

Stauch sicherte sich nun auch die Schürfrechte im gesamten Gebiet von Pomona, einem Areal von 30 Quadratkilometern. Gemeinsam mit Professor Scheibe von der Bergwerksakademie, der in Swakopmund weilte, ging August Stauch auf Diamanten-

suche. Im Landesinnern fanden sie nur kleine Steinchen. Erst Ende Dezember 1907, als sie im Tal von Pomona suchten, wurden sie fündig; als sie nach Lüderitzbucht zurückkehrten, trugen sie im Marschgepäck 2800 Karat Diamanten bei sich.

Von Lüderitzbucht ließ sich Stauch telegrafisch die weitere Umgebung des „Idatales" (so nannte er die Fundstelle nach seiner Frau) als sein Schürfgebiet sichern. Er wurde sehr rasch ein sehr reicher Mann, erwarb die Farm Dordabis und ließ seine Frau nach Südwestafrika nachkommen.

Diese Diamantenfunde machten Südwestafrika berühmt. Dr. Erich Lübbert gründete im Jahre 1910 in Lüderitzbucht die Deutsche Diamantengesellschaft. In den sechs Jahren von der Entdekkung der Diamantenfelder in der Wüste bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden hier insgesamt 5145000 Karat wertvoller Schmuckdiamanten gefördert. Die Aktien der Kolonialgesellschaft stiegen von 100 Reichsmark auf 3800 je Aktie.

Im Jahre 1916, ein Jahr nach Ende des Kampfes in Südwestafrika, nahm Dr. Lübbert als Präsident der Minenkammer den Kontakt mit der südafrikanischen Anglo American Corporation of South Africa auf. Dieser führte zur Gründung der Diamond Mines of South West Africa, die von Sir Ernest Oppenheimer geführt wurde und dem Konzern De Beers unterstand.

Die deutschen Schürfrechte wurden nach Ende des verlorenen Krieges mit 40 Millionen Mark Entschädigung abgegolten, obgleich die Minen eine Tagesförderung von über einer Million Goldmark erzielten.

Wenig später wurden auf den Meeresterrassen südlich Port Nolloth im Namaqualand ebenfalls Diamanten gefunden. In Oranjemund wuchs die erste riesige Diamantenmine aus dem Boden. Die gesamte Küste war diamantenhöffig, wie Bergassessor Dr. Hans Merensky, der 1926 nach Südwestafrika kam, feststellen konnte. Er fand Diamanten in der Alexanderbay südlich der Oranjemündung ebenso wie auch nördlich der Mündung des Oranje. Selbst in Bogenfels, 106 Meilen vom Oranjefluß entfernt, wurden Terrassen-Lagerstätten voller Diamanten entdeckt. Bis zum Jahre 1970 steigerte sich die Jahresförderung in Südwestafrika auf 2056000 Karat Schmuck- und 229000 Karat Industrie-Diamanten. Damit liegt Südwestafrika hinter Zaire, der UdSSR und Südafrika an vierter Stelle der Weltproduktion.

Die ersten Schürfer, die in Südwestafrika nach Metallen und Mineralien suchten, waren Hendrik Hoop, der 1761 bei Keetmanshoop an die Arbeit ging, und William van Reenen, der zwischen 1790 und 1792 bei Rehoboth Kupfer- und Goldvorkommen entdeckte. Zwischen 1850 und 1860 wurde bereits bei Matchless im Distrikt Windhoek Kupfererz abgebaut.

Bei Tsumeb begann 1892 die Prospektionstätigkeit, und ab 1901 wurden die dortigen Kupfervorkommen erschlossen. Tsumeb war übrigens einer der reichsten Fundorte in Südwestafrika, wie sich später herausstellte. Heute werden dort Kupfer-, Blei- und Zinkerze abgebaut. Hinzu kommen Silber- und Cadmiumerz, die Gewinnung von Germanium und einiger anderer weniger ergiebiger Erze.

Nicht weniger als 200 verschiedene Metalle und Mineralien wurden hier gefunden, einige darunter von großer Seltenheit und entsprechend wertvoll.

In erster Linie wurde hier zunächst jedoch lediglich Kupfer, Blei und Zink abgebaut. Auch die Mine bei Kombat, der Berg Aukas, Matchless, Otjihase, Klein-Aub und Rosch Pinah fördern Metalle. Die Rössing-Mine, nur 70 Kilometer nordostwärts Swakopmund gelegen, ist die größte Uranmine der Welt; sie fördert allerdings Vorkommen mit geringerem Urangehalt. In der Namib wurden weitere Uranvorkommen entdeckt, ihre Ausbeute steht kurz bevor. Es besteht kein Zweifel daran, daß noch weitere Uranvorkommen vorhanden sind.

Die Uis-Zinnmine hat ihre Produktion 1980 weiter erhöht. Die Otjihase-Kupfermine und die Manganmine zu Otjosondu haben nach kurzzeitiger Schließung ihre Förderung wieder aufgenommen.

Eine Reihe Minen fördern seit geraumer Zeit auch Tantalit. Dieses Schwermetall ist hart, zäh, dehnbar und findet vor allem für chemische Apparate, Spinndüsen, aber auch in der Dentaltechnik sowie für Elektroden in Elektronenröhren und als Legierungselement für Edelstähle Verwendung.

In den Kranzberg- und Brandberg-Minen wird Wolfram gefördert. Insgesamt stehen heute in Südwestafrika/Namibia 26 große Minen in der Förderung. In ihnen wird Gold, Silber, Uran, Zinn, Blei, Tantal, Wolfram und Schwefel gewonnen.

Übrigens ist die Salzgewinnung in unbegrenztem Umfange ent-

lang der langen Küste zum Atlantik möglich. In den großen Salzpfannen, in denen das Salzwasser verdunstet und Salz zurückbleibt, werden im Jahr zirka 210000 Tonnen Salz im Wert von 2,5 Millionen Rand gewonnen.

Die Landwirtschaft von Südwestafrika

Die Landwirtschaft besteht in der Hauptsache in einer extensiven Weidewirtschaft, bei der die Zucht von Rindern und – vor allem – Karakulschafen die Hauptrolle spielt. Aber auch Ziegen und Esel werden in bäuerlichen Kleinbetrieben gehalten.

Der Ackerbau spielt nur eine bescheidene Rolle, weil die geringen Niederschläge im Großteil des Landes einen solchen unmöglich machen. Allerdings gibt es im Norden und vor allem im Nordosten des Landes anbaufähige Flächen, auf denen mit Erfolg Mais, Erdnüsse, Sonnenblumen und vor allem Futterpflanzen angebaut werden. In kleinem Stil wird am Hardap-Damm und am Nordufer des Oranje Gartenbau betrieben.

Der größte Anteil an Getreide, Gemüse und Obst muß allerdings aus Südafrika eingeführt werden.

Eine der hauptsächlichen Einnahmequellen ist die Karakul-Schafzucht. Karakulfelle werden unter dem Handelsnamen SWAKARA in den trockenen südlichen Landesteilen produziert. 1978 beispielsweise lieferten 2500 Karakulschaf-Farmer 4,66 Millionen Felle ab. Diese erzielten einen Durchschnittspreis von 12,58 Rand je Fell. Fast die gesamte Karakul-Produktion wird ausgeführt; die Bundesrepublik Deutschland ist Hauptabnehmer.

Die Fleischproduktion auf den Rinderfarmen in der nördlichen Landeshälfte dient ebenfalls zum Großteil der Ausfuhr. Die rund 3000 Rinderfarmen im Lande halten 1,9 Millionen Rinder, von denen im Bezugsjahr 1978 430000 nach Südafrika ausgeführt wurden. 36000 Rinder wurden ins Ausland verkauft und etwa die gleiche Zahl im eigenen Lande verbraucht.

Zur Landwirtschaft gerade in Gebieten wie Südwestafrika, die als Grenzgebiete landwirtschaftlicher Nutzungsmöglichkeit gelten, gehört vor allem eine neuzeitliche Forschungs-, Ausbildungs- und Produktionsaufklärung. Hinzu kommen: die Unterweisung in sachgerechter Forstwirtschaft, in der allgemeinen Wirtschafts- und Marktkunde und insbesondere landwirtschaftliche Hilfeleistungen

für die Farmer.

Das Amt für Landwirtschaft und Naturschutz nimmt in Südwestafrika diese Aufgaben wahr. Es hat einen landwirtschaftlichen Entwicklungsplan erstellt, der als Basis für Forschung und Ausbildung auf diesem Gebiet gilt. Die Forschungsstätten Gellap und Kalahari im Süden des Landes arbeiten auf dem Gebiet der Weidewirtschaft und der Karalkulzucht. Die Versuchsfarmen Neudamm, Sandveld in der Landesmitte, Omatjene, Uitkomst und Sonop im Norden konzentrieren ihre Arbeit auf Fragen des Weidegrundes und der Rinderzucht.

Die Hardap-Forschungsstation, die im Bewässerungsgebiet bei Mariental liegt, ist mit Gartenbaufragen befaßt, in Uitkomst und Sonop werden aber auch die vielfältigen Fragen des Molkereiwesens und des Feldanbaues angepackt und untersucht.

Die Abteilung Veterinärdienst konzentriert sich auf die Gesunderhaltung des Viehbestandes und die Verhinderung von Viehseuchen sowie Erosionsschäden durch Überweidung der Böden. Viehuntersuchungen, Vorbeugeimpfungen und andere Maßnahmen, wie z. B. Überwachung und Verbesserung der hygienischen Zustände in den Schlachtereien, wo internationale Vorschriften peinlich genau eingehalten werden, gehören dazu.

Im Veterinärlaboratorium von Windhoek werden im Zusammenwirken mit den Tierärzten, die zu den Farmen fahren und Aufklärungsarbeit leisten, entscheidende Beiträge zu einer gesunden Viehhaltung geliefert.

Die Forstwirtschaft in den Savannen des Nordens und Nordostens war durch die Fällarbeiten im Großraum Tsumeb und Abenab von 1910 bis 1970 gefährlich geschädigt. Ab 1970 wurde hier ein striktes Abholzverbot erlassen. Untersuchungen haben ergeben, daß in Ovambo, Kavango, Buschmannland und Ostcaprivi etwa 1880000 Hektar nutzbarer Forstgebiete mit wertvollen Baumsorten liegen. Hier wachsen Teak, rhodesischer Teak, Seringa und Chivi mit insgesamt zwei Millionen Festmeter schlagbaren Holzes. Eine sehr sorgfältige Auswahl des schlagreifen Holzes und entsprechende Neuaufforstung ist zu treffen, um weiteren Raubbau zu verhindern. Immerhin dauert es rund 290 Jahre, bevor das rhodesische Teak einen Durchmesser von 50 Zentimetern erreicht hat.

Dennoch ist die Holzwirtschaft ein Zweig der Landwirtschaft, der für die Bevölkerung Südwestafrikas wichtig werden wird. Nach den ersten drei Sägemühlen in Ovambo, Kavango und Ostcaprivi,

die in voller Produktion sind und insgesamt im Jahr 28000 Festmeter Holz verarbeiten, sollen weitere Sägemühlen an zwei oder drei Standorten errichtet werden. Jede der Mühlen selbst beschäftigt 115 Arbeiter. Hinzu kommen eine Vielzahl an Handwerkern, die zu Möbelschreinern und Zimmerleuten ausgebildet werden.

In den Baumschulen von Grootfontein, Oshakati (Ovamboland), Rundu (Kavango) und Katima Mulilo (Ostcaprivi) werden seit Jahren verschiedene Baum- und Strauchsorten gezogen, um die gerodeten Flächen sofort wieder mit den optimalen Bäumen neu zu bepflanzen und so den Bedarf an Bau- und Möbelholz sicherzustellen.

Die erste Nationale Entwicklungsgesellschaft ENOK hat die Einführung kapitalintensiver landwirtschaftlicher Projekte forciert, die von den Farmern allein nicht durchgeführt werden können, weil sie erst nach langer Zeit entsprechende Gewinne abwerfen. Darüber hinaus hilft ENOK beim Aufbau von Unternehmen, die der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in dem dazu prädestinierten Gebietsteil Anreize bieten, am Produktionsprozeß teilzunehmen.

ENOK verschafft Kapital, sorgt für Planung und Ausbildung und hilft mit, den Absatz der mit ihrer Hilfe erwirtschafteten Erzeugnisse sicherzustellen.

So hat diese Gesellschaft beispielsweise in Kavango drei große Ackerbauprojekte, einen gemischten Farmbetrieb und eine Rinderfarm aufgebaut. In Ostcaprivi wurde ein gemischter Farmbetrieb eingerichtet, der bereits erfolgreich produziert. In Hereroland-Ost gelang die Einrichtung einer Rinderfarm. Im Augenblick stehen Untersuchungen der Entwicklung des Buschmannlandes als Farmgebiet, die Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten im Kavangogebiet und der Ackerbau im Ovamboland nach langer Vorbereitungsphase vor dem Abschluß.

Trotz aller dieser Anstrengungen ist die Landwirtschaft – bis auf den äußersten Nordosten des Landes – nicht in der Lage, den Eigenbedarf der Bevölkerung zu decken. Selbst in Ovamboland, das im allgemeinen den notwendigen Regen zum Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse in genügender Menge erhält, müssen in trockenen Jahren große Mengen an Mais und Getreide aus der Republik Südafrika eingeführt werden. Die Nahrungsversorgung im mittleren und südlichen Südwestafrika/Namibia muß ständig aus Einfuhren gedeckt werden.

Hier sprang seit Jahrzehnten, seit der Übernahme Südwestafrikas unter die Treuhänderschaft durch Südafrika, immer wieder der

südliche Nachbar in die Bresche. Ohne die Republik Südafrika wäre Südwestafrika in den vielen Jahren trotz seiner Bodenschätze nicht lebensfähig gewesen; das ist es auch heute noch nicht. Daß die Bevölkerung in den Dürrezeiten nicht von Hungersnöten heimgesucht wird – wie dies im übrigen Afrika fast immer mit Hunderttausenden von Toten der Fall ist – verdankt das Land allein Südafrika. Darüber täuscht keine noch so massive Propagandatätigkeit der SWAPO hinweg. Daß das SWAPO-Konzept für die Landwirtschaft Südwestafrikas mitten hineinführt in vorprogrammierte Hungersnöte, dürfte sicher sein. (Siehe Kapitel SWAPO-Tätigkeit in und für Südwestafrika.)

Die Infrastruktur des Landes in Stichworten

In Südwestafrika besteht seit dem Jahre 1945 ein Programm des Ausbaues der Infrastruktur, wie es in keinem anderen Staat Afrikas mit Ausnahme von Südafrika vorhanden ist und praktiziert wird. Dies war für die Gesamtwirtschaft des Landes von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Südafrikanische Eisenbahn unterhält die Bahnlinien nach Swakopmund und Tsumeb mit Anschlüssen nach Keetmanshoop, Lüderitz, Windhoek, Gobagis, Otjiwarongo, Outjo, Otavi und Grootfontein. Die Gesamtlänge des Schienennetzes beträgt 2300 km. Etwa 7500 südwestafrikanische Arbeitnehmer sind beim Eisenbahnbau und bei der Bahn selbst beschäftigt. Ihr Lohn belief sich im Geschäftsjahr 1979/80 auf 42 Millionen Rand.

Darüber hinaus wird von 13 Bahnstationen aus ein Straßentransportdienst aufrechterhalten, der Verbindungen mit den abgelegenen Punkten des Landes herstellt. Er führt über ein Straßennetz von 5.889 km. Ebenfalls von der Eisenbahn verwaltet werden die Häfen Lüderitz und Walvis Bay.

Der Flugverkehr wurde von der SA/SAL im Jahre 1952 mit der Inbetriebnahme der ersten Luftverbindung zwischen Johannesburg und Windhoek eröffnet. 1953 wurde Windhoek in den „Springbokdienst“ nach Europa einbezogen. Drei internationale Linien bedienen den J. G. Strijdom-Flughafen von Windhoek. 44 Inlandsflüge in der Woche verbinden Windhoek mit Keetmanshoop, Bloemfontein, Kimberley, Upington, Johannesburg und Kapstadt.

Ende 1982 wurde ein neuer Abfertigungsteil für internationale

Flüge im J. G. Strijdom-Lufthafen von Windhoek für 1000 Auslandsreisende fertiggestellt.

Die innersüdwestafrikanische Namib Air geht auf den ersten fahrplanmäßigen Flugdienst des Suidwes Lugdiens zurück, der am 5. August 1931 mit einer Junkers-Junior unter Flugkapitän Fry von Windhoek startete. Einige Privatgesellschaften schlossen sich diesem Dienst an. Der Name der Gesellschaft wurde 1977 in Namib Air umgewandelt.

Das Straßennetz erfuhr im Laufe der Jahrzehnte in Südwestafrika immer weiteren Ausbau. Ab 1956 begann die Teerung der Straßen, und nach zehnjähriger Tätigkeit waren 918 Straßenkilometer geteert. Bis Ende 1981 waren es schon 3743 km, weitere 260 km wurden im Laufe des Jahres 1982 dem Verkehr übergeben und 406 km in Angriff genommen.

Damit verfügt SWA/Namibia heute über 32000 Kilometer Schotterstraßen und etwa über 4600 km Teerstraßen.

Der erste Postdienst begann 1870 in Windhoek. Das erste Postamt entstand 1877 in Walvis Bay. Für die Postbeförderung ins Hinterland wurden Kamelreiter eingesetzt. Bis Ende 1980 waren 70 Postämter und 11 Postagenturen in Betrieb. Zwei mobile Postämter versorgen die Bewohner von Kavango und Ovamboland.

Das Fernmeldewesen hat sich rapide entwickelt. Alle automatischen Telefonzentralen in SWA/Namibia können Teilnehmer in 33 Überseeländern durch Direktwahl erreichen. Die Fernschreibzentrale in Windhoek hat über 800 Teilnehmer. Es sind 22 Mikrowellentürme für sechs Mikrowellensysteme mit 461 Kanälen in Betrieb.

Die Wasserversorgung wurde in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls forciert, weil sie das Grundproblem in ganz Südwestafrika ist. Im Jahr fallen in Südwestafrika etwa 500 Millionen cbm Wasser an, davon 230 Millionen cbm aus dem Oberflächenauffang und 270 Millionen cbm aus Grundwasserquellen. Die Hälfte davon wird bislang benötigt, um Menschen und Tiere ebenso wie die Industrie zu versorgen.

Das Ansteigen des Lebensstandards, neue wirtschaftliche Entwicklungen und ein rascher Bevölkerungszuwachs machen die Wasserversorgung zur wichtigsten Frage des Landes. Deshalb wurde bereits 1974 ein Meisterplan ausgearbeitet, aus dem hervorgeht, daß bis zum Jahre 2000 alle Wasservorräte voll ausgenutzt sind.

Gerade die Terroranschläge der SWAPO gegen solche Wasserversorgungsanlagen der Bevölkerung stellen aus diesem Grunde ein besonders abscheuliches Verbrechen dar. Sie gehören neben der Tötung der eigenen Stammesbrüder durch heimtückische Landminen zum Gipfelpunkt der „Hilfeleistungen" der SWAPO für jenes Land, für das sie zu kämpfen vorgeben.

Die Landesregierung hat durch ihr Department für Wasserwesen Schritte eingeleitet, die den Brunnenbau beschleunigten; sie hat darüber hinaus eine Reihe anderer Wasserversorgungsentwürfe erarbeiten lassen.

Es gibt über 150 staatliche Vorhaben für die Wasserversorgung der Bevölkerung, der Viehtränken und der Industrie mit einer Lieferung von jetzt bereits 46 Millionen cbm im Jahr. Die finanzielle Belastung durch die Wasserversorgung mittels Brunnenentwicklung betrug bis heute weit über 450 Millionen Rand. Die Gesamtlänge der Wasserleitungen wurde von 300 km im Jahre 1945 auf über 2000 km heute vorangetrieben.

Alle Fragen der verschiedenen Dammbauprojekte, der Pumpwerke und anderer Wassergewinnungsanlagen sowie solcher zur Entmineralisierung des Brackwassers und der Entsalzung des Seewassers bis hin zur Wiederaufbereitung der Abwässer zu Trinkwasser sind dank der Mitarbeit von 1850 ungeschulten und 1100 geschulten Kräften aufgearbeitet und größtenteils gelöst worden.

Die Energieversorgung des auf ständig höheren Energiebedarf ausgerichteten Landes wird von der südwestafrikanischen Wasser- und Elektrizitätsgesellschaft sichergestellt. Das Ruacanaprojekt, das noch mit der portugiesischen Regierung von Angola vereinbart worden war, wurde 1979 trotz verschiedener Schwierigkeiten vollendet. Dieser Ausbau brachte 2000 Ovamboarbeitern Lohn und Brot. Die Leistung des neuen van Eck-Elektrizitätswerkes in Windhoek mit einer Kapazität von 90 MW konnte auf eine Leistung von 120 MW erhöht werden.

Der Wohnungsbau wird nach wie vor durch die Städte und den Staat vorangetrieben. Das Erziehungswesen hat einen ungeahnten Aufschwung genommen. Während noch 1960 in 376 Schulen mit 1976 Lehrern 59881 Schüler unterrichtet wurden, waren dies 1980 bereits 932 Schulen mit 7741 Lehrern, die 228287 Schüler unterrichteten; dies bei einer Gesamtbevölkerung von 989100 Menschen.

Am weitesten vorangeschritten ist jedoch der Gesundheitsdienst und das Fürsorgewesen Südwestafrikas, das von keinem anderen

Staat Afrikas auch nur annähernd erreicht wird.

Als der Völkerbund im Jahre 1920 Südafrika das Mandat für Südwestafrika übertrug, hat Südafrika das Versprechen abgegeben, dieses Land wie sein eigenes zu entwickeln und den Menschen darin eine optimale Lebensqualität zu verschaffen.

Es gab 1920 in Südwestafrika noch keine Krankenhäuser für die Öffentlichkeit. Die Feldhospitäler und ein Hospital mit 100 Betten in Windhoek unterstanden dem Militär. Bis zum Jahre 1981 wurden 49 Krankenhäuser und 109 Kliniken eingerichtet, was einen Durchschnitt von über sieben Betten je 1000 Menschen bedeutet. Die Hospitalgebühren liegen zwischen 40 Cents und 11 Rand je Tag, je nach Einkommen der Patienten.

168 praktische Ärzte, 15 Spezialisten, 22 Zahnärzte und 3167 registrierte und qualifizierte Hilfskräfte einschließlich der Medizinstudenten in der Ausbildung stehen in SWA/Namibia zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Jeder Bezirk hat seinen Distriktsarzt. In schwierigen Fällen besteht die Möglichkeit, die Patienten in südafrikanische Krankenhäuser und Hospitäler einzuweisen.

Die Fürsorgeeinrichtungen des Gesundheits- und Wohlfahrtsamtes haben inzwischen 40 Wohlfahrtsarbeiter und 42 Sozialhelfer ausgebildet, die sowohl in Einzelfällen als auch für Gruppen tätig werden.

In Katatura unterhält das Amt ein Kinderheim. Darüber hinaus gibt es 23 anerkannte Wohlfahrtsorganisationen, die wertvolle Hilfe für körperbehinderte Menschen leisten. Modernste Hilfsmittel sorgen für die Kommunikation von Blinden und Taubstummen untereinander und mit ihren Mitmenschen. In einem Tageszentrum werden geistig behinderte schwarze und weiße Kinder vorbildlich betreut, erzogen und ausgebildet.

Wenn es gelungen ist, das Bruttosozialprodukt Südwestafrikas von 213 Millionen Rand im Jahre 1960 auf 1400 Millionen Rand 1980 zu steigern, so ist dies ein Hauptverdienst der Republik Südafrika gewesen. So nimmt es nicht wunder, daß das Prokopfeinkommen der Bewohner Südwestafrikas mit weitem Abstand gegenüber allen schwarzafrikanischen Ländern an der Spitze und die Lebenserwartung der schwarzen Südwestafrikaner um Jahrzehnte über jener anderer schwarzafrikanischer Staaten liegt, wenn die Bewohner nicht von der SWAPO umgebracht werden, wie dies leider seit vielen Jahren geschieht.

Wer wie der Autor mehrfach in Südwestafrika und vielen anderen schwarzafrikanischen Staaten weilte und Gelegenheit hatte, nüchternen Auges Vergleiche anzustellen, der läßt sich durch Propagandareden nicht irreführen. Wer imstande ist, die Aktivitäten der SWAPO und der Regierung von Südafrika sowie der DTA – der Turnhallen-Allianz – zu vergleichen, der weiß, was auf Südwestafrika/Namibia zukommen würde, wenn es der SWAPO-Guerillatätigkeit gelänge, Südwestafrika mit kriegerischen Mitteln unter seine Gewalt zu zwingen. Auf demokratischem Wege ist dies unmöglich, weil die Spuren des Wirkens der SWAPO-Terroristen zu tief eingebrannt sind, als daß nicht der letzte Bewohner Südwestafrikas/Namibias wüßte, was seiner nach der Machtübernahme durch die SWAPO harrt.

Wer die Verfassung der South West Africa Peoples Organization kennt und die Programme der Führung dieser Organisation studiert, der weiß, daß Südwestafrika im Falle einer Machtübernahme durch die SWAPO den direkten Weg in den Untergang gehen wird.

Zeitenwende in Südwest

Possenstück oder Tragödie?

Eine der wohl dramatischsten Veränderungen der Welt, die für sämtliche Staaten unserer Erde von entscheidender Bedeutung wurde, war das Entstehen eines unabhängigen Afrika, die Loslösung afrikanischer Länder von ihrer Kolonialherrschaft.

In den fünfziger Jahren setzten diese Strömungen verstärkt ein, und mit vielen anderen Ländern Afrikas wurde auch Südwestafrika in den Strudel dieser Ereignisse gezogen.

Der Völkerbund hatte seine Rechte am Mandatsgebiet Südwestafrika, die nicht weiter gingen, als daß er alljährlich seinen Mandatsbericht darüber erhielt, sich im übrigen in keiner Weise um das Leben der Menschen in Südwestafrika kümmerte und nichts zu seiner Verbesserung beitrug, bei seiner Auflösung nicht der UNO übertragen. Dies war ein Versehen, das, formalrechtlich gesehen, nicht der Ordnung entsprach. Und so stellte der Internationale Gerichtshof in den Haag am 11. Juli 1950 lapidar fest, „daß die in der Charta der UNO vorgesehenen Maßnahmen der südafrikanischen Regierung keine rechtliche Verpflichtung auferlegten, das Gebiet von Südwestafrika dem Treuhandsystem der UNO zu unterstellen". (Siehe Prof. Ermacora: Namibia-Südwestafrika.) Andererseits war Südafrika nach Meinung dieses Gutachtens nicht zuständig, durch einseitiges Handeln den internationalen Status dieses Treuhandgebietes zu verändern.

Südwestafrika, ein Land, das oftmals als „die letzte Grenze der Menschheit" bezeichnet worden war, ein Territorium mit drohenden Wüsten und Gebirgen, mit trockenem Land, aber reich an Bodenschätzen, wurde in der Folgezeit immer tiefer in die begonnene Auseinandersetzung zwischen Weiß und Schwarz verstrickt. Es stand schließlich – nur von Südafrika unterstützt – mit dem Rücken zur Wand, um seine Freiheit gegen die andrängenden und größtenteils aus dem Ausland agierenden kommunistischen Blöcke zu schützen. Und mit den schwarzen Afrikanern waren es über 110000 Weiße, darunter etwa 30000 Deutsche, die gemeinsam das Land erschlossen und erst bewohnbar gemacht hatten, das nun von Organisationen und Gruppen, die nichts zur Erschließung dieses Landes beigetragen hatten, als willkommene

wohlfeile Beute angesehen wurde.

Wie diese Entwicklung vor sich ging, das wurde durch die gezielte Desinformationspolitik verschiedener linkslastiger Medien auch in Deutschlands Staaten völlig verschleiert. Was es mit dem sog. Freiheitskampf der Südwestafrikaner auf sich hat, sei im folgenden dargestellt: nach Augenzeugenberichten und aus Quellen, die wahrhaftig sind.

Es gehörte zum guten demokratischen Recht der Südwester, daß in eben dieser Zeit ein weißer Geistlicher, der britische Reverend Michael Scott, für die Rechte der Eingeborenen zu arbeiten begann.

Von hier aus griff die agitatorische Tätigkeit zunächst auf die Herero über. Ihr Oberhäuptling Hosiah Katuko begann die UNO mit Beschwerdebriefen zu bombardieren, in denen die südafrikanische Verwaltung des Landes angegriffen wurde. Ein junger Lehrer mit Namen Clemens Kapuuo stieß sehr bald als Helfer zu ihm. Der gelernte Lehrer, der in die Politik übergewechselt war, wurde nunmehr die Seele des Kampfes um die Rechte der Schwarzen in Südwestafrika.

Um die Lage zu klären und Unterlagen aus erster Hand zu haben, was es mit der Unterdrückung der Schwarzen in Südwestafrika auf sich habe, entsandte die UNO im Jahre 1957 den britischen Diplomaten Adiar-Clarke mit zwei Begleitern nach Südwestafrika. Nach eingehenden Studien entwarf dieser einen Plan, nach welchem das nördliche Südwestafrika bis zu einer Linie direkt über dem 22. Breitengrad als schwarzer Staat unabhängig werden sollte. Ohne Zweifel hatte sich Adiar-Clarke etwas dabei gedacht, denn in diesem Gebiet lebten sämtliche Ovambostämme, die etwa 50 % der südwestafrikanischen Bevölkerung stellten, ferner noch alle Kavango, die Herero und Damara, nicht zu vergessen die Caprivier. Nicht weniger als 93 % aller in Südwestafrika lebenden Schwarzen würden in diesem neuen Staat leben. Das Gebiet verfügte nicht nur über die besten Weidegründe und Anbaugebiete, darunter auch die reichsten Minen von Otavi und Tsumeb. Hinzu kam der riesige Tierpark Etoschapfanne, der als Touristenattraktion Devisen ins Land bringen würde.

Nach dem Adair-Clarke-Plan hätte alle 30000 Weißen, die in diesem Gebiet lebten, ihre Farmen gegen Überlassung anderer Landgebiete im Süden an die Schwarzen übereignen müssen. Dies bedeutete für sie natürlich auch eine Übersiedlung in den

Süden des Landes.

Der südliche Landesteil mit dann etwa 110 000 Weißen, 120 000 braunhäutigen Menschen und 5000 schwarzen Bürgern sollte Südafrika angeschlossen werden. Hier lagen aber die großen Diamantengebiete des Landes, und daran scheiterte schließlich dieser Plan. In der UNO fand sich dafür keine Mehrheit, und nunmehr kam es auch in Südwestafrika zum Konfrontationskurs, der zunächst unblutig und oftmals possenhaft, dann aber mit Mordaktionen und Terrorüberfällen im Lande selbst eskalierte.

Südafrika versuchte etwa zur gleichen Zeit das Prinzip der getrennten politischen Entwicklung für Südwestafrika durchzusetzen. Es war von dem südafrikanischen Politiker Odendaal entwickelt worden und wurde nach diesem benannt.

Der Plan sah eine Bildung verschiedener kleiner und kleinster Staaten vor, die nach den Stämmen und Stammesgebieten gegliedert waren. Der größte dieser Staaten wäre dann Ovamboland geworden, in dem 400 000 Einwohner lebten. Dieser wäre trotz seiner bevorzugten Lage nicht lebensfähig gewesen. Von den kleinen und kleinsten Staaten hätte keiner, auf sich allein gestellt, mehr als ein Jahr überleben können. Es gab unter ihnen „Staaten" mit weniger als 10 000 Einwohnern in einem Gebiet, das willkürlich aus dem Landesverband Südwest herausgerissen worden wäre. Die 35 000 Hottentotten, die in dem reinen Wüstenstaat des südlichen Landes hätten leben müssen, wären am übelsten dran gewesen. Dies war eine ebenso absurde wie törichte Aktion, die nur Verwirrung stiftete.

Das Jahre 1960 wurde von der „freien Welt" als Afrika-Jahr proklamiert; der britische Premierminister Harold Macmillan prägte jenen Satz, der um die Welt ging: „Der heiße Wind der Freiheit weht über Afrika hinweg!", und der schwarze Schriftsteller James Baldwin, Sohn eines Harlemer Predigers, sprach das aus, was alle schwarzafrikanischen Politiker dachten: „Diese Welt ist nicht mehr länger weiß und wird nie wieder weiß sein!" Da glaubte die UNO ein übriges tun zu müssen. Sie entsandte 1961 eine neue Kommission nach Südwestafrika, um zu prüfen, ob Südafrika sein Mandatsgebiet entgegen den Bestimmungen dieses Mandates in einen Militärstützpunkt umgewandelt hatte, wie behauptet wurde. Diese Delegation bestand aus dem Philippino Victorio Carpio und dem Südamerikaner Martinez de Alva. Die beiden reisten durch das Land und suchten nach südafrikanischen

Stützpunkten, fanden aber keine.

Zu Ende ihres Besuches trafen sie auch mit dem südafrikanischen Premierminister Hendrik Verwoerd zusammen. Sie beschlossen und verfaßten ein Kommuniqué, in dem sie feststellten, daß Südwestafrika nicht mit Militärstützpunkten südafrikanischer Truppen durchsetzt sei, daß im Gegenteil kein südafrikanischer Militärstützpunkt gefunden wurde. Das Kommuniqué wurde von den beiden UNO-Delegierten unterschrieben.

Als sie nach ihrer Rückkehr das Kommuniqué in der nächsten Sitzung verlasen, erhob sich ein wilder, nie vorher gesehener Tumult. Die Regierung der Philippinen verwarnte ihren UNO-Delegierten Carpio und befahl ihm, seine Aussage rückgängig zu machen, was dieser dann auch befehlsgemäß tat. Dabei stellte er die Behauptung auf, daß ihm von dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Verwoerd „etwas in den Kaffee getan" worden sei.

Das war der Höhepunkt einer Narrenposse, die mit UNO-Mitteln aufgeführt wurde. Allerdings weigerte sich der Delegierte Martinez de Alva energisch, diese Version seines Kollegen zu bestätigen. Vielmehr nannte er Carpio einen „versoffenen Lügner" und bestätigte ausdrücklich, daß sie beide das Kommuniqué deshalb unterzeichnet hätten, weil es die reine Wahrheit gewesen sei.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wußte man in Südafrika, auf welchem Instrument in der UNO gespielt wurde.

Dieses Possenstück entglitt nunmehr völlig der UNO und wurde von jetzt an von anderer Stelle weiter inszeniert, als zwei afrikanische Staaten, die als einzige vor dem Zweiten Weltkrieg Mitglieder des Völkerbundes gewesen waren, vor dem Internationalen Gerichtshof in den Haag Südafrika auf Herausgabe Südwestafrikas verklagten. Es waren Liberia und Äthiopien, die, von dem seinerzeitigen US-Präsidenten Kennedy (der übrigens auch gegen Frankreich in Algerien, Belgien im Kongo und gegen die Niederlande auf Neuguinea intrigiert hatte) dazu aufgefordert und angestachelt, diese Klage einbrachten.

Die beiden Staaten hatten jedoch mit ihrer Klage kein Glück. Die letzte unparteiisch zusammengesetzte Kammer des Haager Gerichtshofes urteilte, daß beide klagenden Länder überhaupt keine Berechtigung hätten, in Sachen Südwestafrika zu klagen. Auch der US-Richter stimmte mit für dieses Urteil, obgleich es eine in den USA und durch Präsident Kennedy entwickelte Idee gewesen war, Südafrika so in die Enge zu treiben. Einer der Richter, die diesen

Spruch fällten, war ein Jurist aus der Volksrepublik Polen, dem das Recht und dessen Durchsetzung höher stand als die Parteidisziplin.

Damit wäre an und für sich das Problem Südafrika-Südwestafrika vom Tisch gewesen. Nicht so für die UNO, die im Oktober 1966 auf ihrer Generalversammlung beschloß, Südafrika das Mandat über Südwestafrika zu entziehen, wozu sie – das wird von prominenten Experten nachgewiesen – nach dem Haager Gutachten überhaupt kein Recht hatte. Aber ein Gutachten konnte man ja beliebig durch ein anderes ersetzen. So wurde nach der Besetzung einiger vakant werdender Richterstellen im Haag mit zuverlässigen linken afroasiatischen Richtern ein neues Gutachten erstellt und darin bescheinigt, daß die UNO auch in Sachen der Mandatsverwaltung das Erbe des Völkerbundes angetreten habe. Ein weiterer Rechtsweg war ausgeschlossen. Damit wurde Südwestafrika und sein Verweilen unter dem Schutz der Mandatsmacht zu einer Machtfrage.

Und jene Politiker, die ohnehin um jeden Preis, auch den der Gewaltanwendung, die Führung in Südwestafrika übernehmen wollten, waren schon seit geraumer Zeit auf der politischen Bühne dieses Landes erschienen.

Von der OPC zur OPO und zur SWAPO

Im Jahre 1958 wurde von Ovamboarbeitern in Kapstadt, an ihrer Spitze Herman Toivoja Toivo und Andreas Shipanga, der Ovamboland Peoples Congress – OPC – gegründet. Geburtshelfer dieser neuen Gruppierung waren südafrikanische Kommunisten wie Brian Bunting, Dennis Goldberg, Ben Turok und andere.

Ein Jahr später erfolgte die Umbenennung dieses Verbandes in Ovamboland Peoples Organisation – OPO – mit jenem Manne an der Spitze, der von nun an nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion und der Presse fortzudenken war: Sam Nujoma. Dieser setzte sich in Erkenntnis der Tatsache, daß mit einer dermaßen eng plakatierten Partei kein besonderer Staat zu machen war, dafür ein, eine Organisation zu schaffen, in die sämtliche ethnische Gruppen Südwestafrikas Eingang finden sollten. Nur so konnte man eine schlagkräftige anti-südafrikanische Partei von großer Schlagkraft gewinnen.

Am 19. April 1960 wurden diese Bemühungen Nujomas und seiner engsten Berater mit der Gründung der „South West African

Peoples Organization – SWAPO – erfolgreich abgeschlossen. Wenigstens dem Namen nach sprach diese Partei nunmehr für alle Menschen Südwestafrikas, wenngleich sie in der Praxis, was ihre Führer und Mitglieder anlangte, eine überwiegend aus Ovambos bestehende Partei blieb.

Gleich zu Anfang ließen die schwarzen Führer der SWAPO keinen Zweifel daran, „daß alle Führer und Mitglieder sich der kommunistischen Idee verschrieben haben" (So Herman Toivoja Toivo). Die Kampfzeitung der SWAPO formulierte dies so:

„Die SWAPO hat ihre Wurzeln in einer Arbeiterbewegung, und die Arbeiter haben während unseres Befreiungskampfes das Rückgrat unserer Organisation gebildet." (Siehe „Nambia Today".)

Daß dies nicht für alle SWAPO-Mitglieder zutrifft, wird im folgenden erklärt werden müssen. Zunächst jedenfalls wurde die SWAPO vom kommunistischen Block nicht anerkannt und demzufolge auch nicht unterstützt. Die Staaten des Warschauer Paktes unterstützten und trugen zunächst die South West African National Union – SWANU –, die im Jahre 1959 aus der 1952 gegründeten „South West African Student Body", entstanden war. Sie wurde 1955 zur South West African Progressive Association.

Die Führer dieser Partei, Jairetundu Kozonguizi und Eric Getzen (der später unter dem Namen Professor Mburumba Kerina bekannt wurde) beriefen und stützten sich in ihrem Kampf gegen Südafrika und für die Unabhängigkeit von Südwestafrika auf „die ganze antiimperialistische freiheitsliebende Welt".

Der Stern der SWAPO erstrahlte für den Ostblock erst, nachdem diese ganz besonders von sich reden machte. Es war im Jahre 1959, als es in Windhoek zu Unruhen kam, die auf die Räumung der „Alten Werft" zurückzuführen waren.

Diese „Alte Werft" war nichts anderes als ein von Nichtweißen bewohntes Slumgebiet Windhoeks. Es verfiel nach der Herstellung des neuen Wohngebietes von Katatura am Rande von Windhoek der Räumung; die dort ausgesiedelten Menschen wurden nach Katatura umgesiedelt.

Die Unruhen wurden geschickt von Sam Nujoma, dem Führer der OPO-SWAPO, geschürt. Überall tauchte der bärtige Ovambochief auf und suchte die Bewohner von Südwestafrika zur Rebellion zu bringen. Wenn dies nicht mit Agitation zu machen war, griffen er und die Seinen zu anderen Mitteln.

Die Unruhen mußten mit Gewalt von der südafrikanischen

Polizei unterdrückt werden. Als sie beendet waren, sah Sam Nujoma sich mit einigen seiner Getreuen und einer Anzahl Mitläufer Ende 1960 dazu veranlaßt, aus Südwestafrika zu fliehen.

Durch die Flucht ins Exil wurde die SWAPO gespalten. Der im Lande verbliebene Flügel der SWAPO, der die geförderten Änderungen in der Führung Südwestafrikas auf demokratischem Wege verwirklichen wollte, bildete den einen Teil, der im Ausland befindliche radikale Flügel den zweiten. Während der erste nur im alleräußersten Notfalle Zuflucht zur Gewalt zu nehmen versprach, verkündete der zweite, im Ausland lebende Teil, daß er Südwestafrika mit allen Mitteln der Gewalt bis zum Terrorismus „befreien" wolle.

Insgesamt verließen etwa 600 Ovambos im Verlaufe des Jahres 1960 Südwestafrika, um sich der SWAPO anzuschließen. Sam Nujoma und seine Propagandisten hatten den überwiegend jugendlichen Menschen versprochen, daß sie in England, in den USA und in anderen westlichen Staaten würden studieren können und daß sie durch Stipendien der SWAPO unterstützt würden.

Fast ohne Ausnahme landeten diese jungen Männer in Militärlagern, die in Algerien, in der Vereinigten Arabischen Republik, in China, Kuba, Nordkorea und in der UdSSR eingerichtet worden waren, nachdem sie in Botswana und im Vorbereitungslager Kongwa in Tansania Vorbereitungslehrgänge absolviert hatten.

Wer ist Sam Nujoma?

Wer war nun dieser Sam Nujoma, der sich von nun an zum Führer der SWAPO und zum Volksbefreiungshelden hochstilisierte? Ursprünglich wollte der Sohn eines Kleinbauern, Samuel Nujoma, Priester werden. Wie der FRELIMO-Präsident Samora Machel wurde auch Nujoma nach seiner Ausbildung von einem katholischen Missionar in Oshakati „nicht würdig befunden, ein geistliches Amt auszuüben". (Siehe Dieter Rösener: Das Ringen um Afrika.) In dieser Zeit begann der Haß Nujomas auf alles, was eine weiße Hautfarbe hatte, und der junge Mann sann auf Rache. Zunächst jedoch ging er nach Windhoek, wo er 1948 eintraf und als Streckenarbeiter bei der südafrikanischen Eisenbahngesellschaft arbeitete. Hier war er mehrere Jahre tätig, ohne daß er mehr als andere oftmals aufmüpfige junge Schwarze bekannt oder gar berüchtigt wurde. In der Satelittenstadt Windhoeks, Katatura, will er zum

erstenmal die Schriften von Marx, Kwame Nkrumh und Julius Nyerere gelesen haben.

Sowohl Nyerere als auch Nkrumh galten damals in Afrika als *die* Freiheitskämpfer und Vorkämpfer für ein schwarzes Afrika schlechthin. Allerdings hatte Julius Kambarage Nyerere, seit 1962 Staatspräsident von Tanganjika und seit 1964 Präsident von Tansania, seinem Volk auch folgende Weisheit mit auf den Weg gegeben, die Sam Nujoma *nicht* verkündete:

„Freiheit, das bedeutet für uns *mehr Arbeit, mehr Steuern* bezahlen, *mehr Schweiß*! – Wenn wir frei sind, dann werden wir die Schuld am eigenen Unglück nicht mehr bei anderen suchen können, sondern nur noch bei uns." Solch harte Wahrheiten waren nichts für jemanden, der dem Volk Freiheit von allem versprach.

Der ghanaische Politiker Kwame Nkrumh mit dem Geburtsnamen Francis Nwia Kofie wiederum wurde von Sam Nujoma genannt, weil er mit seiner Rundfunkansprache im Jahre 1960 allen „Befreiungsorganisationen" gewissermaßen das Mäntelchen der Rechtmäßigkeit umgehängt hatte:

„Für mich", sagte Nkrumh nämlich am 1. Juli 1960, „bleibt die Befreiung von Ghana bedeutungslos, solange damit nicht auch die Befreiung von ganz Afrika verbunden ist."

Wie auch immer: Der Arbeiter Sam Nujoma erlebte noch einen zweiten Vorfall, der für seine weitere Entwicklung maßgeblich war. Er hatte sich nämlich in ein weißes Mädchen verliebt, in die Tochter eines burischen Kleinfarmers an der Grenze nach Hereroland. Der angeblich deutschstämmige Farmer – so behauptet Nujoma wenigstens – habe ihn und seine Tochter in flagranti erwischt und mit Stockhieben auseinandergetrieben.

Diese Demütigung versucht der schwarze Nationalist offenbar heute allen weißen Menschen Südwestafrikas und selbst seinen Ovambo-Stammesgenossen heimzuzahlen.

Die politische Karriere Nujomas begann erst 1959 mit der Gründung der OPO, in der er eine Funktion erhielt, aus der er sich durch geschickte Agitation und rednerische Gerissenheit emporarbeitete. Unter den Arbeitern in Katatura wirkte er geschickt und sooft er konnte, bis er schließlich wegen Volksverhetzung verhaftet wurde.

Bevor er auf eine der Robbeninseln gebracht wurde, von der es kein Entkommen gegeben hätte, gelang es ihm, zu fliehen und nach Tansania zu entkommen. So entging er dem Schicksal vieler seiner

Genossen und von ihm aufgewiegelten Schwarzen.

Mit der Umbenennung der OPO in SWAPO wurde er deren Präsident; er gilt seit jener Zeit als Schlüsselfigur in der SWA/ Namibiafrage. Über sich selbst sagt er, er sei kein Kommunist. „Wer mich so einordnet, der kennt mich nicht!" Aber was er tut und befiehlt, spricht eine völlig andere Sprache. Zumindest versuchte er schon von Anfang an die kommunistischen Staaten als Milchkühe für sich zu benutzen und zu melken.

Die Präsenz der Südafrikaner in Südwestafrika bezeichnet er als „faschistischsten Imperialismus seit den Tagen Hitlers". Und die Haltung der Westmächte in der Namibiafrage wird von ihm als „internationale Verschwörung des Weltkaptialismus gegen die Interessen der fortschrittlichen Kräfte Namibias" bezeichnet.

Sam Nujoma ist machtsüchtig und sprunghaft. Er versteht es meisterhaft, sich jeder Situation anzupassen, sogar dem Kapitalismus. Dies beweist die Tatsache, daß er in Lusaka und Livingstone Nachtclubs aufgekauft hat, in denen er schwarze Mädchen auf kapitalistische Manier ausbeuten läßt.

Von Sambia und dort von seinem Hauptquartier in der Hauptstadt des Landes, Lusaka, aus arbeitete er vom ersten Tag seiner gelungenen Flucht an der Rückkehr als Sieger nach Südwestafrika.

Um diesen Sieg sicherzustellen, mußte er zunächst die große Konkurrenz in der Gunst der UdSSR, die SWANU, ausschalten und sich und seine SWAPO an dessen Stelle setzen. Dies gelang ihm während der sechziger Jahre vollkommen, wenn es auch zunächst so aussah, als sollte die SWANU erklärte Favoritin Moskaus bleiben. Der SWANU-Präsident Kozonguizi hatte es nämlich geschafft, während seiner Teilnahme an der All African Peoples Conference in Tunis seine Organisation als Mitglied in die Afro-Asian Peoples Solidarity Organisation – AAPSO – einzugliedern. Dies war dem SWAPO-Beauftragten Kerina mißlungen.

Erst als SWANU-Präsident Kozonguizi auf eine Goodwilltour nach China reiste, war man in Moskau verschnupft. Als dann nach der Verschärfung der sowjetisch-chinesischen Spannungen Kozonguizi auch noch öffentlich auf die Seite Chinas wechselte, trat SWAPO-Chef Nujoma mit seiner engsten Umgebung in Aktion. Zunächst wurde der unfähige Vertreter Kerina gefeuert, sodann wühlten sie so lange bei der SWANU, daß diese ihren hervorragenden Führer Kozonguizi entließ. Im Anschluß daran gelang es der SWAPO, die SWANU auch bei der AAPSO anzuschwärzen, die

nunmehr die SWANU ausschloß. 1968 lehnte dann auch die Organisation of African Unity – OAU – die Zusammenarbeit mit der SWANU ab. Damit war diese Gruppe vom Fenster verschwunden; die SWAPO nahm ihre Stellung ein und wurde der große Renner, das Pferd, auf das nun auch Moskau setzte.

Die OAU war im Mai 1963 in Addis Abeba unter dem Patronat von Haile Selassie als Organisation afrikanischer Einheit gegründet worden. Sie setzte sich in ihren Statuten zum Ziel, Südafrika und Südwestafrika in blutigen Guerillakriegen der Herrschaft der Weißen zu entreißen und letztere „einfach ins Meer zu werfen".

Damit waren die Zielsetzungen der OAU und der SWAPO gleich, und da nun auch Moskau daran ging, die SWAPO mit allen Kräften zu unterstützen, war der Tag abzusehen, an dem diese mit ihrer Volksbefreiungsarmee auf den Plan treten würde.

Der erste Infiltrierungsversuch

Bis zum Jahre 1965 waren in Sambia die ersten SWAPO-Guerillas im Einsatz ausgebildet worden. Die ersten Terrorgruppen verließen im Sommer 1965 ihre Ausbildungscamps und sickerten nach Südwestafrika ein. Nach und nach fanden sie sich in Ongulumbashe im Nordwesten des Ovambolandes ein. Hier errichteten sie ein Camp, von dem aus sie ins Land hineinschwärmten und nach Beute Ausschau hielten.

Sie wurden entdeckt und der Polizei gemeldet. Diese verlegte sich zunächst auf die Jagd nach den einzelnen Guerillagruppen und bat die Buschmänner um Hilfe, die als Fährtensucher zu ihr stießen und sich an der Jagd nach den Ovambos beteiligten. Dies um so lieber, als sie in den Ovambos ihre natürlichen Feinde sahen, die sie aus ihren Jagdgebieten in die Wüste vertrieben hatten.

Die Buschmänner verfolgten die SWAPO-Guerillas. Sie schlichen durch die Steppe und erschossen die Guerillas mit ihren vergifteten Pfeilen. Der Rest der Terroristen stellte sich der nächsten weißen Patrouille, um nicht getötet zu werden. „Wir ergeben uns, rettet uns vor den Buschmännern!" lauteten ihre Hilferufe.

Mit einem letzten zusammengefaßten Handstreich wurde am 26. August 1966 in einer Blitzaktion auch das inzwischen aufgespürte Camp der Guerillas erstürmt und ausgehoben. Zwei Terroristen

wurden getötet, neun verwundet und eine größere Anzahl gefangengenommen.

Unter den Waffen der SWAPO-Terroristen fanden sich zum erstenmal auch sowjetische Sturmgewehre und Maschinenpistolen.

Nujomas Kampf um die Erhaltung der Macht

Da nach den ersten Statuten der SWAPO spätestens alle zwei Jahre gewählt werden mußte, plädierten einige SWAPO-Führer für Neuwahlen. Es ging ihnen dabei darum, Sam Nujoma abzuwählen; dies wollten sie dadurch erreichen, indem sie bewiesen, daß Nujoma internationale Spenden für sich verwandt habe.

Durch seine Spione in den eigenen Reihen erfuhr Nujoma rechtzeitig von diesem Versuch. Er bat den Präsidenten von Sambia, Kenneth Kaunda, um Hilfe. Dieser ließ im April 1974 etwa 1800 SWAPO-Mitglieder verhaften. Der Grund dieser Verhaftung: „Sie leisteten Widerstand gegen den Führer der SWAPO, Sam Nujoma." Unter den Festgenommenen befanden sich auch 56 Guerillakämpfer aus dem Busch und elf Mitglieder des Parteivorstandes. Den Verhafteten wurde niemals der Prozeß gemacht. Unter ihnen war Nujomas Sekretär für Information, Andreas Shipanga.

Nach seiner glücklichen Rettung aus der Gefangenschaft gab Andreas Shipanga zu Protokoll: „Seit dem letzten SWAPO-Kongreß Ende 1969 in Tansania war kein weiterer Kongreß mehr abgehalten worden. Die Unzufriedenheit vieler namhafter Führer der SWAPO war sehr groß. Vor allem waren wir über die Tatsache empört, daß Sam Nujoma, ohne jemals wiedergewählt zu sein, automatisch Jahr um Jahr Chef und Präsident der SWAPO blieb. Er war inzwischen so stark geworden, daß er die immer drängenderen Forderungen nach einem neuen Kongreß und neuen Wahlen einfach ignorierte. Um die lästigen Mahner loszuwerden, mußte er sich ihrer entledigen.

Ich wurde mit zehn anderen hohen Funktionären der SWAPO von der sambischen Polizei festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Zwei Jahre lang trug ich dort eiserne Fesseln an Händen und Füßen und wurde bei jeder sich bietenden Gelegenheit schwer geschlagen.

In Lusaka sah ich meine Frau manchmal. Sie machte bei der

Regierung eine Eingabe, in der sie auf das in Sambia gültige Gesetz 'habeas corpus' hinwies, das jeden Menschen vor der Haft ohne einen Richterspruch schützt.

Um diesen Schein aufrechtzuerhalten, wurden wir nunmehr nach Tansania geschafft, wo dieses Gesetz keine Gültigkeit hat. In Daressalam wurde ich in eine Zelle geworfen, in der Todeskandidaten, zum Tode verurteilte Verbrecher, lagen. Später verlegte man mich in eine Zelle, in der sich Leprakranke befanden.

Dort wurde mir von Beamten mitgeteilt, daß ich Hafterleichterungen erhalten könne, wenn ich ein Dokument unterschreiben würde, in dem ich ein Geständnis über verschiedene von mir begangene Verbrechen abgegeben hätte. Ich entgegnete: 'Diesen Gefallen kann ich Herrn Nyerere nicht tun, denn in Tansania war und bin ich von Anfang an Gefangener gewesen und kann also in Ihrem Lande *keine* Verbrechen begangen haben.'

Im Gefängnis von Daressalam fand ich weitere Gefangene der SWAPO wieder. Wir konnten dank eines glücklichen Umstandes Briefe an 'amnesty international' hinausschmuggeln, und meine Frau sorgte dafür, daß diese Briefe ihr Ziel erreichten. Das rettete zumindest mir das Leben."

Andreas Shipanga wurde 1978 aus der Haft entlassen. Er ging nach Südwestafrika, wo er in der Mitte des Jahres eine eigene SWAPO-Organisation gründete, die ihrerseits nunmehr die SWAPO unter Sam Nujoma heftig befehdete.

Sam Nujoma reagierte darauf äußerst heftig, denn zum erstenmal war jemand auf den Plan getreten, der seine Methoden, von denen man zwar schon viel gehört, aber noch keine Beweise erhalten hatte, anprangerte und an die Öffentlichkeit brachte. Er verkündete:

„Wir werden den bewaffneten Kampf verstärken und die Faschisten aus Namibia hinauswerfen. Ihre schwarzen Marionetten, wie Shipanga eine ist, eingeschlossen. Wir werden die Macht nicht teilen und mit der Waffe in der Hand bis zum endgültigen Sieg weiterkämpfen."

Südafrikas Ministerpräsident Vorster erwiderte auf diese Herausforderung: „Wir haben uns mit dem Frieden in Südwestafrika zu befassen. Wir sind bereit, ihn notfalls mit Waffengewalt zu erhalten."

Was brachte Sam Nujoma dazu, solche großen Reden zu führen, wo er doch mit wenigen tausend Guerillas im Ausland saß und

vorerst keine Chance hatte, nach Südwestafrika einzudringen und sich fest zu etablieren? Waren ihm andere Kräfte zur Hilfe gekommen?

SWAPO und UNO

Bereits im Jahre 1967 erhielt die SWAPO im UNO-Rat den Beobachterstatus. SWAPO-Beauftragte, die von ihrem Führer Sam Nujoma sorgfältig ausgesucht wurden, begleiteten den Rat auf seinen Reisen außerhalb New Yorks. Der Rat unternahm wenig später nichts mehr ohne die Zustimmung der SWAPO. Den neutralen Beobachtern schien der Rat eher ein SWAPO-Rat denn ein Rat der UNO zu sein. Er ging auf alle SWAPO-Initiativen ein. Zu den internationalen Konferenzen der UNO-Sonderorganisationen ILO, FAO, WHO, UNCTAD und UPU (Weltpostverein) wurde die SWAPO eingeladen. Keine einzige Gruppe in Südwestafrika hat jemals ein solches Privileg genossen, obgleich sie – im Gegensatz zu der jenseits der Landesgrenzen operierenden und sich nie an Wahlen beteiligenden SWAPO – legal und frei gewählte Vertreter Südwestafrikas sind.

Minenlegen auf öffentlichen Straßen, dem willkürlich Menschen aller Altersstufen zum Opfer fielen, vor allem die im Norden des Landes lebenden Ovambos, die eigenen Brüder der SWAPO-Guerillas, Mordanschläge auf Farmer und Händler, Kindesraub und Entführung Erwachsener, Killerkommandos, die auszogen, rivalisierende Politiker umzubringen, dies alles hinderte die UNO nicht daran, der SWAPO 1976 sogar noch den Status eines ausländischen Beobachters in der Vollversammlung der UNO zuzugestehen. Vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war die SWAPO bereits 1971 eingeladen worden, an dessen Sitzungen über SWA/Namibia teilzunehmen.

Die UNO ignoriert die Bilanz des Schreckens und verliert über die Greueltaten der SWAPO kein einziges Wort; nicht daß sie darüber offiziell nichts wüßte! Sie ist über die Terrorakte ihrer Schützlinge gegen Zivilisten und Regierungsbeamte, gegen die eigenen Dissidenten und das einfache Volk der Ovambos genauestens unterrichtet. Dem Generalsekretär Kurt Waldheim wurden 969 von der SWAPO verübte Terrorüberfälle – darunter 227 Morde und 385 Entführungen – gemeldet. Die heimtückische Taktik dieser

Terroristen wurde bis ins kleinste dargestellt und durch Zeugenaussagen und Fotos belegt.

Aber im Mai 1973 hatte die UNO bereits den Führer der SWAPO, Sam Nujoma, zur Vollversammlung eingeladen und ihm die Sprecherlaubnis erteilt. Und bereits damals hatte Nujoma erklärt: „Ich verspreche hier und jetzt, daß wir weiterhin mit Südafrika in der einzigen Sprache reden werden, die es versteht, und das ist die Intensivierung des bewaffneten Befreiungskampfes. – Die SWAPO wird weiterhin die Massen mobilisieren, sie wird die militärischen Operationen intensivieren und ausweiten, bis alle Ziele des Kampfes erreicht sind."

Dies erweckte den Anschein, als kämpfe die SWAPO gegen Südafrika und südafrikanische Soldaten. Die Wahrheit sieht völlig anders aus, und der Generalsekretär der UNO wußte dies, denn Kurt Waldheim weilte bereits vom 6.–10. März 1972 in Südafrika und Südwestafrika, und vom 8. Oktober bis zum 2. November dieses Jahres besuchte auch der persönliche Vertreter des UN-Generalsekretärs für Südwestafrika, Dr. Alfred Escher, dieses Land und konnte sich von den Aktivitäten der SWAPO unterrichten.

Nach einem Übereinkommen mit Dr. Escher ernannte der südafrikanische Premierminister Vorster einen beratenden Ausschuß für Südwestafrika, den Rat für Südwestafrika, um auf diesem Wege so bald wie möglich zu einer Verselbständigung Südwestafrikas auf demokratischem Wege zu kommen.

Dies alles hätte dem UNO-Plenum bekannt sein müssen und war es auch. Dennoch wurde bei Sam Nujomas Besuch in New York so getan, als sei *er allein* der Garant für die Befreiung Südwestafrikas und für die Einkehr der Demokratie in diesem Lande.

Am 23. März 1973 hatte der südafrikanische Premierminister über die erste Sitzung des Rates für Südwestafrika gesagt: „Sie war besonders erfolgreich. Alle Abgeordneten haben an der Besprechung teilgenommen und ausnahmslos ihrer Freude über das Zustandekommen des Rates Ausdruck verliehen. Die Aufgabe dieses Rates ist es, Angelegenheiten zu besprechen, die für alle Bewohner Südwestafrikas von besonderem Interesse sind."

Fünf Monate später erklärte Vorster in Windhoek: „Sie brauchen nicht nur mein Wort dafür zu nehmen, daß die Beratungen von sehr hohem Niveau und äußerst konstruktiv waren, Sie können auch das Wort meiner Freunde Dirk Mudge und Eben van Zyl dafür nehmen, die als Mitglieder dieses Rates an allen Besprechungen

teilgenommen haben. Es waren die konstruktivsten Beratungen, die ich während der sieben Jahre meiner Amtstätigkeit mit schwarzen und farbigen Menschen geführt habe.“

Vorster führte weiter aus: „Die Regierung von Südafrika hat ihre Verantwortung gegenüber Südwestafrika, der sie in der Vergangenheit nachgekommen ist und der sie in Zukunft weiter nachkommen wird. Aber *eine* Verantwortung kann sie nicht auf sich nehmen, diese ruht ganz allein auf *Ihren* Schultern. Es ist die Entscheidung, wie Sie alle Ihre eigene Zukunft gestalten wollen. Diese Entscheidung müssen Sie selber treffen. Und weil ich dieses Recht nicht für Südafrika in Anspruch nehme, gestehe ich es auch weder der UNO noch irgendeiner anderen Organisation außerhalb von Südwestafrika zu.“

Das war ein klares Wort, und die Adresse war eindeutig die SWAPO, die weder durch Wahlen im Ovamboland noch später durch andere Wahlen versuchte, auf legalem und demokratischem Wege an die Macht zu kommen, sondern für sich in Anspruch nahm, auf alle Fälle die Macht zu übernehmen, auch ohne Wahl mit Einsatz aller Mittel des Terrors und Totschlags.

Alle diese ersten Ansätze einer demokratischen Entwicklung fochten die UNO nicht an, die SWAPO weiterhin als alleinige Vertretung Südwestafrikas anzuerkennen und zu betreuen. Seit 1974 schickte das Welternährungsprogramm WFP der SWAPO Lebensmittel im Werte von 5,4 Millionen Dollar. Die UNO schafft den SWAPO-Guerillas Nahrung, Kleidung, Unterricht und zivile Ausbildungsmöglichkeiten. Sie bildet gleichzeitig SWAPO-Kandidaten zu künftigen Regierungsfunktionären aus, die für den Tag bestimmt sind, an dem die SWAPO die Zügel der Macht in Südwestafrika ergreift. Das heißt dann im Amtsjargon dieser Weltorganisation: „Wir müssen professionelle Kader für ein zukünftiges unabhängiges Namibia ausbilden.“

Warum aber die SWAPO alleiniger Nutznießer dieser Programme ist, das erscheint völlig unverständlich. Warum sucht man nicht auch die Männer der Zukunft in Südwestafrika selber? Warum eigentlich hat die UNO beschlossen, die Fachleute einer zukünftigen namibischen Regierung ausgerechnet aus den Reihen der SWAPO auszuwählen? Rechnet sie etwa damit, daß bei einer freien Wahl, die ja Voraussetzung für die Gründung eines neuen freien Staates sein sollte, die SWAPO überhaupt antritt? Und glaubt sie, daß sie dann auch gewählt wird?

Wäre es nicht möglich, ja sicher, daß die SWAPO sich überhaupt nicht der Gefahr einer Wahlniederlage aussetzen würde, sondern sich durch die Macht der Gewehre und Minen in den Besitz Südwestafrikas zu bringen beabsichtigt?

Warum werden nicht die friedliebenden Gruppen in Südwestafrika unterstützt? Sind sie nicht genauso wie jene außer Landes gegangenen SWAPO-Mitglieder Bewohner und Bürger eines neuen Namibia? Haben sie nicht das gleiche Recht der UNO-Hilfe, wenn von einem Lande gefaselt wird, in dem ein Mann auch eine Stimme haben soll? Warum wird in Sachen Namibia von der UNO eine so doppelbödige Moral verfolgt?

Die UNO, um dies noch einmal klar darzulegen, billigt offiziell den „bewaffneten Kampf der SWAPO" gegen UN-Mitgliedsstaaten. Die SWAPO ist ständiger Beobachter bei der UNO und bereitet in Angola in Schulen, die mit Hilfe der UNO aufgebaut wurden, Studenten für den Guerillakrieg in Südwestafrika vor. Diese Verbindungen werden nicht etwa streng geheimgehalten, sondern in aller Öffentlichkeit besprochen und in verschiedenen UNO-Deklarationen und Dokumenten genau umrissen und genannt.

Diese Hilfe der UNO für die SWAPO wird von der Charta der Vereinten Nationen *nicht* gedeckt. Diese Charta, auf der vorgeblich alle UNO-Arbeit basiert, lautet in dem diesbezüglichen Absatz:

„Alle Mitglieder haben ihre Auseinandersetzungen und internationalen Streitfälle mit friedlichen Mitteln und auf solche Weise zu regeln, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden." (Kapitel I, Artikel 2, Absatz 3 der UNO-Charta.)

Aus den UNO-Berichten geht allerdings hervor, daß von dieser Organisation, die mit so hochgespannten friedlichen Absichten angetreten ist, bereits im Jahre 1975 mindestens 116 Millionen Dollar zur Unterstützung von – wie es die UNO selber firmiert – „nationalen Befreiungsbewegungen" ausgegeben oder veranschlagt wurden.

Diese UNO-Hilfe für Guerillabewegungen reicht von der Gewährung von Lebensmitteln, Unterküften und Gesundheitsdienst bis zur Bereitstellung von Rundfunkkanälen für die Ausstrahlung von Propagandasendungen, die von der SWAPO getextet und von der UNO gefördert werden.

Waffen, militärische Geräte, Soldaten, Ausbilder und Berater für diese „nationalen Befreiungsbewegungen" werden dann von

kommunistischen Staaten zur Verfügung gestellt.

Noch wichtiger als diese konkrete Hilfe ist die internationale Legitimität, die eine UNO-Anerkennung für diese nationalen Befreiungsbewegungen bedeutet. Es sei am Rande erwähnt, daß neben der SWAPO vor allem zwei weitere Guerillagruppen im südlichen Afrika aus UNO-Mitteln finanziert werden. Es ist der Afrikanische Nationalkongreß ANC und der Pan-Afrikanische Kongreß.

Diese Stellung bei der UNO bringt auch der SWAPO erst einmal Geld genug, um ihre Tätigkeit aufrechtzuerhalten. Zum anderen verschafft sie ihr Vorteile gegenüber den mit parlamentarischen fairen Mitteln arbeitenden Gruppen in Südwestafrika, die keine Gewalt anwenden und nicht töten, sondern Argumente liefern, die überzeugen.

Diese Hervorhebung der SWAPO verzerrt aber insbesondere deren Bedeutung auf internationalem Parkett. Sie hat dadurch den Anstrich erhalten, einzige und wahre Vertreterin des von ihr mit Überfällen und Mordanschlägen „beglückten" Volkes zu sein. Dies, obgleich die SWAPO ebenso wie die beiden übrigen „Befreiungsbewegungen" längst nicht mehr existieren würden, wenn sie nicht von außen Unterstützung erhielten. Im eigenen Volk genießen sie weder Vertrauen noch Unterstützung. Die einzige Regung, zu welcher beispielsweise die im Grenzgebiet von Südwestafrika nach Angola wohnenden Ovambos gegenüber der SWAPO fähig sind, ist eine abgrundtiefe Furcht, die sich auf die vielen Mordanschläge der „Befreier" gründet.

Die UNO aber, jene Organisation, die mit so hohem Anspruch angetreten ist, die sich „friedenserhaltend" nennt, unterstützt diese Guerillas, die Terror und Tod verbreiten. Sie unterstützt ausschließlich Marxisten und antiwestliche Gruppen mit dem Gelde, das vor allem die westlichen Staaten in diese Organisation einzahlen.

Diese doppelbödige Moral hat den Ruf der UNO bereits weitgehend untergraben. In aller Welt werden bereits die Resolutionen und Verlautbarungen der UNO mit offenem Spott und Mißachtung beantwortet. Die UNO ist damit unglaubwürdig geworden.

Als die Vollversammlung der UNO im Jahre 1976 die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) als alleinige und authentische Vertreterin Südwestafrikas/Namibias anerkannte, war ein Faktum geschaffen worden, das durch keinen einzigen Umstand begründet gewesen wäre. Die SWAPO ist in Südwestafrika nur eine

von 45 politischen Parteien, die Südwestafrika gemeinsam repräsentieren.

Dennoch: Das UNO-Entwicklungsprogramm hatte für die Jahre 1977–1981 die Summe von 7,75 Millionen Dollar für die SWAPO ausgegeben, und im neuen Budget von 1982 bis 1986 sind weitere 7,75 Millionen Dollar vorgesehen.

Der Namibia-Treuhandfonds der UNO übergab der UNDP etwa 4,5 Millionen Dollar, von denen die SWAPO den Löwenanteil erhielt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO zahlte zwischen 1974 und 1981 256 000 Dollar direkt an die SWAPO, die FAO als Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation übergab der SWAPO im selben Zeitraum 90 000 Dollar.

Der UNO-Rat für Namibia in New York läßt der SWAPO aus dem Hilfsfond für Namibia weitere Mittel zufließen. Der UNO-Kommissar für Namibia, der in New York, Luanda und in Botswana Büros unterhält, verfügt über weitere Mittel zur Unterstützung der SWAPO.

Die UNO wird der SWAPO für ihren weiteren Befreiungskampf von 1983 bis 1986 insgesamt 40 Millionen Dollar zur Verfügung stellen. Über die UNIDO kann die SWAPO weitere 17,6 Millionen Dollar erwarten, und auch die UNCTAD, die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, hat umfangreiche weitere Mittel für die „nationalen Befreiungsbewegungen" vorgeschlagen. Im UNIDO-Vorschlag, der durch die genannten 17,6 Millionen Dollar realisiert werden soll, ist ein Entwicklungsprogramm für die SWAPO zu finden und zu finanzieren, das in drei Teile gegliedert ist:

„1. Hilfe für die Zeit vor der Unabhängigkeit,

2. Hilfe für die Übergangsphase,

3. Hilfe für die Zeit nach der Erlangung der Unabhängigkeit."

(Siehe UNO-Dokument A/36/154/add. 1).

Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge UNHCR bestimmte von 1979 bis 1981 etwa zehn Millionen Dollar für namibische Flüchtlingslager, vorwiegend in Angola, der wichtigsten Ausgangsbasis für Terroroperationen der SWAPO gegen SWA/Namibia.

All dies und noch mehr zeigt auf, daß die SWAPO eine bedeutende und oft beherrschende Rolle bei der Verwaltung und damit auch bei der Vergabe dieser UNO-Hilfsprogramme spielt.

Wodurch hat sie sich diese Bevorzugung verdient? Hat sie wirklich einen „Befreiungskampf" geführt? Von wo aus, mit welchen Waffen und unter welcher Führung?

Zeit des Terrors und der Furcht

Die SWAPO-Offensive aus Angola

Als am 24. April 1974 in Portugal ein linker Militärputsch erfolgte, wurde sehr bald aus den Verlautbarungen der daran beteiligten Offiziere klar, daß sie nicht nur die portugiesischen Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen wollten, sondern daß sie fest entschlossen waren, Moçambique an die FRELIMO und Angola an die MPLA zu übergeben. Beide waren moskauhörige Guerillabewegungen, und mit solchem „Unfug" wie demokratischen Wahlen gaben sie sich nicht erst ab.

Nach Verwirklichung dieser Vorhaben standen Moskaus Sendboten an der Nordgrenze von Südwestafrika und Südafrika.

Die Tätigkeit der SWAPO, die sich nach dem Desaster des Sommers 1966 auf gelegentliche Überfälle aus Sambia auf den Caprivi-Zipfel beschränkte, konnte sich nun auf Südwestafrika konzentrieren, denn von nun an hatten die Guerillas die Chance, durch Südangola hindurch nach Ovamboland einzufallen.

Bereits im August 1974 erklärte Jannie de Wet, der Generalkommissar für Eingeborenenfragen in Südwestafrika, der zusammen mit Dirk Mudge am 30. Jan. 1974 in einem Gespräch mit Premierminister Vorster die Einsetzung eines Ausschusses zur Klärung der Frage der Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung durchgesetzt hatte, in dem Grenzort Rundu:

„Wenn unsere Regierung nicht bald etwas tut, um die kommunistische Machtübernahme in Angola zu verhindern, schmeiße ich mein Amt hin, denn dann ist die Lage hier nicht mehr zu halten."

Im Herbst 1975 versuchte die Armee von Südafrika mit einigen hundert Soldaten die Invasion Angolas durch tausende Kubaner unter sowjetischer und DDR-Führung zu stoppen. 150 Kilometer vor Luanda und damit vor dem Sieg blieben die Südafrikaner mangels Verstärkungen und Nachschub liegen. Vorster, der von den USA eine Garantieerklärung für dieses südafrikanische Unternehmen gefordert hatte, erhielt die notwendige Rückenstärkung nicht und stoppte den Nachschub an Soldaten, Waffen und Material.

Im Januar 1976 räumten die südafrikanischen Truppen Angola. Die SWAPO mit ihren kubanischen und DDR-Ausbildern baute

die ersten Stützpunkte im grenznahen Raum auf. Nur der Tatsache, daß in Südostangola die antikommunistische Widerstandsbewegung unter Dr. Jonas Savimbi, die UNITA, die Kontrolle über das menschenleere Buschland behielt, verdankt Südwestafrika es, daß zumindest das Gebiet von Kavango vor der SWAPO abgeschirmt war. Der Sturm brach nunmehr gegen Ovamboland los.

Die beiden weißen Beauftragten der gemischtrassigen Nationalen Partei, Dirk Mudge und Eben van Zyl, reisten bis Mitte 1975 durch das ganze Land, um die führenden schwarzen Gruppen für eine Verfassungskonferenz zu gewinnen. Aus dem Ausland wetterte die SWAPO gegen diesen „Trick der weißen Rassisten".

Gab es eigentlich in Südwestafrika Führungsgruppen, die für ihren jeweiligen Stammesverband sprechen konnten? Nun, in Ovamboland gab es sie, denn dort hatten bereits 1973 Wahlen stattgefunden, und 50 % der Wahlberechtigten hatten einen Ovambo-Landtag und eine Landesregierung mit einem Chefminister gewählt. Ähnliche Wahlen waren mit bedeutend größerer Wahlbeteiligung in Kavango und Caprivi gefolgt.

Die Weißen und die Baster waren vertreten, für die Herero sprach der Häuptlingsrat, ebenso bei den Tswana. Zwei der drei Urvölker Südwestafrikas, die Hottentotten und die Damara, entsandten ihre Häuptlinge als Vertreter.

Der Chief-Minister der Ovambos, Filemon Eliphas, wurde am 16. August 1975 von SWAPO-Terroristen ermordet.

Selbst die Buschmänner hatten mit Gelbooi Kasche ihren besten Mann nach Windhoek geschickt, und die Kap-Mischlinge schlossen sich der Möglichkeit an, auf der ersten repräsentativen Volksversammlung des Landes in Windhoek vertreten zu sein.

Die Turnhallen-Konferenz

Dieser Bewegung vorausgegangen war auf seiten der südwestafrikanischen Bevölkerung die Gründung der Nationalen Partei von Südwestafrika. Der Führer dieser Partei, A. H. du Plessis, erklärte im September 1974, daß die Zeit reif sei, nunmehr an die Öffentlichkeit zu treten und Besprechungen mit weiteren Bevölkerungsgruppen Südwestafrikas aufzunehmen. Zuvor hatten Dirk Mudge und Eben van Zyl, der Senior der Partei, mit schwarzen und braunen Südwestern Besprechungen geführt. Dies, so erklärte du

Plessis, sei die logische Folgerung aus den Worten von Premierminister Vorster, daß die Bevölkerung von Südwestafrika selber über ihr Schicksal entscheiden müsse.

Am 20. November 1974 legte dann Dirk Mudge den Antrag der Gesetzgebenden Versammlung vor, die aus Weißen besteht. Er lautete:

„Das Haus akzeptiert den Standpunkt des südafrikanischen Premierministers, daß die Bewohner Südwestafrikas ihre Zukunft selbst entscheiden müssen und daß es nicht Sache der UNO noch der Republik von Südafrika ist, darüber zu entscheiden. Es akzeptiert ferner die Versicherung des Premierministers, daß es keiner Macht von außen erlaubt werden darf, in diesen Prozeß einzugreifen und die Bewohner des Landes an der Ausübung ihres Rechtes der Selbstbestimmung zu hindern. Das Haus anerkennt das Bestehen verschiedener Volksgruppen innerhalb der Grenzen von Südwestafrika, von denen *jede* das angeborene Recht hat, hier zu sein und seine Sprache, Tradition und Kultur zu pflegen. Diese Gruppen sollen im Geiste guten Willens und offen miteinander beraten, mit dem Ziel, eine politische Lösung zu finden, durch die sie in Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Südwestafrika leben können, wobei die Rechte der Minderheitsgruppen voll berücksichtigt werden.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es notwendig, daß die verschiedenen Volksgruppen so bald wie möglich durch ihre repräsentativen Körperschaften oder Führer ihre Vertreter ernennen. Diese Vertreter sollen, sobald sie dazu bereit sind, zu Beratungen mit den Vertretern der Weißen zusammentreffen und alle gemeinsam beraten, wie die Volksgruppen Südwestafrikas ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben wollen."

Am 1. September 1975 trafen sich in Windhoek 157 Delegierte aller Völker und Volksgruppen Südwestafrikas zur ersten repräsentativen Volksversammlung des Landes. Diese Versammlung wurde in der Windhoeker Turnhalle des Deutschen Turnvereins durchgeführt, von woher auch die Versammlung und die folgenden dort tagenden den Namen „Turnhallen-Konferenzen" erhielten.

Der Beschluß der (weißen) gesetzgebenden Versammlung wurde hier in die Wirklichkeit umgesetzt. Alle elf Volksgruppen hatten Vertreter entsandt, von denen über 75% nach demokratischen Regeln gewählt, während der Rest aufgrund traditioneller Häuptlings-Eigenschaft ernannt worden war.

In langen Verhandlungen, die sich über zwei Jahre hinzogen, waren Vorschläge für eine Interimsverfassung ausgearbeitet worden, die nach der Behandlung und Ergängzung einstimmig angenommen wurde. In ihrem zweiten Hauptteil wurde festgelegt:

„Die folgenden grundsätzlichen Rechte sind bindend für die gesetzgebenden, ausübenden und rechtsprechenden Gewalten in Bezug auf die Republik Südwestafrika/Namibia:

1. Die Rechte jeder Volksgruppe, selbst wenn sie eine Minderheitengruppe ist, werden uneingeschränkt anerkannt; der Anspruch auf ihren Schutz wird garantiert.
2. Die Grundsätze der Menschenwürde sind unantastbar und werden von allen Trägern der Staatsautorität anerkannt.
3. Jedermann hat das Recht auf freie Entwicklung seiner Persönlichkeit, soweit sie nicht das Recht anderer antastet oder im Widerspruch zur öffentlichen Ordnung und zu den herrschenden Sitten steht.
4. Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit jedes einzelnen sind unantastbar. Dieser Grundsatz kann nur durch einen gerichtlichen Befehl durchbrochen werden.
5. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf wegen seiner Herkunft, seines Geschlechtes, seiner Sprache, Rasse, Hautfarbe, seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung bevorteilt oder benachteiligt werden.
6. Die Glaubensfreiheit wird zugesichert.
7. Bewegungsfreiheit wird zugesichert.
8. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift oder Bild zu äußern, sowie dies nicht die Rechte anderer verletzt oder staatsgefährdend ist.
9. Die Pressefreiheit wird garantiert, dieses Recht ist begrenzt durch die allgemeinen Gesetzesvorschriften, die Sicherheit der staatlichen Ordnung und durch den Schutz der Jugend sowie den der persönlichen Ehre und Würde des einzelnen.
10. Das Eigentumsrecht, ob individuell oder kollektiv, in bezug auf bewegliches und unbewegliches Gut (Grund und Boden) wird zugesichert.
11. Enteignungen können nur stattfinden, wenn das Allgemeininteresse es verlangt und eine Gesetzesvorschrift dazu ermächtigt. Im Falle einer Enteignung ist eine angemessene Vergütung zu zahlen.
12. Jedermann hat das Recht, aktiv am Gemeinschaftsleben teilzunehmen, Versammlungen abzuhalten und politische Parteien zu

gründen. Politische Parteien oder Zusammenschlüsse mit einer marxistisch-leninistischen Ideologie sind jedoch als staatsfeindlich verboten.
13. Falls ein fundamentales Grundrecht durch die Gesetzgebung eingeschränkt wird, muß das betreffende Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gültig sein.
14. Auf keinen Fall darf ein fundamentales Grundrecht in seinem Wesen angetastet oder abgeschafft werden."

Während viele der Beschlüsse und Verordnungen jahrelang behandelt und korrigiert oder geändert werden mußten, konnte dieser Katalog an Rechten der Bürger der durch freie Wahlen zu gründenden Republik Südwestafrika/Namibia bereits 1975 abgeschlossen werden.

Die Turnhallen-Konferenz beendete 1977 ihre Arbeit mit dem Beschluß, eine Zwischenregierung zu schaffen; ihr Kern sollte ein Ministerrat werden, der aus jeweils einem Vertreter der elf Volksgruppen und einem Vorsitzenden bestand.

In dieser Lage traten fünf Westmächte auf den Plan, deren intensivem Wirken es gelang, die geplante Zwischenregierung zum Platzen zu bringen und dem Lande ein jahrelanges Tauziehen zu bescheren.

Die Turnhallen-Konferenz stimmte der Ernennung von zwei sog. Regierenden zu, deren einen die Republik Südafrika, deren anderen die UNO ernennen sollte.

Der erste Generaladministrator, der von der RSA ernannt wurde, war Richter M. T. Steyn. Die UNO ernannte den persönlichen Vertreter von Generalsekretär Waldheim, den Finnen Martii Ahtisaari, der mit einem Stab von über 50 Mitarbeitern erschien. Beide Administratoren sollten nunmehr die Vorbereitungen für die geplanten freien Wahlen treffen, die für 1978 vorgesehen waren.

Hier kam wieder die SWAPO ins Spiel, die immer noch von der UNO als Alleinvertreterin Südwestafrikas anerkannt wurde, obgleich dieselbe UNO nun auch direkte Verhandlungen mit den Körperschaften von Südwestafrika aufgenommen hatte und dort freie Wahlen vorbereiten sollte.

Lassen wir im folgenden diese Zeitspanne der Verwicklungen und des neu aufflammenden Terrors der SWAPO Revue passieren, ehe wir an dieser Stelle fortfahren!

Die Zeit dazwischen

Im April 1977 teilten die Botschafter der fünf damals im Sicherheitsrat für Namibia vertretenen westlichen Staaten (USA, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Kanada und die BR Deutschland) der südafrikanischen Regierung mit, daß sie den Turnhallen-Modus nicht akzeptieren könnten, weil „die UNO ihn nicht anerkennen wird". Darüber hinaus würde selbst nach der Vornahme demokratischer Wahlen die SWAPO ihren Guerillakrieg weiterführen, um zur totalen Machtübernahme zu kommen. In Wien ließ sich dann Premierminister Vorster von dem US-Vizepräsidenten Mondale einschüchtern und ernannte einen Mann zum Außenminister, der dafür nach der Meinung vieler Kenner zuwenig Stehvermögen hatte: Roelof Botha.

Im Juni 1977 traf Vorster eine für die Turnhallen-Allianz folgenschwere Entscheidung, als er keine mehrrassige Übergangsregierung der gemäßigten Turnhallen-Parteien zuließ, sondern einen südafrikanischen Generaladministrator für Südwestafrika ernannte, den Richter Martinus Steyn. Das bedeutete im Klartext: Vorster hatte dem Druck von außen nachgegeben. Trotz des Protestes aller anderen Mitglieder ließ du Plessis eine Volksabstimmung über die Verfassung durchführen, und zwar nur durch die weißen Vertreter, womit die Verfassungsberatungen endgültig blockiert waren. Weitere Unstimmigkeiten folgten, und am 7. November 1977 löste sich die Turnhallen-Versammlung auf.

Die Selbständigkeit von Südwestafrika, mit der alle, auch die fünf Westmächte der UNO-Gruppe, spätestens zum 31. Dez. 1978 gerechnet hatten, kam nicht. Damit schwanden auch die Hoffnungen, dem Terror der SWAPO von außen ein Ende zu bereiten, der nun mit aller Macht einsetzte.

Bonner Intermezzo

Von seiten der BR Deutschland wurde in diesem entscheidenden Jahr für Südwestafrika noch ein weitgehender Entschluß getroffen, der so recht ein Schlaglicht auf die Verhaltensweise des Westens wirft. Auf seiner letzten Sitzung im Sommer 1977 beschloß der Deutsche Bundestag, das deutsche Konsulat in

Windhoek aufzulösen. Nicht etwa weil hier keine Deutschen mehr lebten, sondern aus ganz anderen Gründen.

Das Interesse der in Südwestafrika/Namibia lebenden Deutschen (5000 wurden von der Bundesregierung angegeben, aber es sind mindestens 10 000 deutsche Staatsbürger und weitere 20 000 deutschstämmige Menschen) sollten künftig von Vertrauensanwälten in Windhoek vertreten werden. Dazu wollte die BR Deutschland diesen Anwälten das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Für die amtliche Betreuung der Deutschen in SWA/ Namibia sollten die deutsche Botschaft in Pretoria und das Konsulat in Kapstadt zuständig sein.

Diese Absicht von Bundesaußenminister Genscher war bereits im Mai 1977 bekanntgeworden; sie wurde von der SWAPO eifrig applaudiert. Nun brauchte die SWAPO nicht mehr zu fürchten, bei einer Machtübernahme, mit welchen Mitteln auch immer, bei Enteignungen oder Morden an deutschen Staatsbürgern in Südwestafrika zur Verantwortung gezogen zu werden.

Zwei politische Motive stehen hinter dieser Konsulatsschließung. Zum einen hatten Repräsentanten der SWAPO der Bundesregierung mitgeteilt, daß sie ihr Konsulat in Windhoek *jetzt* schließen müsse. Geschehe dies nicht, so werde es nach der Unabhängigkeitserklärung und der Machtübernahme durch die SWAPO geschlossen werden.

Genscher nahm diese Erklärung „sehr ernst", weil er „davon ausgeht, daß die SWAPO in irgendeiner Form an der zukünftigen Regierung von Namibia beteiligt sein werde".

„Im Interesse der dort lebenden Deutschen", so verlautbarte er, sei es aber besonders wichtig, in der schwierigen Phase nach der Proklamierung der Unabhängigkeit eine konsularische oder diplomatische Vertretung zu unterhalten. Dies sei durch die Schließung des Konsulates gewährleistet.

Wie dieser Purzelbaum gewertet werden soll, sei dem Leser überlassen. Fest steht auf alle Fälle, daß es nun *vor und nach* der Proklamierung der Unabhängigkeit von SWA/Namibia dort *keine* konsularische Vertretung der BR Deutschland gibt.

Das zweite politische Motiv lautet: „Die Bundesregierung hat den Eindruck gewonnen, daß der Fortgang der Namibia-Initiative der westlichen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates durch das Fortbestehen des Konsulates in Windhoek gehemmt werde."

Bonn ist an der Initiative der „Fünf" beteiligt und setzt große

Hoffnungen auf einen positiven Abschluß. „Auch Politiker der gemäßigten afrikanischen Staaten haben gegenüber deutschen Diplomaten im Interesse der Sicherheitsrats-Aktion nachdrücklich für eine Schließung des Konsulates plädiert."

Anscheinend betrachten sie alle die Vertretung Bonns in Windhoek als ein Symbol der südafrikanischen Oberhoheit über die ehemalige deutsche Kolonie.

Damit gab Bonn dem Drängen fremder Mächte und Politiker nach und ließ seine eigenen Staatsbürger im Stich, ließ sie in einer völlig unsicheren und rechtlosen Situation allein, kehrte sich einfach von ihnen ab, weil „afrikanische Politiker dies für richtig hielten".

Die Entscheidung über das Wohl und Wehe deutscher Menschen im Ausland, ohnehin von Bonn nur sehr stiefmütterlich bedacht, wird also ausländischen Mächten und Politikern überlassen. Kein anderer Staat der Erde, nicht einmal der kleinste, würde so mit sich und seinen Staatsbürgern und deren Nachfahren umspringen lassen wie die BR Deutschland. Niemand sonst würde bei den sich anbahnenden Katastrophen, wie Enteignungen, Mord und Brandstifterei, feige das eigene Blut verraten, um bei irgend jemandem besser angeschrieben zu sein.

In Bonner Regierungskreisen heißt es lapidar dazu, daß ja praktisch die Phase des Überganges zur Unabhängigkeit in Südwestafrika bereits begonnen habe. Deshalb hätten Bedenken gegen ein Bestehen und Weiterbestehen eines deutschen Konsulats in Windhoek doppeltes Gewicht.

Dies war vor nunmehr über fünf Jahren, und es ist noch gar nicht abzusehen, wann wirklich die Unabhängigkeit Südwestafrikas/Namibias erreicht wird *und wer* die Führung übernimmt.

Wenn die SWAPO an die Macht kommen sollte und damit freie Hand zur Verwirklichung ihrer offen dargelegten Pläne hat, dann wehe den deutschen Bürgern in Südwestafrika. Es ist nach dieser Haltung der Bundesregierung Deutschland nicht unklar, wie sie sich dann verhalten wird. Spätestens dann, wenn die SWAPO-Enteignungswelle rollt, wenn die Farmen aufgelöst und den schwarzen linientreuen Guerillas übereignet oder zu Staatsgütern umgemodelt werden, werden diese Deutschen erfahren, daß sie die verlassensten Menschen auf der Welt sind.

Zu hoffen wäre nur, daß eine neue Bundesregierung diesem Drama ein Ende bereitet und alle jene, die Gewalt in Südwestafrika

für das geeignete Mittel zur Staatsbildung halten, aus ihren Reihen entfernt, um sich nicht mitschuldig zu machen an einer Tragödie, die den vielen bisherigen Trauerspielen in Afrika keinen Deut nachsteht.

Die CDUCSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat gegen die Auflösung der deutschen Vertretung in Windhoek Front gemacht. Ein von ihr im Juli 1977 eingebrachter Entschließungsantragsentwurf fordert die Bundesregierung auf, das Konsulat weiter offenzuhalten. Die seinerzeitige Opposition begründete dies vor allem mit der optimalen Interessenvertretung aller Deutschen in Südwestafrika.

Doch sie hat die Rechnung ohne die bisherige SPD/FDP-Regierung gemacht, in deren Reihen Persönlichkeiten stehen, die offen für die SWAPO und die Versorgung der SWAPO-Guerillas mit Waffen, Munition und Versorgungsgütern aller Art plädieren.

Der Abzug des deutschen Konsulates hat denn auch bereits den Überlebenswillen der deutschstämmigen Bevölkerung Südwestafrikas eingeschränkt und zur Flucht aus Südwestafrika beigetragen. Die Bundesregierung war dem Druck von außen, der massiven Einmischung in die Angelegenheiten der BR Deutschland durch marxistisch-kommunistisch orientierte Regierungen erlegen. Sie hatte soviel Rückgrat gezeigt, wie ein Wurm es eben hat.

Zu allem schrieb das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt am 10. Juli 1977 in einem Interview, das es mit Egon Bahr führte, dieser habe erklärt, daß er auch mit der marxistisch-leninistisch orientierten SWAPO um Sam Nujoma zusammengehen würde. Egon Bahr erklärte laut Sonntagsblatt weiter: „Die Befreiungsbewegungen sagen verständlicherweise: das Wichtigste, was wir brauchen, sind Waffen.“ Auf die Frage, ob dies ein *richtiges* Argument der SWAPO sei, erklärte Herr Bahr: „Ja, ich verstehe das. Wenn ich mich in deren Lage versetze, kann ich keinen anderen Standpunkt einnehmen.“

Dies bedeutet das Gutheißen der Terroranschläge und Guerillaeinsätze auf südwestafrikanischem Boden, der Hunderte von Morden an Bürgern dieses Landes, schwarzen und weißen, der Entführung von weit über 1000 Kindern und Erwachsenen der schwarzen Ovambos, die als einzige „Schuld“ ihren Wohnsitz dicht an der Grenze haben und deshalb immer wieder Opfer der Terroristen werden.

Auf die Frage hin, ob er denn keinerlei Einschränkungen gegen-

über solchen Gruppen mache, die ein streng leninistisches Kaderprinzip auch als Ordnungssystem *nach* der Unabhängigkeit und unter ihrer Regierung anwenden wollten, was ja auch die deutschen Bürger in Südwestafrika betreffen würde, ohne daß sie unter einem solchem Regime den Minderheitenschutz genießen würden, erklärte Bahr:

„Da für mich die Erhaltung des Friedens höher rangiert als die ideologische Auseinandersetzung, fühle ich mich verpflichtet, selbst dann noch etwas zu tun für die Erhaltung des Friedens und die Vermeidung von Konflikten, wenn dies mindestens in der ersten Runde solchen zugute kommt, mit denen ich überhaupt nicht übereinstimme."

Also wird „zur Erhaltung des Friedens" in Südwestafrika gemordet; den Toten wird es sicher gar nicht gefallen, wenn sie erfahren, daß sie zur Erhaltung des Friedens umgebracht wurden: von MPi-Salven durchlöchert, von Minendetonationen zerrissen. Und den Tausenden für immer Verstümmelten wird es noch weniger gefallen, daß sie im Namen des Friedens verstümmelt wurden.

Egon Bahr würde auch Funkgeräte und Jeeps für die SWAPO liefern. Offenbar wird sogar noch bedauert, daß keine Waffen dorthin geliefert werden können, wo sich die neuen Archipele Gulag, diesmal in Moçambique, Angola und Sambia, befinden. Und lassen Sie mich noch die letzte Bemerkung Bahrs hier einflechten:

„Wenn jemand – aus welchen Gründen auch immer – sagt, er wolle dort (im südlichen Afrika) einen kommunistischen Weg einschlagen, dann soll er es tun. Wir haben meiner Meinung nach eine Verpflichtung, dabei zu helfen, daß die Völker ihren eigenen Weg gehen."

„Daß die Völker ihren eigenen Weg gehen!" Gemeint ist in diesem Falle statt der „Völker" die SWAPO, die illegal jenseits der Grenzen mit einigen tausend Terroristen und zehntausenden Kubanern, Sowjetrussen und gepreßten Mitteldeutschen gemeinsame Sache macht und von hier aus den Südwestafrikanern eine „Freiheit" bringen will, die *das Volk*, das immer zitiert wird, jeder Freiheit beraubt, eine „Freiheit", die es gar nicht will.

Es verhält sich genauso wie in Afghanistan. Auch dort soll einem Volk die „Freiheit" von außen gebracht werden, die es *nicht* will; auch dazu schweigt „unsere" Regierung, und das mit Ausdauer. Die große Frage ist: Wollen *die* Südwestafrikaner von der SWAPO

befreit werden? Mit Mord und Terror? Wollen die Südwestafrikaner einen Weg gehen, der schnurgerade in ihre eigene Verarmung hineinführt, oder wollen sie nicht lieber einen ganz anderen Weg gehen, den sie bereits beschritten hatten und der ihnen jetzt von der UNO versperrt wurde?

Noch geht es den Bürgern von Südwestafrika gut. Aber die Zeit ist abzusehen, in der eine Regierung Nujoma mit ihren Vorstellungen von der Entwicklung eines Landes Schiffbruch erleiden wird, was sicherlich nicht die hohen Parteifunktionäre stören kann, denn die haben längst ihr Schäfchen im trockenen.

Daß die Überzeugung von Herrn Bahr keine einzelne Verirrung ist, sondern daß in der Bundesregierung wie in der SPD und in Teilen der „Liberalen" weitere Gedanken dieser Art vorherrschen, beweist eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages vom 4. Mai 1977, in der nachgefragt wird, ob die Bundesregierung nicht in Wahrheit Mord- und Terrororganisationen unterstütze:

„Hilfen mit humanitärer Zweckbestimmung", so die Antwort der Bundesregierung vom 6. Sept. 1977, „werden daher, soweit sie nicht über internationale Institutionen geleitet werden (Rotes Kreuz, Kirchen, UNO-Hilfprogramme) in Umfang, Art und Durchführung gegebenenfalls auch in Kontakten mit Befreiungsbewegungen durchgeführt."

Damit gibt die Bundesregierung zu, auch unmittelbar an Terroristen Gelder aus Steuermitteln zu geben und damit den Terror auch in Südwestafrika, und zwar auch gegen Deutsche in Südwestafrika, zu untersützen.

Schwarzer Rassismus übelster Art und Stammesfehden haben in den selbständig gewordenen Staaten Afrikas zu ungeheuerlichen Schlächtereien und Metzeleien Schwarzer gegen Schwarze geführt. Weiße Minderheiten wurden „ins Meer geworfen", und es steht zu befürchten, daß die Ovambos in Südwestafrika, die in einem kleinen Gebiet fast die Hälfte aller Bewohner dieses Landes stellen, bei und nach der Befreiung alle anderen Stämme majorisieren werden. Aber dies wäre noch das kleinere Übel, das den Damara, den Nama und den Buschmännern sowie den Weißen drohte. Die Inbesitznahme des Landes würde für alle größeren Farmer, gleich welcher Hautfarbe, die völlige Enteignung bedeuten. Daß man dabei nicht zimperlich umgehen wird, haben die Aktionen der SWAPO bereits zur Genüge bewiesen.

Daß auch die Jungsozialisten im deutschen Westen eine spürbare

Unterstützung der sog. Befreiungsbewegungen verlangen, die nach den Worten ihres Sprechers Wentz „politisch dasselbe wollen wie wir", und daß man deshalb den Druck auf die SPD noch verstärken müsse, in diesem Sinne tätig zu werden, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf diese Bewegung. (Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Okt. 1976.)

Die deutsche Botschaft in Lusaka (dort gibt es eine, während das Konsulat in Windhoek geschlossen werden mußte, wo ungleich mehr Deutsche den Schutz der Bundesrepublik nötig hätten) gab dazu Mitte Oktober 1976 bekannt, daß auf Konten des Namibia-Institutes in Sambia als Schenkung der Bundesrepublik Deutschland 88 550 Dollar überwiesen worden seien. Das Institut ist eine kommunistische Kaderschule und bildet laut Satzung im Auftrage der SWAPO Führungskräfte für den Tag der Machtübernahme in Südwestafrika aus.

Die SWAPO als Friedensengel, mit Maschinenpistolen und sowjetischen Schnellfeuergewehren anstelle von Palmzweigen, mit Landminen und Panzern, mit Raketen und Flugzeugen aus dem Hinterhalt mordend, zur Friedenserhaltung eingesetzt, das ist denn doch der Gipfelpunkt der Blasphemie.

Auch Herr Bahr weiß ganz genau, daß die zehn übrigen ethnischen Gruppen in Südwestafrika nach der Machtergreifung durch die SWAPO keine Chance haben.

Wie soll der SWAPO-Staat aussehen?

Erinnern wir uns an einige Aussprüche von Sam Nujoma, die uns aufzeigen, wie er sich die Sache denkt: „Nach der Machtübernahme durch uns werden wir alle Einrichtungen wegfegen, die in Namibia von der Minderheit der weißen Siedler geschaffen worden sind." (Siehe Bork, Willi: Namibia wird frei sein; in HORIZONT, Berlin Ost, Nr. 11/1978). Und auf einer Pressekonferenz in London im Jahre 1981 setzte Sam Nujoma noch einen drauf, als er erklärte: „Die SWAPO ist die revolutionäre Vorhut des namibischen Volkes, die darum kämpft, alle Übel des Imperialismus, Faschismus und Kolonialismus, Rassismus, der Klassenunterdrückung und Ausbeutung ein für allemal mit Stumpf und Stiel in Namibia auszurotten." (Siehe SWAPO-Informations Bulletin, Luanda, Nr. 4/1981).

Herr Genscher, der Bundesaußenminister auch der Regierung Kohl, will also dort nach der „Machtergreifung" mit einer deutschen Vertretung vorhanden sein, um die Belange der Deutschen in Südwestafrika zu vertreten. *Wie* hat er sich dies denn gedacht? Als Zustimmungsvehikel zu den Enteignungsbeschlüssen und Ausweisungen? Wenn den deutschen und den anderen weißen Siedlern nicht noch Schlimmeres zustößt! Eine demokratische Gesellschaftsordnung, das kann Herr Genscher nachlesen, ist für die SWAPO nichts anderes als eine „neokolonialistische Machenschaft".

Sam Nujoma will eine „nationale Demokratie". Darunter versteht er, wie er unzweifelhaft zum Ausdruck bringt, „die Staatsmacht einer Minderheit der herrschenden Klasse zu entreißen und sie in die Hände demokratischer Repräsentanten des Volkes zu legen". Und sein Kampf dafür „ist Bestandteil der globalen Auseinandersetzung zwischen den weltrevolutionären Kräften und dem Imperialismus". (Siehe Towards National Democratic Revolution: Perspective on Stages of the Namibian Revolution in: Namibia Today, Luanda, 6/1982.)

In diesem Bericht über die ideologische Position der SWAPO heißt es weiter, und dies sollte vor allem die Regierungen der westlichen Welt und insbesondere der BR Deutschland aufhorchen lassen: „Die Erringung des Sieges im Unabhängigkeitskampf erfordert nicht nur die Einheit der patriotischen Kräfte im Lande, sondern zugleich ein verstärktes Zusammenwirken mit anderen Abteilungen der demokratischen und revolutionären Weltbewegung."

Aus der „Befreiung" wurde inzwischen also eine sozialistische Revolution. Von der angestrebten Unabhängigkeit wurde der Weg zu einem marxistisch-leninistischen Staat osteuropäischen Zuschnitts beschritten. Am Ende wird nach einem blutigen Sieg der SWAPO die „Volksrepublik Namibia" stehen, dafür werden die „selbstlosen Helfer der Befreiungsfront für Namibia" sicherlich sorgen.

Wie wird es in einem sochen Staat aussehen? Welche Entwicklung wird dieses Namibia nach dem Sturz der jetzigen Verwaltung nehmen? Es wird ein „nationaldemokratischer" Staat werden. Nur daß die Bezeichnung „national" wie „demokratisch" nicht dorthin gehört, weil dieser Staat weder Nationen noch eine Demokratie kennen wird. Es wird nach dem Willen der SWAPO folgende dringenden demokratischen Aufgaben zu erfüllen haben:

„Durchführung einer radikalen Bodenreform", lies: Enteignung aller jener Menschen, die seit Generationen das Land kultiviert, bewässert und bebaut haben.

„Kontrolle der Aktivitäten multinationaler Gesellschaften", lies: Enteignung der ausländischen Gesellschaften, die im Lande die Bodenschätze erkundet, die Fördermöglichkeiten gebaut und den Absatz der geförderten Bodenschätze gesichert haben.

„Ausübung der vollen Souveränität der Ressourcen und Rohstoffe."

Dies würde bedeuten, daß alle Rohstoffe Südwestafrikas nach einem Schema verteilt und neue erschlossen werden, wie dies von der UdSSR vorgeschrieben wird, denn sie wird sich nicht nur an der Erschließung und Ausbeutung *beteiligen*, sondern sie *allein führen*, denn dies kann das neue Südwestafrika der SWAPO nicht allein schaffen, auch dann nicht, wenn Sam Nujoma und seine Führungselite glauben, daß sie „nach 20 Jahren des Guerillakrieges und der Terroranschläge derart gereift seien, um als führende südwestafrikanische Organisation den Grundstein für die revolutionäre Volksmacht in Namibia legen zu können". (Siehe: Henning von Löwis of Menar: „Das unabhängige Namibia aus der Perspektive der SWAPO".)

Die Formulierung „Planung der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung" klingt angesichts des Unvermögens der Ostblockstaaten, dies in den eigenen Ländern durchzuführen, wie ein böser Witz. Nicht einmal in den eigenen Zentren sind diese Staaten in der Lage, die Grundbedürfnisse ihrer Menschen sicherzustellen, wie Polen und fast alle „sozialistischen" Länder des Sowjet-Imperiums es uns drastisch vor Augen führen.

Zur Verwirklichung der genannten und vieler anderer Aufgaben will die SWAPO das gesamte Land mit ihren Massenorganisationen überziehen, um alle Menschen des Landes vom Kinde bis zum Greis fest im Griff zu behalten. Auf einer Konferenz in Tanga Ende 1969 war dieser Beschluß, Massenorganisationen zu schaffen, gefaßt worden. In der Constitution of the South West Africa Peoples Organisation (SWAPO) of Namibia, die auf dem Meeting des Zentralkomitees der SWAPO vom 28. Juli bis zum 1. August 1976 in Lusaka angenommen wurde, sind alle diese Massenorganisationen und ihre Aufgaben aufgeführt. (Siehe Anlage: Konstitution der Südwestafrikanischen Volksorganisation SWAPO.)

Es handelt sich in erster Linie um die Volksbefreiungsarmee

Namibias (PLAN), die Nationalunion namibischer Arbeiter (NUNW), die SWAPO-Jugendliga (SYL), den SWAPO-Frauenrat (SWC) und den SWAPO-Ältestenrat (SEC).

Alle diese Organisationen sind den internationalen kommunistischen Dachorganisationen unterstellt, als da sind: der Weltgewerkschaftsbund, der Weltbund demokratischer Jugend, die Internationale demokratische Frauenföderation. Alle diese Dachorganisationen sind voll auf den Kremlkurs eingeschworen.

Als „Speerspitze aller Massenorganisationen wird der schwarzen Arbeiterklasse die führende Rolle bei der Gestaltung der Zukunft von Namibia zugesprochen". In dem Werk „To be born a Nation – The Liberation Struggle for Namibia", herausgegeben vom Department of Information and Publicity, SWAPO of Namibia, Luanda/London 1981, heißt es weiter dazu:

„Die namibischen Arbeiter wissen nur zu gut, daß der Sieg über den Kolonialismus nicht automatisch die Wirtschaft des Landes aus dem imperialistischen Würgegriff befreit und daß die Haupthandlanger des Imperialismus jene großen kapitalistischen Konzerne sind, die das Land aussaugen, indem sie Profite erwirtschaften und sich wertvoller Ressourcen bemächtigen. Sie wissen zugleich, daß sie nicht Herren über ihr eigenes Schicksal sind, solange Kapitalisten, welcher Nationalität sie immer sein mögen, die Produktionsmittel benutzen und kontrollieren, mittels derer die Arbeiter die Güter produzieren."

Dies bedeutet im Klartext: Alle Anlagen dieser Art, die von den verhaßten Kapitalisten eingerichtet wurden, sind zu enteignen. Auf diese Art und Weise wird es möglich sein, sich über die nächsten Jahre zu retten, indem man den Speck verzehrt, den andere haben wachsen lassen. Dies ist die einfachste Art, sich in den Besitz von Fertigungsstätten und Fabriken, Fördereinrichtungen und Knowhow zu bringen. Mag sein, daß die Oppenheimer-Betriebe mit ihren weltweiten Verbindungen hier einiges für sich zu verhindern wissen.

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter, Kolchosenwirtschaft und Verwaltung des „Volkseigentums" durch die Funktionäre der SWAPO aber werden auch in Namibia so ausgehen wie in allen anderen kommunistischen Staaten, die diese Art der Bewirtschaftung des Landes betreiben: katastrophal und vernichtend.

Selbst in der vom Evangelischen Missionswerk verbreiteten

Broschüre „Namibia in den achtziger Jahren" wird offen die Meinung vertreten, daß die SWAPO *keine* Veranlassung habe, „Eigentumsansprüche, die der Internationale Gerichtshof für null und nichtig erklärt hat, in ihrem Recht zu bestätigen".

Dies wiederum heißt im Klartext, daß auch diese Broschüre schlicht und einfach die Enteignung deutscher und anderer Siedler in Südwestafrika für rechtens hält. Es geht dabei um die Enteignung von Menschen, die seit vielen Jahren in Südwestafrika gearbeitet, die das Land urbar gemacht, Straßen angelegt und Wasserleitungen gezogen haben, um aus einer Wüstenei ein Land zu machen, in dem schwarze und weiße Südwestafrikaner besser als in allen übrigen schwarzafrikanischen Ländern leben.

Wo bleibt das Recht? Wo bleibt der glättende und helfende Arm der UNO? Nun, das UNO-Institut für Namibia in Lusaka hat dazu bereits erklärt: „Die neugeschaffenen Gerichte werden gehalten, ohne formale Prozeduren, in Übereinstimmung mit dem revolutionären Bewußtsein, dem sozialistischen Rechtsempfinden und den Interessen der Regierung der Werktätigen Recht zu sprechen."

Und es fährt fort: „Namibia könnte diesen ungewöhnlichen Weg beschreiten durch Außerkraftsetzung aller geltenden Gesetze, unter Inkaufnahme der Gefahr, ein rechtliches Vakuum zu schaffen. Die russische Revolution hat gezeigt, daß diese Option ohne schwerwiegende Folgen durchführbar ist, vorausgesetzt, daß die möglicherweise in der Übergangszeit auftretenden Probleme sorgfältig analysiert und Lösungen dafür gefunden werden." (Siehe: SWAPO considers marxist approach to legal system, in: The Windhoek Advertiser, 10. Aug. 1982.)

Daß die Machtergreifung in Namibia nur ein Anfang wäre und daß man von dort aus den Marsch nach Südafrika hinein antreten will, wurde von allen führenden SWAPO-Funktionären bekräftigt. „Eine SWAPO-Regierung", so Sam Nujoma, „wird keine Geschäfte – welcher Art auch immer – mit Südafrika betreiben, bis Südafrika selbst frei ist."

Wie dies erreicht werden soll, das hat Moses Garoeb, der SWAPO-Propagandist, im Jahre 1981 erklärt: „Wir werden die ANC so lange unterstützen, bis das rassistische Regime in Südafrika besiegt ist."

Und Nujoma bekräftigte im Dezember 1981 in Luanda: „Wir würdigen die Tapferkeit der Kämpfer von Umkhonto we Sizwe, die dem rassistischen Feind tief im Herzen seiner militärischen, ökono-

mischen und kommerziellen Zentren vernichtende Schläge versetzen. Der Kampf des südafrikanischen Volkes ist auch unser Kampf. Zusammen mit dem ANC werden wir zum Sieg marschieren."

Dies ist der Stand der Dinge, dem sich auch Südafrika gegenübersieht. Südafrika hat – den Rücken zur Wand – nur noch die Möglichkeit, um das eigene Überleben zu kämpfen oder eliminiert zu werden. Dies bekräftigte der amerikanische Politwissenschaftler Michael Radu, als er sagte, daß SWAPO und ANC nach der Eliminierung der gemäßigten Kräfte in ihren eigenen Reihen (wobei die folgenden Beispiele zeigen, daß durchaus auch politischer Mord mit im Spiel ist) auf ihren harten Kern reduziert seien. Dieser wiederum sei dazu auserwählt, die Führungselite im unabhängigen Namibia zu stellen, den Fortgang der namibischen Revolution zu gewährleisten und dem Land im internationalen System einen Platz an der Seite der sozialistischen Staatengemeinschaft zuzuweisen." (Siehe Dr. Henning von Löwis of Menar: a.a.O.).

Nach alledem und nach eigenen Aussagen und Proklamationen hat die SWAPO aufgehört, die nationalen Interessen aller Bürger Namibias zu vertreten, und sich zum Vasallen der sowjetischen Globalstrategie der Welteroberung gemacht. Nicht mehr freie Wahlen sind ins Auge gefaßt, waren es auch von seiten der SWAPO niemals. „Wir glauben", so erklärte Sam Nujoma, „daß nur auf dem Weg über eine gewaltsame Revolution ein wirklicher sozialistischer Staat in Namibia geschaffen werden kann."

Jeder Bürger, nicht nur in Namibia, sondern im gesamten Westen, sollte sich diese Bekundung zu Gemüte führen und begrifflich verarbeiten, damit er weiß, was Namibia erwartet.

Niemals werden die Bürger Namibias dieses Joch, besteht es einmal, wieder abwerfen können, dafür werden die Militärberater der SWAPO aus Kuba, der DDR, der UdSSR, Angola und an der Spitze – wie jetzt mehr und mehr klar wird – die Spezialisten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit in Ostberlin schon sorgen.

Warum all diese Anstrengungen des Ostblocks hier im südlichen Teil Afrikas? Ist dies Menschenfreundlichkeit?

Wenn nach Rhodesien und Angola erst einmal Südwestafrika in die Hände eines kommunistischen Regimes gefallen ist, dann heißt das letzte, dann völlig vom übrigen Afrika abgesperrte Ziel Südafrika.

Der Griff nach Südafrika aber bedeutet für Moskau als führende Macht des Ostblocks die Beherrschung der für Europa lebenswich-

tigen Kaproute, über die beispielsweise dreiviertel der europäischen Erdöleinfuhren laufen. Es bedeutet die Beherrschung des Südatlantiks durch die Sowjets und damit die Möglichkeit der Unterbrechung des Nordatlantikverkehrs und somit auch der Verbindungslinie zwischen den USA und Europa, vor allem aber die Übernahme der wichtigsten Rohstoffreserven der Welt. Es sind dies etwa 70 % der westlichen Goldreserven, 94 % des Platins, 66 % des Chroms. Insgesamt steht Südafrika bei 50 % aller industriell benötigten Grundmaterialien in der Spitzengruppe der Förderländer der Welt. Dies heißt es zu erhalten, wenn wir im mehr oder minder freien Westen auch nur annähernd unseren alten Lebensstandard sichern wollen.

Täglich umfahren 70 Schiffe mit insgesamt 1,5 Millionen Tonnen Schiffsraum das Kap der Guten Hoffnung. Auf ihnen werden nicht weniger als 68 % aller Rohölimporte Westeuropas und 30 % der Erdölimporte der USA befördert, außerdem 70 % der europäischen Importe strategischer Rohstoffe, 25 % der Nahrungsmittelimporte für Westeuropa und 50 % der westeuropäischen Importe von Investitions- und Konsumgütern.

Der Sturm bricht los

Die Trainingslager in Angola

Während die Vertreter der SWAPO, an ihrer Spitze der „große Führer" Nujoma, in den Hauptstädten der Welt als seriöse Politiker auftreten, denen ganz allein das Wohl und Wehe ihres „geknechteten Volkes am Herzen liegt", müssen in ihrem Namen beinahe täglich Menschen sterben.

Anfang 1976 erhielt Sam Nujoma die Zusicherung des kommunistischen MPLA-Führers Agostinho Neto, daß er die SWAPO im Kampf gegen Südwestafrika voll unterstützen werde und daß die SWAPO in Angola Ausbildungscamps und Stützpunkte zum Kampf gegen Südwestafrika einrichten dürfe.

Um das nötige Geld zu erlangen, reiste Nujoma im selben Jahr zweimal nach Kuba. Dort wurde ihm versprochen, daß man die SWAPO mit Waffen, Munition und durch die Ausbildung der Terroristen untersützen werde. Bereits wenige Monate später, am 29. Dez. 1976, meldete die „Neue Zürcher Zeitung":

„Westliche Geheimdienste haben festgestellt, daß die Sowjetunion ihren angolanischen Verbündeten BRDM-Panzerfahrzeuge mit SAM-9-Luftabwehrraketen sowie 200 ZSU-Mobile mit 23- und 57-mm-Luftabwehrkanonen geliefert hat."

Diese Waffen sollten in dem zukünftigen „Befreiungskampf" Namibias eine Luftüberlegenheit der südafrikanischen Luftwaffe verhindern.

Frei nach Ostberliner Vorbild beschloß das Zentralkomitee der SWAPO auf seiner Sitzung vom 28. Juli bis 1. Aug. 1976 in Lusaka ein politisches Programm. Es ist eine Ergänzung der ebenfalls nach sowjetzonalem Muster erstellten Verfassungsvorschläge. In diesem Programm heißt es u. a.:

„Das gesamte namibische Volk, vor allem die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die fortschrittliche Intelligenz, wird sich in einer Partei zusammenschließen, die als Vorhut in der Lage ist, die nationale Unabhängigkeit und den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung sicherzustellen, die auf den Grundsätzen und Idealen des wissenschaftlichen Sozialismus basiert.

In solidarischer Zusammenarbeit mit anderen nationalen und sozialistischen Befreiungsbewegungen und anderen antiimperiali-

stischen, fortschrittlichen und friedliebenden Kräften in der ganzen Welt wird sie dazu beitragen, *Namibia, den afrikanischen Kontinent und die gesamte Menschheit* von kolonialistischer und imperialistischer Herrschaft zu befreien.

Unsere antiimperialistische internationale Solidarität mit den sozialistischen Ländern, der Arbeitergewegung der kapitalistischen Länder, den Organisationen der Bevölkerung, den befreundeten Regierungen und mit den einfachen Menschen muß verstärkt werden.

Die SWAPO ist der Überzeugung, daß in unserem Land der bewaffnete Widerstand gegen die südafrikanische Besatzung der einzig gangbare Weg ist, der uns bleibt, um die wirkliche Befreiung Namibias zu erreichen.

Es muß der Kampf für die Abschaffung aller Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, *gegen den zerstörerischen Geist des Individualismus*, gegen die Anhäufung von Reichtum und Macht durch einzelne (!), Gruppen oder Klassen geführt werden. Alle wesentlichen Mittel der Produktion und des Handels müssen Volkseigentum werden."

„Volkseigentum", darunter versteht die SWAPO das Eindringen in ein Land und die Wegnahme aller Werte mit Waffengewalt. Wer sich sein schwer erarbeitetes Gut nicht wegnehmen lassen will, der wird auch noch vom Leben befreit, der wird erschossen, erstochen, aufgespießt oder in die Luft gesprengt.

Wer von den SWAPO-Anhängern sich diesem Radikalkurs widersetzt, den wird der Zorn der anderen ebenso treffen wie jene Menschen, die sich nicht wehrlos berauben lassen. „Die Zeit" berichtete am 11. Febr. 1977 über die von der SWAPO gegen Abtrünnige in den eigenen Reihen beschlossenen und durchgeführten Maßnahmen:

„Die offizielle Version der SWAPO-Führung: es handelt sich bei allen Dissidenten um Agenten des südafrikanischen Regimes und seiner imperialistischen Alliierten, besonders Westdeutschlands, um Verräter, gegen die eine systematische Reinigung durchgeführt werden müsse, um das finstere Komplott zu zerschlagen."

Seit dem Jahre 1976 traten zum erstenmal auch Militäreinheiten der Nationalen Volksarmee der DDR in Angola auf. DDR-Militärausbilder drillten von nun an die Terroristen der SWAPO. Die „Roten Preußen" aus der DDR machten in der Zwischenzeit ihrem Namen alle Unehre.

Etwa seit 1969 hat die DDR in Afrika die Rolle des wichtigsten

Verbündeten der UdSSR übernommen. Bereits im Jahre 1970 steigerte sich dieses Engagement beträchtlich. Zunächst wurden kulturelle Informationsstellen eingerichtet. Diesen auf dem Fuße folgten Gründungen verschiedener Freundschaftsorganisationen. Afrikanische Journalisten wurden in die DDR eingeladen, um dort ihre Ausbildung zu erhalten, weniger in journalistischen Grundbegriffen über das Ethos dieses Berufsstandes als in marxistisch-leninistischer Schulung und ihrem Zungenschlag.

Diese Aktionen waren im allgemeinen noch unverfänglich. Erst als nach der Ausrufung der Volksrepublik Moçambique durch Samora Machel dieser neue Staat einen marxistischen Charakter annahm, traten die ersten Experten der NVA der DDR auf den Plan.

Sie erboten sich, den Aufbau des Sicherheits- und Polizeiapparates in diesem neuen Staat mitzugestalten, worin sie offenbar große Erfahrung besaßen.

Nachdem der Widerstand verschiedener Stammesverbände gebrochen war, ging dies glatt über die Bühne, und von diesem Zeitpunkt an gab es Spezialisten der NVA, die Ausbildungslager an der Grenze gegen Rhodesien einrichteten, von wo aus später der Kampf nach Rhodesien hineingetragen wurde.

Im Rahmen solcher und ähnlicher Aktionen wurde schließlich auch Angola mit in das Ostberliner Kalkül einbezogen. Bereits im Jahre 1971 wurden die ersten Kontakte zur MPLA Angolas, der kommunistischen „Befreiungsbewegung" dieses Landes, aufgenommen und diese mit Waffen und Ausbildern versorgt. 1975 gelang es der MPLA dank der gewaltigen Waffenlieferungen aus der DDR, im Bürgerkrieg die Herrschaft zu erlangen und im Februar 1976 auch die Regierung zu übernehmen.

Neben den Ausbildern und Hilfen aus der DDR hatten Söldner aus Kuba, teilweise in einer Gesamtstärke von 23 000 Mann, diesen Sieg möglich gemacht.

Über die „Brücke der Freundschaft" – wie die Flugverbindung von Ost-Berlin nach Lobito und Luanda genannt wurde, und durch die Intensivierung des Schiffsverkehrs nach diesen beiden Hafenstädten wurden kaum zu ermessende Mengen an Hilfsgütern und Waffen nach Angola geschafft.

Waffen, Munition, Verpflegung, Fahrzeuge aller Art und Soldaten kamen auf diese Art und Weise nach Angola, und in den dort eingerichteten SWAPO-Lagern rüstete man zum Sturm nach Süden. Der Terrorkampf konnte beginnen.

Ab Dezember 1975 drangen SWAPO-Guerillas in das Farmgebiet im Norden von Südwestafrika ein und begannen ein Blutbad ohnegleichen. Zielscheiben ihrer Angriffe waren zunächst die konservativen Häuptlinge und ihre Familien, Lehrer, Pastoren der Evangelisch-lutherischen Kirche von Ovambo und Kavango, Geschäftsleute und wohlhabende Bauern. Dies unter dem Vorwande, sie seien Achtgroschenjungen der Weißen, die ihr eigenes Volk verkauften.

Im Dezember 1975 wurden auf der Farm in Kalkhügel der 12jährige Burenjunge Nico und seine Mutter Shirley ermordet. Insgesamt waren in diesem Jahr bereits 23 Menschen durch SWAPO-Terroristen umgebracht worden.

Am 15. Februar 1976 griffen diese Terroristen die Farm Oktatjho nahe Okahandja nördlich von Windhoek an. Auf der Farm lebten der Verwalter Gerd Walther, seine Frau Elke mit den beiden Kindern Antje und Silke.

Die Terroristen kamen in einem weißen Volkswagen mitten in der Nacht. Es waren die beiden bezahlten SWAPO-Killer Hanelai und Nangola, die die angolanisch-südwestafrikanische Grenze auf Schleichwegen überwunden hatten. Unterwegs stahlen sie den Volkswagen und fuhren damit in den Raum Okahandja.

Die beiden Kinder vernahmen zuerst die Geräusche der anschleichenden Killer. Die achtjährige Antje faßte sich ein Herz und fragte die beiden: „Wer seid ihr? Wo geht ihr hin?“ – „Eure Eltern töten!“ lautete die Antwort der Killer. Durch die Haustür drangen sie in die Küche ein, von wo aus sie durch einen Vorraum ins Wohnzimmer gelangten. Sie tauchten völlig überraschend im Rücken der Eheleute auf, die auf dem Sofa saßen. Gerd Walther drehte sich überrascht um und blickte in die Mündung zweier Tokarev-Pistolen. Er sprang auf, schwang einen der Polsterstühle hoch. Doch da peitschten die Abschüsse, und tödlich getroffen brach der Farmer zusammen. Seine Frau erhielt Schüsse in Brust und Hals.

Die Killer verschwanden, und die Kinder fanden ihre Mutter noch lebend vor, die ihnen noch sagen konnte, daß sie ihre Tante Telse anrufen sollten, die auf der Nachbarfarm lebte.

Herero-Farmarbeiter riefen die Polizei an. Die beiden Terroristen wurden von schwarzen Arbeitern gesehen und angezeigt.

Auch diese empfanden nichts anderes als abgrundtiefen Abscheu vor diesen Mördern.

Das ausrückende Suchkommando stellte die beiden Mörder. In dem entbrennenden Feuergefecht fiel einer der beiden. Der andere wurde vor ein ordentliches Gericht gestellt und zum Tod durch Hängen verurteilt. Nachdem das Urteil rechtskräftig geworden war, wurde es vollstreckt.

Der Vater des getöteten Farmers sagte wenig später: „Ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß die SWAPO-Mörder von einem Weißen, der hier in Südwestafrika lebt, gesteuert worden sind. Er ist inzwischen außer Landes gegangen; wie ich hörte, ging er in die DDR zurück, aus der er kam."

In der Nacht zum 30. September 1976 drangen SWAPO-Terroristen auch in den Tsaobis-Leopard-Park ein und schossen Salven aus ihren A.K.-47-Kalashnikov-Schnellfeuergewehren. Sie erbeuteten Nahrungsmittel, Geld, Waffen und Munition und schossen die Tiere nieder, die sie sahen. Insgesamt wurden im Jahr 1976 93 Menschen durch die SWAPO ermordet.

Im Jahre 1977 gingen die Terrorgruppen der SWAPO dazu über, aus ihrem eigenen Stammesgebiet in Ovambo Kinder zu rauben und sie nach Angola in „Flüchtlingslager" zu deportieren, um sie dort für den Terrorkampf zu drillen. Die Entführung von Kindern, in aller Welt als das abscheulichste Verbrechen überhaupt gebrandmarkt, scheint bei der SWAPO zum regulären „Befreiungskampf" zu gehören und wird als solcher von der UNO stillschweigend geduldet.

Nachdem am 13. Juli 1977 ein neunjähriger Ovambo auf eine Landmine trat und beide Füße und einen Arm verlor, waren die Terroristen im Norden des Landes dabei, auch neues Kanonenfutter zu sammeln.

Am 22. Juli 1977 entführten sie 120 Schüler zwischen 12 und 18 Jahren und sechs ihrer Lehrer aus der katholischen Missionsschule bei Ohanhamulenge. Den Kindern wurde gesagt: „Ihr kommt nach Angola. Dort werdet ihr als Guerillas ausgebildet, um für die Freiheit Namibias zu kämpfen."

Das Fazit des Terroreinsatzes 1977 ergab 117 getötete Südwestafrikaner.

Es war im Januar 1978, als der neugewählte Präsident der DTA, Oberhäuptling Clemens Kapuuo, durch Katatura, die schwarze Vorstadt von Windhoek, ging und einem Deutschen, der ihn

danach fragte, erklärte, daß er und seine Hereros im Grunde einen tiefen Respekt vor den Deutschen hätten. Die Frage, ob es denn wahr sei, daß die Deutschen an ihnen, den Herero, Genozid begangen hätten, beantwortete der Oberhäuptling sofort.

„Das ist Unsinn! Wir sind zwei Kämpfervölker, die besten hier in Südwest. Wir haben damals gegeneinander gekämpft. Ihr wart die Stärkeren. Gewiß, viele von uns starben auf der Flucht durch die Wüste. Aber was soll das? Wir sollten vermeiden, in alten Gräbern zu wühlen; daraus kommt für uns alle niemals eine Zukunft. Sehen Sie sich meine Herero an! Sie ziehen sich heute noch bei ihren Sonntagsübungen alte deutsche Uniformen an und haben ihre alten Dienstränge. Um unser Land aufzubauen, sind die Deutschen die geeigneten Partner. Die Deutschen, das sage ich Ihnen, werden das Rückgrat unseres kommenden unabhängigen Landes sein."

Und Kapuuo fuhr fort: „Die einzigen Deutschen, die wir nicht mehr verstehen, sind die Bonner Deutschen. Die sind ja so feige! Sie kennen nur eine Politik: abwarten, wer der Sieger ist, und sich dann auf seine Seite schlagen."

Diese Einstellung des schwarzen Oberhäuptlings der Herero rief natürlich sofort die SWAPO auf den Plan, die seit geraumer Zeit darauf aus war, ihm den Garaus zu machen.

Im Februar 1978 entging Kapuuo nur infolge einer Verwechslung dem Tode. Es war anläßlich einer Versammlung der DTA, auf der der Landwirtschaftsminister der Ovambo-Landesregierung, Suivo Shiagaya, sprach. Plötzlich sprang ein Schwarzer auf, feuerte aus einer schweren Tokarev-Pistole, und Shiagaya brach tödlich getroffen zusammen.

Auf der Beisetzung sagte Kapuuo einigen Freunden: „Der Mörder hat sich geirrt. Die Kugel war mir zugedacht. Ich werde der nächste sein."

Dieser Killer konnte Kapuuo nicht mehr umbringen, denn er war auf der Flucht von Ovambopolizisten gestellt und totgeschlagen worden. Er trug einen SWAPO-Ausweis aus Angola bei sich.

Einen Monat später, es war der zweite Ostertag 1978, stand Clemens Kapuuo mit einigen Freunden neben seinem kleinen Laden in Katatura. Seine Leibgarde paßte einen Augenblick nicht auf, als plötzlich hinter dem gegenüberliegenden Haus die Abschußblitze aus einer Tokarev-Pistole aufblitzten. Diesmal trafen sie den richtigen Mann. Clemens Kapuuo brach tot zusammen. Mit

ihm starb ein Mann, der für die Freiheit Südwestafrikas gekämpft und diesen Kampf mit dem Tode bezahlt hatte.

Bereits am 23. Februar dieses Jahres wurden die Entführungsaktionen fortgesetzt. Diesmal wurden 119 Schulkinder aus einer Dorfschule bei Ondangwa nach Angola entführt. Drei Tage darauf schlugen die Kidnapper abermals zu. Diesmal fielen ihnen 240 Schüler im Alter zwischen 12 bis 20 Jahren zum Opfer. Sie drangen handstreichartig in die Missionsschule St. Mary bei Odibo ein und verschleppten die Kinder und Jugendlichen über die angolanische Grenze.

Danach herrschte einige Monate trügerische Ruhe, weil die aufgestellten schwarzen Selbstschutzverbände, die die Terroristen verfolgten und sie, wo sie sie fanden, umbrachten, keine weiteren Entführungsaktionen zuließen. Erst nachdem diese Gruppe wieder aufgelöst war, schlug die SWAPO am 15. November 1978 abermals zu. Diesmal traf es dieselbe anglikanische Missionsschule St. Mary bei Obido, aus der weitere 20 Kinder und drei Lehrer den Häschern in die Hände fielen.

33 Zivilisten und 41 schwarze Polizisten wurden in diesem Jahr durch Terroristen getötet, 31 Sabotageüberfälle verübt.

Das Jahr 1979 sollte dann einen traurigen Rekord der Entführungen und Ermordungen bringen. 474 Südwestafrikaner wurden entführt, darunter in der Mehrzahl Kinder. An 88 Stellen des weiten Nordgebietes detonierten Landminen, 54 Sabotageakte fanden statt, darunter auch Anschläge gegen die Wasserversorgung der Ovambo-Farmer. 50 Polizisten wurden getötet, ebenso 188 Zivilisten, überwiegend Ovambos. Sie wurden Opfer der Terroranschläge der SWAPO.

Im März 1979 griffen SWAPO-Terroristen die Farm „Tirol" im Bezirk Otavi an. Der deutsche Farmer Karl Buchholz fuhr gerade mit einem seiner Hereroarbeiter zu einem Rinderplatz, um dort eine Salzlecke für Rinder und Wild anzulegen, als er unterwegs gestoppt wurde. Als Buchholz die Anhalter fragen wollte, was sie wünschten, wurde er durch eine Schnellfeuersalve getötet. Der Herero konnte abspringen und im Busch untertauchen. Er alarmierte die Polizei, die die Terroristen aber nicht mehr stellen konnte.

Neun Tage darauf war es wieder soweit. Diesmal war das Opfer ein burischer Farmer mit Namen Barend Hennies. Seine Leiche wurde von Kugeln durchsiebt und nackt neben seinem kleinen zerschossenen Lastwagen gefunden.

Einige Wochen später – die im Land umherstreifenden Terroristen befanden sich offensichtlich wieder auf dem Rückzug nach Norden – stießen sie auf eine kleine Farm. Als sie feststellten, daß hier nur eine alte Burenfrau, Hendrina Smit, mit ihren beiden Enkelkindern anwesend war, schlugen sie unbarmherzig zu. Sie stießen der alten Frau ein Bajonett durch die Brust; anschließend warfen sie die beiden Kinder, Jennie, sechs Jahre alt, und Willi, zwei Jahre alt, in die Luft und spießten sie mit ihren Bajonetten auf, ehe sie flohen.

Schwarze Farmarbeiter riefen nach dem Überfall die Polizei an, der es gelang, die Mutter der Kinder, die in Tsumeb Melonen verkauft hatte, dort zu erreichen; sie konnte jedoch nur noch den Tod ihrer drei Angehörigen feststellen.

Die Auftraggeber dieser Mörderbanden wurden in Bonn und anderswo als seriöse Politiker empfangen.

Ebenfalls in Tsumeb ermordeten diese Killerkommandos am nächsten Tage den deutschen Farmer Adolf Friedrich. Kurz darauf wurde der DDR-Flüchtling Ernst Grübel und seine Frau Helga durch SWAPO-Terroristen ermordet.

Das Jahr 1980 brachte dann den traurigen Rekord von 220 getöteten Zivilisten. Sie kamen bei 196 Landminenüberfällen und 85 Sabotagefällen ums Leben. 308 Menschen wurden entführt, 95 Soldaten und Polizisten durch die Guerillas getötet.

Am Freitag abend, dem 22. Februar 1980, gegen 19.00 Uhr stellte die Familie Dressel im Grootfontein-Distrikt auf ihrer Farm fest, daß ihre Telefonleitung zerschnitten war.

Die 15jährige Tochter der Familie, Sonja Dressel, wurde durch das Verbellen eines ihrer Hunde aufmerksam und ging zur Vordertür, öffnete diese und spähte hinaus. Sie bemerkte einen Terroristen, der gerade über einen etwa 100 Meter entfernten Zaun sprang.

Sonja rief ihren Vater, und Eberhard Dressel holte sofort seinen Revolver. Aber ehe er noch etwas unternehmen konnte, wurde er durch das Küchenfenster von einem bereits vorher auf das Grundstück gelangten Terroristen erschossen.

Der Knall des Schusses zeigte Sonja Dressel, daß die Mörder bereits sehr nahe an das Haus herangekommen waren. Sie hatte inzwischen das G-3-Gewehr ihres Vater geholt und entsichert. Dann stieß sie die Vordertür auf und erkannte zwei Terroristen, die sich dem Haus von vorn näherten. Sie eröffnete das Feuer. Einer

der Terroristen verschwand urplötzlich. Erst später stellte sich heraus, daß er von den ersten Schüssen des Mädchens tödlich getroffen war.

Der zweite Terrorist ging ebenfalls in Deckung. In diesem Moment zeigte ein Warnruf ihrer Mutter dem Mädchen, daß sich auch von rückwärts Banditen dem Hause näherten. Sie rannte nach hinten, erblickte einen Terroristen, der in schnellem Lauf das Haus zu erreichen suchte, um von rückwärts eindringen zu können. Sonja riß das Gewehr hoch und schoß diesen Mann nieder, der tödlich getroffen liegenblieb.

Danach eröffneten die übrigen Terroristen ein wahres Schnellfeuer auf das Haus, so daß sich Sonja und ihre Mutter ins sichere Schlafzimmer zurückzogen und sich dort auf den Boden warfen. Ständig bereit, einem eindringenden Feind die nötigen Kugeln entgegenzufeuern.

Doch die Terroristen, durch die beiden Toten entmutigt (bei Widerstand zogen sie sich ohnehin sofort zurück, für sie gab es nur ein heimtückisches Töten aus dem Hinterhalt oder dann, wenn sie gegen wehrlose Frauen und Kinder standen), setzten sich nunmehr ab. Aus dem Hinterhalt zu morden, war ihr Geschäft. Hier war es ihnen durch ein fünfzehnjähriges Mädchen verwehrt worden.

Es gelang ihnen jedoch wenig später, den unbewaffneten Farmer mit dem Namen vor der Bank zu ermorden.

Danach wandten sie sich den einsamen Ovambokralen zu, die bei Oshibango standen. In diesem Kral war eine alte Frau eines Abends gerade mit dem Essenkochen fertig geworden, als einige bewaffnete Schwarze eintraten, ihr sowjetische A.K.-47-Gewehre entgegenhielten und zu essen und trinken verlangten.

Die alte Frau brauchte die Nahrungsmittel für ihre hungrige Sippe. Aufgewachsen in einer Welt, in der Alter ein Ehrentitel war und jeder alte Mensch geachtet und unantastbar war, sagte sie offen, was sie dachte. Die Schüsse aus den sowjetischen Waffen bereiteten ihrem Leben ein Ende. Einer der Enkel dieser alten Frau mit Namen Ndonga tat nun das, was mehr und mehr die jungen Ovambomänner taten. Er meldete sich bei einem der neu aufgestellten Ovambo-Bataillone der neuen Armee von Südwestafrika/Namibia. Sein Kompaniechef war der Oberleutnant Oosthuizen, ein Nachkomme jener Dorstland-Trekker, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts quer durch Südwestafrika nach Angola getreckt waren, um von dort aus nach dem Ersten Weltkriege, als Deutsch-

Südwestafrika unter südafrikanische Mandatsherrschaft kam, dorthin zu übersiedeln.

Bereits am 16. Juli 1979 war der Pastor der Evangelisch-lutherischen Kirche von Ovamboland, Philippus Aigbolo, von SWAPO-Guerillas ermordet worden, als er sich weigerte, Propagandareden von der Kanzel herunter für die SWAPO zu halten. Ebenso wurde Pretorius Imbiti im Jahre 1979 vor seiner versammelten Familie die Kehle durchgeschnitten. Er war Mitarbeiter des Instituts für soziale Studien, das von Südwester-Deutschen geleitet wurde.

Ende Dezember 1979 wurden der zweite lutherische Pastor, Nathaniel Theophilus, seine Frau Victoria und ihr 15jähriger Sohn Philemon von einer Gruppe von 30 SWAPO-Terroristen ermordet. Etwa zur gleichen Zeit wurde auch der Schulinspektor Joseph Heimbo erschossen, als er sich weigerte, die ihm anvertrauten 142 Kinder mit den Terroristen gehen zu lassen.

Die Kindesentführungen nahmen im Jahre 1980 wieder bedeutend zu. Am 16. April wurden 40 Schüler aus der Oberschule von Oshigambo entführt. Aus der 24 Kilometer nordwestlich von Nkonko gelegenen Schule von Nakavale verschleppten die Terroristen 53 Schüler. Nur zwei Tage später erfolgte der Überfall der gleichen Terrorgruppe auf die Schule von Ombalantu. 70 Kinder verschwanden auf Nimmerwiedersehen nach Angola. Aus einer kleinen Schule, zwei Kilometer südwestlich von Etale, wurden am 20. September 1980 50 weitere Schüler geraubt.

Der nächste Schlag der systematisch auf Kindesraub gehenden Terroristen, die sich in nichts von den verhaßten Menschenjägern des Sklavenzeitalters unterschieden, erfolgte am 13. Oktober 1980; aus einem Dorf 12 km nordostwärts von Mohanene entführten sie 80 Menschen.

Wie sagte noch Herr Bahr in dem zitierten Interview: „Da für mich die Erhaltung des Friedens höher rangiert als die ideologische Auseinandersetzung, fühle ich mich verpflichtet, selbst dann noch etwas zu tun für die Erhaltung des Friedens und die Vermeidung von Konflikten, wenn dies mindestens in der ersten Runde solchen zugute kommt, mit denen ich überhaupt nicht übereinstimme."

Dies, Herr Bahr, *ist* die erste Runde der SWAPO im „Befreiungskampf" für Südwestafrika. Dafür wollen Sie also etwas tun. Das haben Sie doch gesagt?!

Und wie steht es nun nach dieser ersten Bilanz, die in ihrer ganzen Fürchterlichkeit nur angerissen werden kann, mit der

Behauptung der SWAPO, ihr Kampf richte sich lediglich gegen die südafrikanischen Sicherheitskräfte? Das fünfzehnjährige Mädchen Sonja Dressel, die alte Großmutter, die um Nahrung für ihre Enkel bittet und ermordet wird?

1980 starben, dies sei hier vervollständigt, 220 Ovambobürger durch Minendetonationen. 258 weitere wurden zum Teil für immer zu Krüppeln. 31 Minen konnten rechtzeitig entdeckt und entschärft werden. Hinter all den nüchternen Zahlen verbirgt sich unendliches Leid. Die Opfer des Terrors bleiben zurück, Krüppel, Blinde und Taube. Diese Minenüberfälle sind für die SWAPO die leichteste und gefahrloseste Art, Terror zu verbreiten und die Bevölkerung des Nordteils des Landes in Angst und Schrekken zu versetzen, das öffentliche Leben lahmzulegen, die sozialen Dienstleistungen, Verwaltung und Wirtschaft zu unterbinden und den Ovambos zu zeigen, wer die wahren Herren Namibias sind.

Im April 1981 bekamen zwei schwarze Bauern, Mattheus Kaluwaga und Johannes Lira, diese Macht des Terrors zu spüren, als sie, von der SWAPO beschuldigt, mit Südafrikanern zusammengearbeitet zu haben, erschossen wurden. Albinos Makulu, ein schwarzer Kaufmann, wurde mitten in der Nacht aus dem Bett gerissen, sein Laden geplündert, die Kasse mit etwa 1000 Rand geleert und der Kaufmann anschließend ermordet.

In einer Nacht Ende 1981 trommelten SWAPO-Terroristen an die Ladentür der Witwe Hileni Kanine, die drei Kinder hatte und ihr viertes erwartete. Die Terroristen stahlen 1800 Rand aus der Kasse, nahmen alles Trinkbare mit und erschossen die schwangere Frau. Der Kaufmann Erastus Uvula konnte bei einem Überfall auf seinen Laden mit einem Schulterschuß verwundet entkommen.

Auf diese Art und Weise fanden auch 1981 199 Zivilisten und 61 Soldaten oder Polizisten den Tod, wurden 223 Landminen gezündet, 113 Entführungen durchgeführt und 37 Sabotageüberfälle verübt.

Die erste Jahreshälfte 1982 sah bereits wieder 79 ermordete schwarze Südwestafrikaner, 66 Landminendetonationen und 63 Entführungen.

Wie solche Entführungs- und Tötungsbefehle gegeben werden, ist seit der Konfiszierung von SWAPO-Auftragsbüchern für Mord geklärt. Da heißt es beispielsweise:

„Ich brauche den prominenten schwarzen Politiker . . . leben-

dig oder tot. Auch seine Anhänger müssen unter Beschuß kommen." (Weisung vom 21. Mai 1980.)

Wieder ein anderer Mordauftrag lautete: „Du mußt nach Namibia hinüber und den Verräter . . . umbringen." (Weisung vom 9. Aug. 1980.)

An erfolgreichen „Kriegstaten" wurde in diesen Büchern festgehalten: „Ein schwarzer Mann fuhr mit seinen Wagen auf eine Landmine und brachte sie zur Detonation. Er und seine beiden Jungen sind tot." (Erfolgsmeldung vom 10. Jan. 1981.) Oder: „Unsere Kämpfer (!) töteten bei Epatto, Ongandjera, die schwarze Frau . . . Diese Frau war eine feindliche Denunziantin, die oft mit den Buren mitfuhr und ihnen die Stellen zeigte, wo sich unsere Genossen gewöhnlich aufhielten." Es folgte dann die Auflistung der Beute, die sie gemacht hatten. Diese reichte von Geld über Decken, Kopfkissen, Nylonstrümpfe und Babysocken bis hin zu einem Stück Seife.

Der Bericht über diese Heldentat der heimtückischen Ermordung einer Frau fährt fort: „Als wir noch dabei waren, diese Dinge zusammenzupacken, sah einer unserer Posten jemanden kommen. Er rief ihn an, aber der schwarze Mann lief davon. Die Kader schossen auf ihn, er wurde getroffen und stürzte zu Boden. Wir nahmen ihm seinen Personalausweis ab und ließen ihn liegen, weil wir ihn für tot hielten. Am nächsten Morgen brachten ihn Menschen aus seiner Umgebung ins Krankenhaus; er lebte noch." (Aus: PRATUS, Ausgabe Januar 1982.)

Und wie wurde der Tod einer Frau und ihres noch ungeborenen Kindes gerechtfertigt? Hatte diese Frau Verbrechen begangen? War sie in Dinge verstrickt, die sich gegen die SWAPO richteten? Nein! Sie war einer der „Profiteure" und damit ein Kapitalist und Blutsauger am Volke, die vernichtet werden mußten. Ihr Tod war gerechtfertigt, weil sie an andere Menschen Waren verkaufte und davon lebte.

Lapidare Sätze wie „Der Laden des Diriloo muß erobert werden. Wenn ihr den Besitzer findet, tötet ihn! Das Haus wird total vernichtet" entschieden über Leben und Tod von Menschen.

Bürger von Südwestafrika/Namibia wurden einfach umgebracht, weil sie ein normales Leben führten. Sie wurden vom Leben „befreit", das sie führten und in dem sie die bescheidene Freude zufriedener Menschen verspürt hatten. Sie wurden „eliminiert".

Dann aber kam jener Tag, an dem selbst die Ovambos sich

sagten, daß sie etwas tun mußten, um nicht willkürlich umgebracht zu werden. Man mußte sich wehren, wenn man nicht untergehen wollte.

Die Ovambos wehren sich

Als im März 1981 vier Terroristen mit sowjetischen AK-Gewehren bewaffnet den Ovambobauern Stephanus Zacharias in dessen Hütte überfielen, griff der Bauer nach seinem Assegai – dem Kriegsspeer – der an der Wand hing. Er stürmte auf die Terroristen los und durchstieß einen mit dem Speer, ehe er von Schüssen durchsiebt liegenblieb.

Diese Nachricht machte die Runde im Lande. Sie wirkte wie ein Fanal. Die ersten Bürgerwehren bildeten sich und bewachten ihre Dörfer.

Im Gebiet westlich des Ovambolandes, in einer der wildesten und unerforschtesten Gegenden von ganz Südwestafrika liegen die zerklüfteten Kaokoveld-Berge. Im Kaokoveld leben noch etwas über 10 000 Hereros, die die Wanderungen ihres Volkes nach Süden nicht mitgemacht hatten, sondern hier geblieben waren. Sie ernährten sich von der Weidewirtschaft und hielten in der Hauptsache Ziegen; einige Esel werden als Zugtiere und Reittiere gehalten.

Diese Hereros leben in niedrigen Hütten oder in überdeckten Erdlöchern. Ihre zivilisierten Verwandten im Süden nennen sie Ovajimbas – Erdschweine. Sie werden neben den Buschmännern als primitivstes Volk von Südwestafrika angesehen und von den Ovambobauern verachtet.

Hier kam es im Januar und Februar 1981 zu Einsätzen der Terroristen gegen diese Ovajimbas. Hier glaubten die SWAPO-Killer leichtes Spiel zu haben. Sie ermordeten einige der Hereroleute, stahlen die Ziegen und zogen von Dorf zu Dorf weiter.

19 dieser Terroristen schlugen von hier aus den Weg nach Süden ein und wurden dort von Major Roth, der einen Kampfverband gegen den Terror aufgestellt hatte, vernichtet.

Der Rest blieb im Kaokoveld, um hier eine Basis einzurichten und von hier aus weitere Überfälle zu starten. Sie verlangten von den Ovajimbas Essen, Trinken und – Frauen. Beim erstenmal ging dies noch gut. Als sie zum zweitenmal in die Ovajimbodörfer eindrangen, hatten die Herero alles zu ihrem Empfang eingerichtet.

Unter Stroh verborgen hatten sie ihre Knobkerries – Knopfkeulen – und die Assegais, ihre Speere, verborgen und griffbereit gelegt.

Als sich die SWAPO-Killer wieder am Essen der Ovajimbas gütlich taten und dann auch nach den Frauen der Herero griffen, schlugen die verspotteten »Erdschweine« los. Sie griffen gleichzeitig zu den versteckten Waffen und schlugen den Terroristen mit ihren gefährlichen Knobkerries die Schädel ein oder durchbohrten sie mit den Assegais.

Nur wenigen Terroristen gelang die Flucht. Noch lange wurde in den SWAPO-Basen von dieser Schlacht gegen die „Erdschweine" berichtet.

Diese Empörung gegen Mörder, die ins Land eindrangen, elektrisierte die übrigen Hereros. Ihr Oberhäuptling, zugleich der Vizevorsitzende der DTA und Minister im Kabinett von Windhoek, Riruako, eilte ins Kaokoveld und organisierte hier den Selbstschutz der Ovajimbas, die nunmehr zu ihrem Schutz auch mit Gewehren ausgestattet wurden. Hierher kamen seit diesem Vorfall die Terroristen nicht mehr zurück. Hier, das wußten sie, würden sie nicht mehr auf wehrlose Menschen treffen, sondern auf solche, die jedem Terror die Stirn boten und sich wehrten.

Die südafrikanische Armee kommt

Seit dem Jahre 1978 hatte die südafrikanische Armee damit begonnen, Freiwilligen-Einheiten aus den verschiedensten Völkern Südwestafrikas/Namibias aufzustellen und auszubilden. Als erste meldeten sich die Buschmänner, die zum Teil Flüchtlinge aus Angola waren und vor der kommunistischen Herrschaft nach Süden über die Grenze kamen. Ihr Stützpunkt „Omega" im westlichen Caprivi-Zipfel wurde zum Standort des ersten Buschmann-Bataillons. An modernen Waffen ausgebildet, auf das engste mit dem Gelände vertraut, drangen diese kleinen Krieger nach Angola vor, erreichten die Sützpunkte der SWAPO-Guerillas und machten ihre erklärten Gegner nieder, um dann wieder im undurchdringlichen Busch unterzutauchen.

Der Stützpunkt „Omega" wurde zur letzten Fluchtburg der Buschmänner. Hier gab es nicht nur Militärlager, sondern auch eine Schule, ein Krankenhaus und industrielle Handwerksbetriebe, in denen die Männer arbeiteten, die nicht Soldat waren.

Noch im Jahre 1978 wurde auch ein Kavango-Bataillon aufgestellt. Nach einem Jahr intensiver Ausbildung und Schulung war dieses Bataillon einsatzbereit und konnte Angriffe von SWAPO-Terroristen abwehren.

Danach wurde versucht, auch im Ovamboland Freiwillige zu werben. Die Werbungsaktionen wurden von einer südafrikanischen Armeegruppe geleitet und durchgeführt. Ende 1979 stand hier auch das erste Ovambo-Bataillon aus Männern einsatzbereit, die sich nicht mehr dem Terror der SWAPO unterwerfen wollten. Dieses Bataillon setzt sich überwiegend aus jungen Männern zusammen, deren Angehörige von SWAPO-Landminen getötet worden waren. Aber auch Söhne von Häuptlingen, Kaufleuten und konservativen Bauern stießen hinzu. Fast alle haben persönliche Rechnungen mit der SWAPO zu begleichen. Unter ihnen befinden sich auch einige von der SWAPO übergelaufene Ovambos, die das heimtückische Morden nicht mitmachen wollten. Sie berichteten, daß sie von DDR-Offizieren und von Ausbildern aus Korea gedrillt worden seien.

In jeder Kompanie seien zwei Ausbilder, und sechs Kompanien bildeten ein Bataillon. Die Kommandeure seien Sowjetrussen oder DDR-Deutsche.

Das Hauptausbildungszentrum sei Lubango in Südangola, 300 Kilometer nördlich der Grenze nach Südwestafrika/Namibia, an der Bahnlinie gelegen, die den Hafen Mossamedes mit dem Inland verbindet.

Im Herbst 1980 gelang es der südafrikanischen Armee unter ihrem Kommandeur für Südwestafrika/Namibia, General Charles Lloyd, der General Mike Geldenhuys abgelöst hat, welcher Oberkommandierender des südafrikanischen Heeres geworden war, den Kampf im Ovamboland zu isolieren. Die Kampftaktik, nach der er verfuhr, war den Südafrikanern durch Mosche Dayan erklärt worden, als dieser Südafrika im Jahre 1974 besucht hatte. Dayan, der erfolgreiche israelische Soldat, hatte erklärt: „Guerillakriege werden offensiv geführt, wenn sie Erfolg haben sollen. Defensiv geführt gehen sie immer verloren. Man muß die Stützpunkte der Guerillas in den Ländern, die diesen Stützpunkte gewähren, angreifen und ausrotten."

Südafrikanische Truppen verfolgten nun ihre Gegner bis tief nach Angola hinein. Es gelang ihnen zunächst, zwei Hauptstützpunkte mit den Bezeichnungen „Moskau" und „Vietnam" zu

vernichten, hunderte SWAPO-Terroristen zu töten und etwa 60 gefangenzunehmen. Dazu wurden sowjetische Waffen aller Art erbeutet, vom modernen Amphibienpanzer PT 176 bis zum alten deutschen Beute-MG 42 aus der DDR.

Wenn man aber den Terroristen jenseits der Grenze einen entscheidenden Schlag versetzen wollte, dann mußte man die Vorwärtsverteidigung stärker wahrnehmen, denn immerhin standen in Angola 500 aktive Terroristen einsatzbereit, während etwa 4000 in Angola und Südwest-Sambia ausgebildet wurden. Sie alle würden früher oder später über die Grenze nach Südwestafrika/ Namibia eindringen und ihren Mordplan verwirklichen.

Schauplatz ihrer Aktivitäten würde wiederum Zentral-Ovamboland sein, ein Streifen 40 bis 50 km südlich der angolanisch-südafrikanischen Grenze, aus dem sie sich rasch wieder nach Norden zurückziehen konnten.

Die Waffen der Terroristen werden zum Teil von Frauen transportiert und irgendwo an der beinahe 1500 km langen Grenze nach Südwestafrika geschafft.

Es war bekanntgeworden, daß allein das sowjetische Frachtschiff „Ulganov" im Juni 1978 in Daressalam Waffen und Material in riesigen Mengen entladen hatten, darunter 150 Kisten voller Landminen, 2000 AK-47-Kalashnikov, 40 schwere MG des Fabrikates DSchK 12,7 mm, 200 Mörsergranaten, 500 000 Schuß 7,62-mm-Gewehrmunition, Kleidung, Sprengstoffe und Hohlladungsgeschosse.

Weitere Lieferungen waren gefolgt, und aus der DDR waren weitere Instrukteure eingetroffen. Diese Lieferungen erfolgten frei nach den Versprechen der verschiedenen Staatsmänner und Institutionen. So stimmte auch der SED-Chef Erich Honecker am 17. September 1980 in Ost-Berlin bei einem Empfang für den Moçambique-Chef Somora Machel in diesen Chor ein:

„Nunmehr steht die Befreiung Namibias auf der Tagesordnung. Wir bekräftigen erneut, daß unsere aktive politische, diplomatische und materielle Unterstützung der südwestafrikanischen Volksorganisation SWAPO als dem legitimen Vertreter des Volkes von Namibia gehört."

Und die Nationale Volksarmee setzte noch einen darauf und brüstete sich mit ihrer Hilfeleistung, als sie in ihrem Organ „Volksarmee" Nr. 25/1981 verlautbarte:

„Durch die Werktätigen der DDR, in deren Denken und Han-

Herr Harry Booysen mit einigen Kindern einer Regierungsschule

Schulische Erziehung für Kinder und Jugendliche ist seit langem kein Vorrecht der Weißen in Namibia

Bei der Swakopmunder 90-Jahr-Feier sind alle Kinder dabei

Der Sport kennt ebenfalls keine Rassenschranken

Vertreter der Turnhalle, von rechts: Dirk Mudge, Kuaima Riruako, Peter Kalangula, Tara Imbili und – am Mikrophon: Katuutire Kaura

Drei Hauptpolitiker der DTA grüßen die Zuschauer der Samstags-Versammlung; von rechts: Dirk Mudge, Kuaima Riruako und Peter Kalangula

Zwei Studenten am gut ausgestatteten Technischen College in Okakarara bei einem von ihnen gebauten Anhänger

A. H. du Plessis (rechts) Chef der NP

Der Warteraum einer Sanitätsstation

In Erwartung der Patienten

Die Klinik in Namaland, Bersheba, wirkt segensreich

Nicht weniger erfolgreich arbeiten die Nähstuben

Ein freundschaftliches Gespräch unter den Spitzenpolitikern ist auch im Wahlkampf möglich. Von rechts: Riruako, Neff und Mudge

Dr. B. J. Africa – Vorkämpfer für die völlige Abschaffung der Apartheid

SWAPO-Überfall auf die St. Mary's Mission am 22. 4. 1979

SWAPO-Überfall im Ondangura-Gebiet am 6. 7. 1979

Die Evangelisch-Lutherianische Kirchliche Druckanstalt in Oniipa, Kavango, wurde am 19. 11. 1980 durch einen SWAPO-Sabotageakt völlig zerstört

Während der Operation »Protea« wurden Arzneimittel in großer Menge erbeutet

Hier ein Teil der erbeuteten Fahrzeuge

Auch dies sind nur Teile der riesigen Beutemengen an Waffen und Munition der SWAPO

Sicherheitskräfte von Südwestafrika/Namibia schützen das Gebiet im Norden

Minen-Überfälle gegen Zivilisten eigener Hautfarbe zählen zum hinterhältigsten Repertoire der SWAPO-Terroristen

Das eroberte SWAPO-Hauptquartier von Xangango nach der Operation Protea

Die hier erbeuteten Waffen

deln der proletarische Internationalismus tief verwurzelt ist, wurden seit 1970 Leistungen für die antiimperialistische Solidarität im Werte von 1,4 Milliarden Mark erbracht. Sie dienten beispielsweise als Hilfssendungen für Flüchtlingslager der SWAPO, des Afrikanischen Nationalkongresses ANC und der PLO."

Was es mit diesen Flüchtlingslagern auf sich hat, das berichtete der Reporter der New York Times, Bernard Nossiter, im März 1981, als er soeben ein UNHCR-Flüchtlingslager in Angola besucht hatte, in dem Exil-Namibier leben. Er schrieb am 28. März 1981 in seiner Zeitung:

„Das Lager, das ich besuchte, war für etwa 10 000 Schulkinder bestimmt. Es befindet sich auf einer Kaffeeplantage 320 km südlich Luanda. Dort werden die Kinder dazu ausgebildet, als Guerillas nach Namibia zurückzukehren. Die Schüler und Kinder waren zwischen 5 und 18 Jahren alt, die meisten von ihnen gut unter 16 Jahre."

Woher die Mehrzahl dieser Kinder gekommen ist, wurde in einem der vorangegangenen Kapitel berichtet: sie wurden aus Namibia und auch aus Moçambique entführt.

Sam Nujoma dankte seinen Steigbügelhaltern in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Nr. 7 vom Jahre 1981, mit folgenden Worten: „Mit der Unterstützung der Weltöffentlichkeit, in erster Linie der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, werden wir, dessen sind wir gewiß, in absehbarer Zeit die Oberhand in diesem Kampf gewinnen."

In diesem Jahr der Entscheidung auf dem Kampffeld faßte die südafrikanische Regierung und in ihr das Oberkommando der Wehrmacht, wie die Armee in Südafrika genannt wird, den Entschluß, sämtliche SWAPO-Stützpunkte bis tief hinein nach Angola zu vernichten, damit den Guerillas der Anmarschweg durch die Wüste nach Süden nicht mehr so leicht gemacht wurde. Vor allem ging es darum, den geplanten und offen hinausposaunten Angriffsabsichten der SWAPO zuvorzukommen.

Die südafrikanische Führung hatte in Erfahrung gebracht, daß die SWAPO entlang der Nachschub-Bahnlinie und auch weiter südlich SAM-Boden-Luft-Raketen aufgestellt hatte. Noch näher zur Grenze hin war von den roten Instrukteuren bei der Ortschaft Kahama ein Radar-Frühwarnsystem errichtet worden. Die SWAPO war im Grenzgebiet verstärkt worden, und diese Verstärkungen hielten an. Offenbar wollte man sie so stark wie möglich machen, damit sie in

Hinblick auf möglicherweise bevorstehende Wahlen voll eingreifen konnten, um den Ovambos im Norden und allen übrigen schwarzen Stammesverbänden in ganz Südwestafrika zu zeigen, wer Herr im Hause war.

Was aber die Heeresführung insbesondere bewog, nach Norden vorzudringen, das waren die SWAPO-Überfälle, die vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1981 vor allem im Ovamboland 140 schwarze Zivilisten durch Mord oder Minenanschläge getötet hatten. Die Ovambos in diesem Gebiet waren noch immer völlig außer Fassung von dem Verbrechen, das Terroristen am 22. September 1979 in Zentralovambo begangen hatten. Die Guerillas waren in den ersten Morgenstunden ins Dorf des Oberhäuptlings Kalomo eingedrungen, in dem zu dieser Zeit drei Männer, eine Frau, ein dreizehnjähriger Junge und ein Kleinkind weilten. Die Terroristen zerstörten das Dorf. Als die ersten Schüsse fielen, ergriff der dreizehnjährige Junge die Flucht. Die Terroristen schossen hinter ihm her, verwundeten und fingen ihn. Sie schleppten ihn zum brennenden Dorf zurück und warfen ihn lebend in die Flammen.

Dies waren die Anlässe, die die südafrikanische militärische Führung dazu bewogen, den Angriff zu befehlen und die Vorwärtsverteidigung in Kraft zu setzen. Generalmajor Charles Lloyd, der Befehlshaber der südafrikanischen Truppen in Südwestafrika/Namibia, sagte dazu: „Es ist besser, das Ameisennest auszuheben, als gegen die ausschwärmenden Ameisen vorzugehen."

Im Juli 1981 begann die erste Operation, der bald darauf eine zweite folgte.

Die Operation „Carnation" und „Protea"

Im Juli 1981 begann die Operation „Carnation", bei der südwestafrikanische Einheiten und Verbände der südafrikanischen Armee die Terroristen aus Ovamboland hinaustrieben und nach Angola hinein verfolgten.

Auf die Fährte einer Terroristengruppe gesetzt, gelang es dem Buschmann-Bataillon, zwei Spuren von Terroristen zu finden. Die Kampfgruppe teilte sich und verfolgte diese Spuren 47 Stunden lang über eine Distanz von 81 Kilometer, ehe die Terroristen gestellt und im Kampf niedergemacht wurden.

Die gesamte Nordfrontbasis der SWAPO wurde vernichtet, 140

Tonnen Ausrüstung und Material erbeutet, darunter eine große Anzahl von Landminen sowjetischer Herkunft. 225 Terroristen wurden getötet und zwei SWAPO-Kommandeure von Rang gefangengenommen. Es waren dies der Chef der SWAPO-Artillerie und der Intelligence-Chef der SWAPO. Ersterer war der junge SWAPO-Offizier John Angula, der seit acht Jahren in Sambia und Angola lebte. Er wurde der Presse vorgeführt und machte einige Enthüllungen, die aufsehenerregend waren. Der Intelligence-Chef wurde nicht vorgestellt. Er wird von der südafrikanischen Truppe in Gewahrsam gehalten. Seine Aussagen sind für die Bekämpfung der SWAPO von entscheidender Bedeutung.

Etwa 60 SWAPO-Angehörige liefen zu den Sicherheitskräften über. Damit war der erste Erfolg in der neuen Taktik gegeben, und die südafrikanische Führung ließ keine Zeit verstreichen, um auch noch die nördlicher gelegenen Basen der SWAPO auszuschalten.

Die Operation „Protea" begann am 24. August 1981 und richtete sich gegen die Ostfrontbasis der SWAPO ostwärts von Ongiva und zugleich auch gegen die Westfrontbasis im Gebiet zwischen Ongiva und Xangango.

Um gleichzeitig an beiden Fronten zuschlagen zu können, wurde der Gesamtverband in zwei Kampfgruppen gegliedert. Jede der Kampfgruppen hatte eine Stärke von 2000 Mann und war vor allem mit dem schnellen und stark armierten Spähpanzer „Eland" und dem ebenso stark bewaffneten Schützenpanzer „Ratel" beweglich gemacht.

Gleichzeitig mit dem Anrollen dieser beiden Kampfgruppen und ihrem Marsch durch die dürre Buschsteppe von Südangola flogen südafrikanische Mirage-Jagdverbände und Kampfflugzeuge Angriffe auf sowjetische Radar- und Raketenstationen. In Hubschraubern wurden Kommandos transportiert und eingesetzt.

Bereits am Tage vor dem Beginn dieser Aktion hatten erste Angriffe der Düsenjäger die vorgeschobenen SAM-3- und SAM-6-Raketenabschußrampen und Radarstellungen zwischen Lubango und Xangango ausgeschaltet.

Die östliche Kampfgruppe, die sich aus Infanterie-Einheiten zusammensetzte, sollte einen Blitzvorstoß nach Norden unternehmen. Die westliche war stärker bewaffnet und hatte die Mehrzahl der eingesetzten Kampffahrzeuge unter ihrem Kommando.

Durch Flugblätter war die angolanische Bevölkerung rechtzeitig von den südwestafrikanisch-südafrikanischen Streitkräften gewarnt

worden. Ebenso wurden die angolanischen Verbände aufgefordert, sich aus dem Kampfgeschehen mit der SWAPO herauszuhalten.

Am 24. August wurde der Cunene-Fluß überschritten. Die östliche Kampfgruppe stieß in einem Blitzmarsch zur Ortschaft Eval vor, wo ein SWAPO-Stützpunkt lag, der vernichtet wurde. Die westliche Kampfgruppe durchstieß die Ortschaft Camaha und erreichte Xangango, wo die Befehlszentrale der Sowjets lag. Die Stadt wurde erorbert, doch die Sowjet-Instrukteure hatten drei Stunden vorher diese Zentrale verlassen und waren nach Norden geflohen.

Am 25. August hatten sich die beiden Kampfgruppen vereinigt und wurden auf der Straße aus Richtung Mongua von FAPLA- und SWAPO-Kräften angegriffen.

Diese Angreifer wurden am 26. August gestoppt und zurückgetrieben. Ostwärts von Xangango mußte nahe Ongiva zuerst eine Vielzahl von Minen um den dortigen SWAPO-Stützpunkt aufgenommen werden, ehe dieser in Besitz genommen wurde. Ongiva, die Hauptstadt der Provinz Kwanyama, wurde nach hartem Kampf zur Gänze den SWAPO-Terroristen entrissen. Es gab insgesamt annähernd 1000 Tote unter den SWAPO-Kräften, und damit hatte diese Organisation einen schweren Schlag erlitten.

Die schnellen südafrikanischen Panzer waren den Weltkriegspanzern T 34 überlegen und schossen sie zusammen. Ebenso wurden die PTGI-Panzer der SWAPO vernichtet. Die 9-cm-Panzerkanonen der Südafrikaner erzielten mit ihren Spezialgranaten durchschlagende Erfolge. Sie schossen elf T 34 ab. Dabei verloren sie kein einziges Kettenfahrzeug.

Die südafrikanische Luftwaffe vernichtete im Erdbeschuß ebenfalls elf Feindpanzer. Zwölf weitere sowjetische Fahrzeuge konnten fahrbereit erbeutet werden. Alle diese Kampfwagen waren bereitgestellt worden, um nach verlorengegangenen Wahlen in Südwestafrika mit eingeflogenen sowjetischen und DDR-Besatzungen nach Süden zu rollen und den vordersten Stoßkeil für die SWAPO-Guerillas zu bilden.

Alle SWAPO-Stützpunkte und ausgebauten Unterstände wurden ebenso wie die Material- und Proviantlager bis 150 km tief nach Angola hinein für lange Zeit ausgeschaltet.

Bei Luftkämpfen zwischen südafrikanischen Flugzeugen und solchen der SWAPO wurde eine MIG 21 abgeschossen.

Bis zum 8. September war der Kampf im Rahmen der Operation „Protea“ beendet. Die vereinigten südwestafrikanisch-südafrikani-

schen Streitkräfte hatten zehn Mann an Verlusten erlitten. Außerdem war eine „Alouette" abgestürzt.

Die verlassenen gegnerischen Stützpunkte wurden nachhaltig gesprengt. Das Buschmann-Bataillon – die „Buffalos" – überrannte die SWAPO-Verteidigungslinie bei Iondo und tötete die Gegner.

Insgesamt wurden 38 Gefangene gemacht, darunter ein sowjetischer Stabsfeldwebel, acht Angehörige der PLAN (der Befreiungsarmee der SWAPO) und Angehörige der FAPLA.

Das Waffenarsenal, das den südafrikanischen Truppen in die Hände fiel, war beinahe unübersehbar. Er repräsentiert den Wert von 500 Millionen Mark. Darunter waren zehn Panzer des Typs T 34, vier PT 76 und drei amphibische Fahrzeuge; hinzu kamen mehr als 200 Transportfahrzeuge.

An Waffen fielen den Truppen in die Hände: 30 Feldartillerie-Kanonen vom Kaliber 7,6 cm, 16 Drillings-Luftabwehrkanonen vom Kaliber 2,3 cm und 14 2-cm-Zwillings-Flak. Hunderte SAM-7-Raketen kamen hinzu. Unter den erbeuteten Waffen fanden sich tschechoslowakische Raketen und deren Fahrgestelle.

Leider gelang es nicht, die sowjetischen Besatzungen der beiden Hauptquartiere in Xangango und Ongiva gefangenzunehmen. Diese versuchten zu fliehen. Der aus Ongiva fliehende Konvoi wurde umzingelt und aufgefordert, sich zu ergeben. Aber die Kolonne versuchte, den Durchbruch nach Norden zu erzwingen, und wurde durch Schnellfeuer und angesetzte Luftstreitkräfte vernichtet. Am anderen Morgen fand man die Leichen zweier sowjetischer Oberstleutnants und zweier Frauen aus der UdSSR. Neben seiner toten Frau Galina wurde der Warrant-Offizier Nikolai Feodorowitsch Pestretzow gefunden, der seine Frau nicht allein lassen wollte. Er befand sich seit neun Monaten in Angola, wie er bei seiner Befragung angab.

Die Waffen und Munitionsvorräte, die erbeutet worden waren, stellten einen Teil jener Waffenlieferungen dar, die von 1973 bis 1978 im Gesamtwert von 2,34 Milliarden Dollar an insgesamt 22 afrikanische Länder südlich der Sahara geliefert worden waren. Allein die Waffen und erbeuteten Munitionsmengen beziffern sich auf 200 Millionen Dollar.

Moskau hat nach den Berechnungen der Experten allein im Jahre 1980 Waffen im Werte von 16 Milliarden Dollar an die Staaten der Dritten Welt geliefert. 4000 Tonnen davon wurden von den Truppen Südwestafrikas/Südafrikas bei der Operation „Protea“ erbeutet.

Der südafrikanische Außenminister Botha würdigte in einem Fernsehinterview vom 4. Sept. 1981 das sowjetische Engament zur Vernichtung von Südwestafrika als „nicht sehr unterschiedlich von jenem in Afghanistan“.

Ähnlich hatte es bereits der US-Außenminister Haig wenige Tage zuvor am 28. Aug. 1981 ausgedrückt, als er in einer Pressekonferenz ausführte: „Wir haben wegen dieses bestimmten Zwischenfalles (des Beginnes der Operation ‚Protea’) auch erklärt, daß eine Reihe von Faktoren erwogen werden muß, um ein endgültiges Urteil zu fällen – nicht nur der Akt der südafrikanischen Regierung, sondern auch die Tatsache, daß in Angola heute, sechs Jahre nach seiner Unabhängigkeit, ein großes Kontingent kubanischer Streitkräfte und sowjetischer Berater stationiert ist, daß wir die Lieferung von großen Mengen sowjetischer Waffen nach Angola beobachtet haben und daß diese Waffen dazu benutzt werden, um SWAPO-Elemente neu auszurüsten, die ohne Hemmung diese Grenze hin und zurück überqueren, um unter den unschuldigen und nicht an Kämpfen beteiligten Einwohnern Namibias ein Blutbad anzurichten und Terror auszuüben.

Alle diese Faktoren müssen in Betracht gezogen werden, wenn man die Auswirkungen dieses jüngsten Zwischenfalles beurteilen will, den wir im Zusammenhang mit der Eskalation der Gewalt und den Hemmnissen bedauern, die er für uns im Hinblick auf die Bemühungen um die Unabhängigkeit Namibias mit sich bringt; diese hatten einigen Fortschritt gebracht.“ (US-Außenminister Alexander Haig in der Pressekonferenz in Washington am 14. September 1981).

Die Strategie der SWAPO, die Menschen Südwestafrikas in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie ihre Stärke zeigt und wahllos Menschen mordet, um danach als „Befreier“ in das Land einzuziehen, war nach dem Ende von „Protea“ gescheitert. Allein die Tatsache, daß mit den aus Südangola zurückziehenden Truppen 1100 Flüchtlinge nach Süden zogen, zeigte auf, daß die SWAPO ihr

Ziel nicht erreicht hatte. Bis zum 6. Nov. 1981 war die Zahl der nach Südwestafrika/Namibia fliehenden Menschen auf 5200 angewachsen. Diese angolanischen Flüchtlinge berichteten schauerliche Übergriffe der MPLA und der SWAPO. In Xangango, so berichteten sie, wurden alle Männer über 30 Jahren von der SWAPO gezwungen, die SWAPO-Uniform anzuziehen und mit den Terroristen gemeinsame Sache zu machen. Kurz vor der Einnahme von Ongiva hatte die MPLA mehrere politische Gefangene ermordet. Ein verwundeter Überlebender dieses Massakers, der von den südafrikanischen Truppen gerettet wurde, berichtete über seine und seiner Freunde Leidenszeit vor der Presse.

Während noch die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 19. Sept. 1981 davon sprach, daß die sowjetischen Bürger, die während der Kämpfe der Operation „Protea" getötet worden waren, lediglich in den verschiedenen Volkswirtschaftszweigen Angolas entsprechend den bestehenden Abkommen als Berater gearbeitet hätten, waren die Angolaner wesentlich wahrheitsliebender. Der angolanische Botschafter in Paris, de Almeida, gab beispielsweise offen zu, daß die angolanische Regierung aus der Präsenz sowjetischer Experten und Militärberater auf angolanischem Territorium nie ein Hehl gemacht habe. Die DDR-Zeitschrift „Militärwesen" ging sogar noch weiter, als sie in der Augustausgabe 1981 schrieb: „Die zeitweilige Anwesenheit von Truppenkontingenten einzelner sozialistischer Staaten in einigen befreiten nationalen Staaten ist notwendig, um bei der Abwehr bzw. Vereitelung imperialistischer Aggressionen mitzuhelfen."

Während man versucht, die Zahl der eigenen Truppen in Angola möglichst zu leugnen oder – wenn dies nichts fruchtet – niedrigste Zahlen anzugeben, werden in der sowjetischen Desinformationsmaschinerie die Zahlen der auf dem Gebiet von Namibia stehenden südafrikanischen Truppen in märchenhafte Höhen geschraubt.

Die DDR-Zeitschrift „Volksarmee" berichtete in ihrer Ausgabe vom 18. Aug. 1980, daß „über 100 000 Mann der südafrikanischen Armee in SWA/Namibia stehen". Moskaus Statthalter in Angola, Dos Santos, erklärte am 4. September kurz vor Beendigung des Unternehmens „Protea", daß 45 000 Mann südafrikanischer Truppen an der Grenze nach Angola stünden, von denen 11 000 nach Angola eingedrungen seien.

Nach zuverlässigen Informationen gab es bereits Ende 1980 in Angola ein Heer von „Beratern" und „Ausbildern". So stellte die

UdSSR 250 Militärberater und 250 Mann anderes Personal. Die DDR war mit 1000 Soldaten, 600 Spezialisten und 1200 Angehörigen der FDJ-Freundschafts-Brigaden vertreten. Kuba hatte 21 000 Kombattanten und 6500 Zivilisten in Angola stationiert, während Ungarn mit 400 Soldaten, Bulgarien, die ČSSR, Polen und Rumänien mit weiteren 500 Soldaten wirkten, um die SWAPO kampffähig zu machen.

Die Operation „Daisy"

Neben der erfolgreichen Operation „Protea", bei der, wie gesagt, 4000 Tonnen Kriegsgerät erbeutet wurden, lief im November 1981 die dritte Aktion der südwestafrikanisch-südafrikanischen Streitkräfte unter dem Codenamen Operation „Daisy", die ebenfalls den Lagern der SWAPO weit nach Angola hinein galt.

Hierüber berichtete die „Allgemeine Zeitung" in Windhoek vom 7. Dez. 1981 folgendes: „SWAPOs Militärstruktur vernichtet! Einem Bericht des südafrikanischen Rundfunks zufolge sollen 71 SWAPO-Angehörige getötet oder gefangen worden sein, während vier Soldaten der eigenen Sicherheitskräfte ums Leben kamen. Ein Sprecher der Wehrmacht sagte, daß die militärische Aktion ausschließlich gegen das zentrale Hauptquartier der SWAPO bei Caitequeta, etwa 240 Kilometer nördlich der Grenze, gerichtet gewesen sei.

Eine große Menge an Waffen, Munition und Ausrüstung wurde erbeutet oder zerstört. Durch die letzte Militäroperation wurde die Fähigkeit der SWAPO zu neuen Terroranschlägen gewaltig eingeschränkt. Ihre Aktivitäten in Ovamboland haben zunehmend abgenommen."

Gäbe es die Sowjetunion nicht in Angola, wäre die SWAPO bereits seit langem vom Erdboden verschwunden. Gerade die genannten Stellen helfen der SWAPO durch Geld und Waffenlieferungen, durch Gestellung von Ausbildern, Söldnern, Medikamenten und Nahrungsmitteln immer wieder, damit sie – dies sicher von manchen Stellen unbeabsichtigt, aber dennoch geschehend – erneut mit Terroranschlägen in Ovamboland, der Heimat ihres eigenen Stammes, wüten kann.

Es ist an den demokratischen Parteien in Südwestafrika und besonders an der demokratisch gewählten Turnhallen-Allianz in

Windhoek, nunmehr auf politischem Wege die endgültige und volle Souveränität zu erringen durch die Mehrzahl der Stimmen des südwestafrikanischen Volkes, welcher Stammesangehörigkeit und Hautfarbe auch immer sie sind.

Nach Abschluß dieses Einsatzes im November 1981 sind die SWAPO-Stützpunkte über 250 km von der südwestafrikanischen Grenze nach Norden zurückgedrückt worden

In den folgenden Wochen gelang den Terroristen nur eine Aktion, diese aber um so grausiger. Sie legten eine Landmine, auf die ein Autobus rollte und in die Luft flog. Doch wenig später hatte sie ihre alte Terrortätigkeit fortgesetzt und ermordete bis zur Jahresmitte 1982 78 Zivilisten, entführte 63 Menschen und verübte eine Reihe Sabotageakte.

Die sofort nachstoßenden Militäreinheiten Südwestafrikas konnten eine Reihe Sabotage- und Terrortrupps stellen. In den Gefechten, die erbittert geführt wurden, fanden 594 Angehörige der SWAPO den Tod. Die Zahl der getöteten Polizisten und Soldaten ist noch nicht bekannt.

Die SWAPO, das war jedoch in der Mitte 1982 einwandfrei zu erkennen, begann zu schlingern, ihr drohte der Atem auszugehen. Südwestafrika ist fest entschlossen, bei den nächsten Terrorakten der SWAPO noch weiter nach Norden in Angola einzudringen und die große Terroristen-Nachschublinie Mossamedes–Lubango–Cassinga anzugreifen, ganz gleich, ob kubanische oder DDR-Einheiten sich ihnen in den Weg stellen.

Nach der Überzeugung der Führungsspitze der südafrikanischen Truppen in Südwestafrika kann dem Spuk der SWAPO nur dann ein Ende gemacht werden, wenn diese genannte Bahnlinie erstürmt und besetzt wird. Erst dann ist der von hier aus erfolgende Aufmarsch der Kubaner und der DDR-Soldaten zu zerschlagen.

Im Frühjahr 1982 'wurden die Beraterstäbe und Truppen der UdSSR und auch der DDR in Angola beträchtlich verstärkt und mit den neuesten Waffenmustern versehen. Der SWAPO-Chef Nujoma verweigerte den Empfang des US-Vertreters der UNO, Dr. Chester Crocker, und reiste statt dessen nach Kuba. Diese Anzeichen sprachen dafür, daß die SWAPO und ihre Hintermänner von dem begonnenen Verhandlungskurs abwichen, um nun klar auf kriegerischen Konfrontationskurs zu gehen.

Bereits im März 1982 warnte die südafrikanische Armee in

Südwestafrika die Bewohner der Grenzgebiete vor einem neuen SWAPO-Überfall. Spione und Agenten hatten gemeldet, daß die SWAPO ihre im Jahre 1981 aus dem Grenzgebiet vertriebenen Truppen in dem Stützpunkt Lubango, 290 Kilometer von der Grenze nach Südwestafrika entfernt, massiere und daß diese von DDR-Ausbildern im Kampf mit neuen Waffen ausgebildet würden.

Diese Meldung erfuhr noch eine Ergänzung.

Die Zahl der Ausbilder sei erhöht worden. Anstelle des einen Ausbilders je Kompanie gebe es jetzt für jeden der vier Züge einer Kompanie einen solchen.

Südafrikanische Offiziere äußerten den Verdacht, daß weiße Truppen aus der DDR und der UdSSR mit Hilfe neu ausgeladener Panzer und im Schutze der ebenfalls am Himmel Angolas aufgetauchten Flugzeuge des Typs MIG 23 mit DDR-Piloten am Knüppel Stützpunkte in Angola nahe der namibischen Grenze bezogen hätten. Es waren die alten, im Vorjahr in den drei genannten Operationen zerstörten Stützpunkte der SWAPO. Dies würde der SWAPO die neue Chance geben, tiefer nach Südwestafrika hineinzustoßen.

Bei einer Pressekonferenz am 5. April 1982 sagte der antikommunistische Guerillaführer der UNITA in Angola, Dr. Jonas Savimbi, daß die Hoffnungen auf einen Kompromiß, die während seiner letzten Reise in die USA aufgetaucht seien, geschwunden seien. Er lehnte die UNO als Aufsichtsorgan der Wahlen in Namibia ab, weil die UNO „parteiisch für die SWAPO ausgerichtet" sei. Damit sprach er offen aus, was man in Südafrika und auch in Südwestafrika nur hinter der vorgehaltenen Hand geargwöhnt hatte; daß man nicht mehr an einen Vermittlungserfolg der westlichen Aktionen glaubte.

Die Garantieerklärung der SWAPO jedenfalls, daß sie sich 250 Kilometer von der Grenze zurückziehen werde, ist bereits seit diesen Tagen im Frühjahr 1982 hinfällig.

Internationale Juristen haben auf die Anklagen der SWAPO und Angolas die Frage beleuchtet, ob es rechtmäßig und zur Verteidigung von Südwestafrika erlaubt sei, in ein fremdes Territorium einzudringen und dort eine Guerilla-Organisation zu bekämpfen. Die Experten kamen zu dem Ergebnis, daß dies im Sinne einer Verteidigung liege und daß nicht der Überschreiter der Grenze Schuld an diesen Vorfällen habe, sondern die Regierung des betreffenden Landes, in diesem Falle Angola, weil diese es dulde,

daß sich die SWAPO mit Guerillaverbänden im Lande einniste und von dort aus zu Angriffen ins Nachbarland vordringe. Angola hätte diese Aktionen verhindern müssen, sonst mache es sich zum Komplizen der SWAPO.

Auf dem Wege zur Nationalregierung

„Ein Mensch – eine Stimme"

Nach der Ernennung von Richter M. T. Steyn zum ersten Generaladministrator von SWA/Namibia am 19. August 1977 und der Bestallung eines Sonderbeauftragten der UNO für SWA/Namibia in Gestalt des Finnen Ahtisaari, der im August 1978 mit seinem Riesenstab Südwestafrika besuchte, nahm der Sicherheitsrat im September 1978 die von Kurt Waldheim vorgetragene UNO-Resolution 435 an. Nach dieser Resolution sollten 7500 UNO-Soldaten zur Wahlüberwachung abkommandiert werden. Auch in diesem Dokument wurde die SWAPO als alleinige Vertreterin der Völker Namibias anerkannt.

Daraufhin verkündete die SWAPO: „Wenn die Blauhelme der UNO kommen, dann als unsere Verbündeten, denn sie haben uns allein anerkannt. Dann müßt ihr alle uns wählen, wenn euch euer Leben lieb ist."

Die südafrikanische Armee sollte nach dieser Resolution auf 1800 Man reduziert werden und zwei Stützpunkte beziehen, die überdies noch von der UNO überwacht würden. Damit wären sämtliche Wähler Südwestafrikas der Willkür der SWAPO und der mit ihr sympathisierenden UNO-Truppen ausgeliefert.

Darüber hinaus wollte die UNO die Wahlen im Februar 1979 durchgeführt wissen, mitten in der Regenzeit, wenn Ovamboland mit seinen 45 % der Wähler eine Ansammlung offener Wasserflächen mit der Größe von Seen war und wegen des strömenden Regens keine Wahlversammlungen abgehalten werden konnten.

In dieser Zeit konnten sich die Terroristen leicht bei Nacht an die einsamen Krale heranpirschen und den Menschen drohen: „Wählt uns, oder ihr sterbt!"

Der südafrikanischen Armee wurde dieses seltsame Vorhaben zu undurchsichtig. Premierminister Botha, der gerade sein Amt von dem scheidenden Premier Vorster übernommen hatte, sagte zunächst nein zur Februarwahl. Er bestand darauf, daß im Dezember 1978 gewählt werde.

Die fünf Außenminister der Weststaaten kamen sofort nach Pretoria. Dort wurde ein Kompromiß erzielt. Er lautete: „Die Wahlen finden unter Ausschluß der UNO und gleichzeitigem

Ausschluß der SWAPO statt, und zwar im Dezember 1978. Eine Anerkennung durch den Westen wird es dabei allerdings nicht geben. Danach werden die gewählten Vertreter Südwestafrika/Namibias und die südafrikanische Regierung gemeinsam mit dem UNO-Generalsekretär die Modalitäten neuer endgültiger Wahlen aushandeln."

Die Wahlen, so wurde vereinbart, sollten von Journalisten und Beobachtern überwacht werden, unter ihnen drei UNO-Abgeordnete der BR Deutschland und der Rechtsexperte der damaligen britischen Oppositionsführerin Margaret Thatcher.

Dieses Vorhaben, das den ungeteilten Beifall der Bevölkerung von ganz Namibia fand, die sich mit 93 % aller Wahlberechtigten in die Wählerliste eintragen ließ, fand den heftigen Widerstand der SWAPO. Diese sprach gegen alle Südwester, die sich registrieren ließen, wüste Todesdrohungen aus. Nicht genug damit, bedrohte sie auch alle Journalisten, die Richter Steyn eingeladen hatte – es handelte sich um sämtliche bei der UNO akkreditierten Journalisten – mit dem Tode, falls sie nach Windhoek reisen würden. Daraufhin zogen es diese Journalisten vor, im sicheren New York zu bleiben. Lediglich Frau Gitta Bauer, Korrespondentin des Springer-Auslandsdienstes, trotzte dieser Drohung und kam nach Windhoek. Sie erlebte ein beeindruckendes Schauspiel.

Übrigens waren die fünf westlichen Abgesandten zur Wahl erschienen, unter ihnen der US-Delegierte der UNO, Don McHenry, ein fanatischer Hasser Südafrikas.

Als klar wurde, daß die Wahl von der SWAPO boykottiert wurde, denn sie war davon überzeugt, daß sie auf keinen Fall gewinnen konnte, tauchten immer neue Schwierigkeiten auf, wurden ständig weitere unannehmbare Bedingungen gestellt, so daß die für Dezember geplante Wahl unter UNO-Aufsicht nicht mehr durchgeführt werden konnte.

In dieser Lage wandte sich die Republik Südafrika an die Vertreter der südwestafrikanischen Parteien. Beide Partner kamen überein, die Wahl in Windhoek *ohne* UNO-Aufsicht durchzuführen. Dazu wurde von der Republik Südafrika folgende Erklärung abgegeben:

„Obwohl die südafrikanische Regierung keine Türen schließen will, kann sie diese ausweglose Situation nicht bis ins Unendliche andauern lassen.

Die Regierung von Südafrika hat sich sehr ernsthaft mit allen Alternativmöglichkeiten befaßt, unter Berücksichtigung der Konse-

quenzen dieser Entscheidung für die Bevölkerung Südwestafrikas ebenso wie für Südafrika im allgemeinen. Das Kabinett ist zu dem Schluß gekommen, der Bevölkerung von Südwestafrika gemäß ihrem Wunsche die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Vertreter zu wählen. Dies wird auf der Basis einer allgemeinen Abstimmung in landesweiten Wahlen geschehen, um eindeutig festzustellen, *wer* das Recht hat, für die Menschen Südwestafrikas zu sprechen."

Am 20. Dez. 1978 gingen zum erstenmal in der Geschichte Südwestafrikas die Menschen zu den Wahllokalen, um ihre Stimme für die Partei ihrer Wahl abzugeben. 81% der eingetragenen Wähler kamen diesem Wahlrecht nach. Von den insgesamt abgegebenen Stimmen entfielen auf die einzelnen Parteien:

82,18% auf die Demokratische Turnhallen-Allianz DTA.

11,86% auf die Aktionsfront zur Erhaltung der Turnhalle-Grundsätze AKTUR.

2,78% auf die Namibia Christelike Demokratiese Party NCDP.

1,77% auf die wiedergegründete Nationale Partei HNP.

1,39% auf die Liberation Front-Befreiungsfront LF.

Die erste Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung fand vom 20. bis zum 22. Dezember 1978 statt. Auf dieser Versammlung wurde der Damara-Repräsentant Skrywer zum Präsidenten der Versammlung gewählt.

Der Generaladministrator Richter Steyn eröffnete die Sitzung mit den Worten: „Zum ersten Male in der Geschichte dieses Gebietes tritt hier eine Versammlung zusammen, die auf nationaler Ebene von der gesamten Bevölkerung auf der Basis ‚ein Mensch – ein Stimme' gewählt worden ist mit dem Auftrag, über die eigenen Angelegenheiten einschließlich der Fragen von internationaler Reichweite zu beraten und Entscheidungen zu treffen."

Die Verfassunggebende Versammlung beschloß, keine Verfassung für ein unabhängiges SWA/Namibia aufzustellen, statt dessen aber an einer raschen Durchführung des westlichen Vermittlungsplanes mitzuarbeiten, wie er in der Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrates festgelegt worden war.

Die UNO aber wich wenig später in wichtigen Punkten von dem ursprünglichen Übereinkommen ab; dies hatte eine weitere Verzögerung auf dem Wege zur endgültigen Staatswerdung/Südwestafrikas/Namibias zur Folge.

Im Januar 1979 traf ein zweitesmal Martti Ahtisaari in Südwest-

afrika ein, um die Verwirklichung des Lösungsplanes voranzutreiben. Als einziger UNO-Beauftragter besuchte der österreichische General Philipp auch das gefährliche Grenzgebiet nahe Angola, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Nach seinen Erkundigungen vor Ort äußerte er seine Meinung, daß die SWAPO-Stützpunkte in Angola überwacht werden müßten.

Dies war das Gegenteil von dem, was sein Generalsektretär von ihm erwartet hatte. General Philipp wurde von Kurt Waldheim abberufen. Der General wollte ja die Wahrheit ans Licht bringen!

Ende Februar 1979 erhob der US-Delegierte Don McHenry über die prokommunistischen Frontstaaten Angola und Sambia telegrafisch neue Forderungen.

Waldheim ließ eine neue UNO-Bestimmung zur Durchführung der Wahl verfassen, die beispiellos in ihrer Diktion und einfach undiskutabel im Inhalt war und Südwestafrika ebenso wie Südafrika aufhorchen ließ. (Siehe: Dokument des Sicherheitsrates S/13120.)

Dieses Dokument sah die Errichtung von SWAPO-Basen (!) in Südwestafrika/Namibia vor. Es ließ die auch von General Philipp geforderte Überwachung der SWAPO-Basen in Angola und Sambia völlig außer Betracht.

Man wollte also der SWAPO mitten in Südwestafrika Militärbasen schaffen, von denen aus sie besser ihren Terror und ihre Art von „Befreiung“ ausüben konnte.

Dies war denn doch mehr, als selbst der gutgläubigste Mensch verkraften konnte. Die DTA *und* der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte lehnten es ohne Umschweife und Beschönigungen ab, einen Akt des eigenen Unterganges einzuleiten.

Der Vorsitzende der DTA, Dirk Mudge, und der DTA-Minister Werner Neef forderten nunmehr Südafrika auf, einer Regierungsbildung in Südwestafrika zu einer autonomen Regierung zuzustimmen.

Die südwestafrikanische Nationalversammlung

Am 14. Mai 1979 erfolgte die Proklamation des Generaladministrators zur Schaffung einer gesetzgebenden Versammlung. Auf der damit gebildeten Nationalversammlung erklärte Richter Steyn: „Die Volksgruppen Südwestafrikas sind keine lange und fest ver-

bundene, entwickelte Gesellschaft, sondern einzigartige Menschengruppen mit einem erst unlängst entstandenen Gefühl gemeinsamer Verbundenheit und einem starken Verlangen, auf dynamische zielbewußte Weise zu einer Nation mit vielen Facetten zu werden."

Der Präsident Skrywer führte darüber hinausgehend aus: „Schon vor Jahren haben sich Menschen aus diesem Lande im Ausland darüber beklagt, daß ihnen die Freiheit vorenthalten werde. Sie haben bei der UNO und bei ihren Mitgliedsstaaten geklagt. Heute ist Südafrika bereit, uns die Unabhängigkeit zu geben. Die Einsetzung dieser Versammlung beweist es. Jetzt aber sind es die UNO und ihre Mitgliedsstaaten, die uns die Unabhängigkeit vorenthalten wollen.

Wir sind noch immer geduldig gewesen. Nun aber ist unsere Geduld zu Ende. Diese Versammlung ist der Ort, an dem die Menschen unseres Landes zusammenkommen, um sich die Hände zu reichen. Hier arbeiten alle Gruppen Südwestafrikas zusammen; hier fassen die Vertreter unserer Bürger zusammen Beschlüsse im Interesse des ganzes Landes. Wir fordern alle Menschen in Südwestafrika/Namibia auf, mit uns zusammenzuarbeiten."

Innerhalb des Jahres 1979 wurden von der Nationalversammlung mehr als 30 wichtige Gesetzentwürfe und eine große Anzahl Anträge verabschiedet. Es wurde darüber hinaus ein eigener südwestafrikanischer Staatsdienst eingerichtet.

Bereits am 20. April hatte die Verfassunggebende Versammlung die „Waldheim-Vorschläge", die im Dokument des Sicherheitsrates S/13120 enthalten waren, einstimmig verworfen.

Von der Proklamation der Nationalversammlung bis zum Ministerrat war es nur ein Schritt. Am 13. Juni 1980 wurde der Ministerrat gewählt und am 1. Juli vereidigt. Er besteht aus zwölf Mitgliedern und einem Vorsitzenden.

Das Ovambomitglied der Nationalversammlung Kalangula bat bei der Wahlversammlung als erster ums Wort. Er führte aus: „Ich sehe Herrn Dirk Mudge nicht als Weißen, sondern als Mit-Namibianer; die Hautfarbe steht nicht zur Debatte, wenn ich Herrn Mudge als Vorsitzenden vorschlage."

In seiner Antrittsrede sagte der gewählte Dirk Mudge: „Meine Aufgabe wird es sein, in diesem Lande auf friedlichem und positivem Wege politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen zustande zu bringen, die zu einer stabilen Regierung, höherem Lebensstandard und harmonischem Zusammenleben aller führen sollen.

Bereits bei mehr als einer Gelegenheit habe ich deutlich gesagt,

daß wir eine einseitige Unabhängigkeitserklärung nicht erwägen. Wir sind uns dessen bewußt, daß sie sehr negative Auswirkungen auf die politische Entwicklung in diesem Lande haben würde.

Ebenso deutlich haben wir jedoch gemacht, daß wir uns – trotz der Tatsache, daß wir mit den Verhandlungen um eine international akzeptable Lösung fortfahren – das Recht vorbehalten, unsere innere politische Entwicklung weiterzuverfolgen. Mit anderen Worten: wir wollen, daß die Menschen dieses Landes größeren Anteil an der Regierung ihrer Heimat haben, daß sie selbst für die Zukunft unseres Landes arbeiten und planen, daß sie in der Lage sein sollen, die notwendigen Veränderungen selber durchzuführen. Daß dies der erste Schritt auf eine einseitige Unabhängigkeitserklärung sein sollte, ist nicht der Fall."

Die Schaffung des Ministerrates bedeutete in der Praxis, daß alle Angelegenheiten und alle Befugnisse der Exekutive, die vorher dem Generaladministrator als dem Leiter der zwischenzeitlichen Regierung übertragen worden waren, nunmehr nach den Beschlüssen, Aufträgen und Richtlinien des Ministerrates ausgeübt werden. Die Beschlüsse des Ministerrates sind bindend. Die Bevölkerung Namibias kann jetzt durch ihre Vertreter in der Nationalversammlung und im Ministerrat ihren Willen in der Landesregierung zum Ausdruck bringen und damit ihr eigenes Land auch selber regieren.

Das erste Gesetz, das nach Einsetzung des Ministerrates erlassen wurde, war die Einführung der Allgemeinen Dienstpflicht. Dies war erst möglich, nachdem alle diskriminierenden Gesetze gegen Bürger dieses Landes abgeschafft worden waren.

Als neuer (dritter) Generaladministrator trat Danie J. H. Hough sein Amt an. Seine Befugnisse waren bedeutend geringer als jene seiner Vorgänger Richter, M. T. Steyn und des danach amtierenden Generaladministrators Dr. Gerrit Viljoen. Er ist aber Oberbefehlshaber aller Truppen in Südwestafrika/Namibia.

Dem Minsterrat gehörten an: Dr. Ben J. Africa (Baster), Engelhardt H. L. Christie (Damara), Tara J. Imbili (Ovambo), Joey J. J. Julius (Farbiger), Geelsbooi Kashe (Buschmann), Patrick M. Limbo (Caprivier), Daniel Luipert (Nama), Dirk F. Mudge, Vorsitzender (afrikaans sprechender Weißer), Rudolf Ngondo (Kavango), E. Werner Neef (deutschsprechender Weißer), Kuiama Riruako (Herero) und Gregor K. Tibinyane (Tswana).

Damit war die Beendigung der weißen Herrschaft in Südwest-

afrika gekommen, denn nur noch zwei der zwölf Mitglieder des Ministerrates waren Weiße.

In der Nationalversammlung sind 40 der insgesamt 50 Mitglieder schwarze und braune Abgeordnete. Die weißen Südwester haben in beiden Gremien nicht mehr und nicht weniger Rechte als jeder andere schwarze oder braune Angehörige der Regierung. Jeder hat nur eine Stimme.

Damit war auch die südafrikanische Herrschaft in Südwestafrika beendet. Die gesamte gesetzgebende und exekutive Gewalt lag von nun an in den Händen der beiden Südwester Körperschaften. Der Generaladministrator, der bis dahin alle Regierungsfunktionen der Republik Südafrika als deren Vertreter ausgeübt hatte, ist nun nichts anderes mehr als das Staatsoberhaupt, das keinerlei Gesetzgebung der Nationalversammlung anullieren kann. Die südafrikanischen Truppen befinden sich nicht als Besatzungstruppen in Südwestafrika, sondern sind auf Bitten der südwestafrikanischen Bevölkerung im Lande, um als Helfer der eigenen Wehrmacht im Kampf gegen den Terrorismus aus Norden tätig zu sein. Diese südafrikanischen Truppen sind nur dort zu finden, wo gegen den Terror gekämpft werden muß: im Norden des Landes, dem Gebiet feindlicher Infiltration und Guerillatätigkeit.

Damit hatte Südwestafrika eigentlich alles getan, was die UNO, was die gesamte Welt von diesem Lande verlangte. Aber nach wie vor wird von der UNO darauf beharrt, daß die SWAPO der Alleinvertreter Südwestafrikas sei.

Mit dem Einfall der in der Zwischenzeit wieder mit modernsten sowjetischen Waffen ausgerüsteten Guerilla-Gruppen nach Südwestafrika wurden die Bemühungen der Fünfergruppe wieder zunichte gemacht. Der Verhandlungskurs, den Nujoma eingeschlagen hatte, sollte offenbar wieder durch den Konfrontationskurs ersetzt werden, nachdem die SWAPO durch massive Truppenverstärkungen und neueste Waffen wieder auf einen Angriffskrieg vorbereitet war.

Mit Hilfe der neu ausgeladenen Panzer und ebenfalls frisch nach Angola übergeführten Mig-23-Flugzeuge, die in die Stützpunkte und Flugfelder nahe der angolanischen Grenze nach Namibia einfielen und dort blieben, hatten die SWAPO-Guerillas nun wieder eine gute Ausgangsbasis. Dies alles stellte eine ernstliche Bedrohung der westlichen Vermittlertätigkeit dar.

Dies kam für die Insider nicht unerwartet, denn bereits am 5. April

1982 hatte Dr. Jonas Savimbi, Chef der angolanischen antikommunistischen Guerillas, eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß jene Hoffnungen auf einen Kompromiß in Sachen Namibia, die er während seiner letzten USA-Reise geäußert hatte, geschwunden seien. Savimbi stellte auch seine damaligen Erklärungen in Abrede, nach denen er gesagt hatte, daß für ihn ein Erfolg der SWAPO auch bei Wahlen in Südwestafrika/Namibia außer Zweifel stehe. Er lehnte die „UNO als Aufsichtsorgan der Wahlen in Namibia als parteiisch für die SWAPO" ab.

Damit sagte Dr. Savimbi offen, was man in Südafrika zwar auch aussagte, aber verstohlen hinter vorgehaltener Hand, „daß man an einen Erfolg der westlichen Vermittlerrolle nicht mehr glaubt".

Der Kampf der Guerillas drohte sich auszuweiten, mehr und mehr Überfälle wurden bekannt, die bis in das weiße Farmgebiet gingen. In dieser Situation gab es für Südafrika und Südwestafrika/Namibia nur eine Alternative: zurückzuschlagen.

Neue Operationen zur Vorneverteidigung

Am 11. Juni 1982 traten die südafrikanischen Truppen, verstärkt durch die südwestafrikanischen/namibischen Bataillone, den Verstoß nach Norden an. Es galt, so tief wie möglich nach Angola hineinzustoßen und die bekannten SWAPO-Stützpunkte zu zerstören, um deren weitere Überfälle in Namibia zu verhindern.

Vor dem Angriffsbeginn wurden sowohl die kubanischen als auch die regulären angolanischen Truppen darüber verständigt, daß der Vorstoß beginnen werde.

Die Einzelaktionen begannen am frühen Morgen des 11. Juni und führten die Truppen bis in den Raum Cassinga, 250 km tief auf angolanisches Gebiet.

Der Kampf nahm von Tag zu Tag an Erbitterung zu, und erst nach einem Monat brach der SWAPO-Widerstand zusammen. Zwei Bataillone der SWAPO wurden aufgerieben, und in wilder Flucht stoben die Reste weiter nach Norden zurück. 314 tote SWAPO-Guerillas blieben auf den verschiedenen Gefechtsfeldern liegen. Ein Hubschrauber des Typs Puma der südafrikanischen Streitkräfte wurde abgeschossen. 15 Soldaten fanden beim Absturz den Tod.

Der Befehlshaber der Truppen in Namibia, General Charles Lloyd, erklärte, daß Südafrika auf keinen Fall eine Wahl unter

Terror in Südwestafrika zulassen werde, denn das wären keine freien Wahlen.

Auf der zwischenzeitlich in Tripolis stattfindenden Konferenz der OAU, an der 28 afrikanischen Staatschefs teilnahmen, erklärte Nujoma unter dem Druck der Ereignisse, daß er bereit sei, an den am 12. August in New York stattfindenden UNO-Verhandlungen teilnehmen und mitzuarbeiten. Darüber hinaus bestätigte er, daß die SWAPO nach einem Waffenstillstand bereit sei, nach Namibia zu gehen und sich dort im Rahmen öffentlicher Wahlen zu schlagen. Allerdings bezeichnete er den Abzug aller kubanischen Truppen aus Angola, der von Südafrika gefordert worden war, als unmöglich.

Nujoma erklärte in Tripolis, daß eine neue Invasion der südafrikanisch-südwestafrikanischen Truppen nach Angola hinein zum 26. August geplant sei.

Wenige Tage später teilte ein Sprecher der südafrikanischen Regierung in Pretoria mit, daß die Meldungen von einem bevorstehenden Waffenstillstand und dessen Unterzeichnung nichts als „Spekulationen" seien. Die Garantieerklärung, daß die an einen Waffenstillstand geknüpften Bedingungen – Rückzug der SWAPO um 250 km und der Kubaner um 350 km von der Grenze nach Namibia und anschließend Abzug der Kubaner – erfüllt würden, wird von Südafrika als nicht einhaltbar bezeichnet.

Nun kommt es mehr denn je darauf an, daß die Vermittlung der europäischen Mitglieder der Fünfergruppe zwischen den verhandlungsführenden USA und der SWAPO intensiviert wird.

Politische Aktivitäten der SWAPO

Nachdem in Südwestafrika die Sache der SWAPO aus dem Ruder gelaufen war, begann eine SWAPO-Propagandaaktivität, wie sie bisher noch nicht in dieser Art geführt worden war. Es kam nach dem ausgereizten Vorwurf der Ausbeutung Südwestafrikas durch den Westen eine neue Variante ins Spiel. Diese wurde ausgelöst durch die fünf westlichen Staaten. Sie hatten nach den geschilderten Ereignissen in Namibia Kontakte mit den dortigen politischen Parteien aufgenommen, die für sie die legitimen Vertreter der einzelnen Volksgruppen – weil von diesen gewählt – waren. Dies konnte man im Hauptquartier der SWAPO nicht länger mitansehen, ohne aktiv zu werden und die Dreckschleuder in Betrieb zu setzen.

Am 17. Juni 1980 wurde im SWAPO-Information Bulletin Nr. 4/1980 in Luanda folgende Presseerklärung abgegeben:

„Aktiv ermuntert durch die westlichen Ausbeuter, besonders die USA, Großbritannien, Westdeutschland, Frankreich und Kanada, ist die Botha-Malan-Junta in Pretoria im Begriff, durch illegale Machenschaften ein Marionettenregime in Namibia zu installieren. Die Tatsache, daß der rassistische Siedler Dirk Mudge von diesen Regierungen empfangen wird, ist ein ausreichender Beweis für ihre Heuchelei und Komplizenschaft."

Auf dem 17. Gipfeltreffen der OAU-Staaten in Freetown zwei Wochen darauf ging Sam Nujoma noch einen Schritt weiter: „Die fünf westlichen Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschlands und Kanadas müssen entschieden verurteilt werden wegen ihrer Verschwörung und Komplizenschaft bei einem Anschlag mit dem Ziel, die politischen Bestrebungen und Interessen des südafrikanischen und namibischen Volkes unter Führung ihrer Befreiungsbewegungen zu unterdrücken und auszulöschen, um die Fortexistenz der faschistischen weißen Clique in Pretoria sowie ihre eigennützigen ökonomischen und strategischen Interessen zu sichern."

Damit werden die zu Anfang hochgelobten Kontaktstaaten, die sich seit Jahren um eine friedliche Lösung in Südwestafrika bemühten, nunmehr bezichtigt, die Außerkraftsetzung der Sicherheitsrats-Resolution 435 zu betreiben.

Japan kam anläßlich der „Ersten Außerordentlichen Tagung des Zentralkomitees der SWAPO" in N'Dalatando in der Mitte des Juli 1980 hinzu. Auch hier lag wieder die gleiche Platte auf dem Teller: die „unersättliche Ausbeutung Namibias natürlicher und menschlicher Ressourcen."

Diese menschlichen Ressourcen wurden und werden seit vielen Jahren willkürlich von SWAPO-Guerillas hingemordet oder zu Krüppeln gemacht.

Nachdem die SWAPO solcherart aus ihrer „extrem antiwestlichen Grundstimmung" (siehe: Dr. Henning von Löwis of Menar in: Die SWAPO und der Westen) keinen Hehl mehr machte, ließ sich Sam Nujoma auf der Namibia-Solidaritätskonferenz in Paris im September 1980 dazu hinreißen, die fünf Kontaktstaaten – darunter auch die BR Deutschland – öffentlich als „Fünferbande" zu bezeichnen und ihnen das Blut zuzurechnen, das aus „jeder möglichen Katastrophe, für die sie die Verantwor-

tung trügen“, fließen würde. (Siehe SWAPO Information, Bulletin Nr. 6/1980).

Er beschuldigte die fünf Weststaaten stillschweigend, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung in Südwestafrika/Namibia geduldet und die einseitigen Wahlen vom Dezember 1978 erlaubt zu haben. Die Schaffung des „sogenannten Ministerrates“ und der Armee von Südwestafrika/Namibia hätte von ihnen verhindert werden müssen.

In „Namibia Today“ Nr. 4(11/12/1980), wurde schließlich folgende Forderung der SWAPO erhoben: „Afrika und der Rest der fortschrittlichen Menschheit müssen die negative Rolle der Fünf in der Namibia-Frage verurteilen und bloßstellen. Die Fünf müssen gezwungen werden, auf ihren Klienten Südafrika einzuwirken, die Obstruktionspolitik zu beenden, die darauf abzielt, die Vereinten Nationen daran zu hindern, sich nach Namibia zu begeben, um dem namibischen Volk bei der Erlangung einer echten Unabhängigkeit zu helfen.“

Anläßlich einer internationalen „Wissenschaftlichen Konferenz“ vom Oktober 1980 in Ost-Berlin sagte der Chefideologe der SWAPO, Moses Garoeb, daß die Sowjetunion „das Bollwerk des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt“ sei. (Siehe: Dr. Henning von Löwis of Menar: a.a.O.) Als Höhepunkt seiner Rede unterbreitete er dann folgende These:

„Die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern muß wissen, daß die von ihnen hergestellten Erzeugnisse zur Zerstörung ihrer Klassenbrüder eingesetzt werden. Die Flugzeuge des Typs Mirage, die Hubschrauber des Typs Puma und die von ihnen hergestellten Waffen werden dazu eingesetzt, ihre Brüder zu töten. Sie sollten sich darüber klarwerden, daß der Wohlstand, der in den kapitalistischen Ländern so selbstverständlich ist, in Wirklichkeit nur deshalb möglich wurde, weil er auf Kosten der ausgebeuteten Völker, aus denen das letzte herausgepreßt wird, geht.“

Trotz aller gegenteiligen Erkenntnisse versuchte es die SPD immer wieder, sich diesen „SWAPO-Freiheitskämpfern“ anzubiedern. Auf solcher Linie liegt auch die Einladung des SWAPO-Chefs Sam Nujoma aus dem Jahre 1980. Am 23. Okt. dieses Jahres wurde Nujoma von Bundesaußenminister Genscher empfangen und mit seiner Delegation durch ein Gala-Festessen geehrt. Einen Tag darauf, am 24. Okt., präsentierte sich der Gast aus Luanda mit einem Lächeln, so breit wie sein Bart, den Bonner Journalisten und erklärte schlicht und unmißverständlich: „Als ein Kämpfer sage ich: Wir

kämpfen in Namibia, um zu gewinnen – sei es durch bewaffneten Kampf oder an der Wahlurne. Gewinnen werden wir auf jeden Fall!“

Damit wurde hier Demokratie à la SWAPO demonstriert, und nun vernahmen es auch die versammelten Journalisten, nachdem vorher der Bundesaußenminister und die Mitglieder des auswärtigen Bundestagsausschusses dies gehört hatten, wie Demokratie auf SWAPO verstanden wird.

Vor der Presse verkündete Nujoma aber auch, daß er sich zur UNO-Sicherheitsresolution 435 bekenne und daß er zu fairen Wahlen in Namibia unter Aufsicht der UNO und zu einem Waffenstillstand mit Südafrika bereit sei.

Sam Nujoma sagte darüber hinaus noch: „Wir kämpfen auch um die Befreiung der Namibier deutscher Abstammung. Sie sind unsere afrikanischen Brüder. Die SWAPO kämpft nicht gegen individuelle weiße Siedler, sondern gegen das System des Kolonialismus, Rassismus und der Ausbeutung.“

Dies bewog Bundesaußenminister Genscher zu dem Bekenntnis: „Das Ja zu diesem Lösungsweg (freie Wahlen unter UNO-Kontrolle) ist eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen der SWAPO und der Bundesrepublik Deutschland.“

Genscher verurteilte nachdrücklich die jüngsten Gewaltakte der namibisch-südafrikanischen Armee gegen SWAPO-Stützpunkte in Angola, vergaß aber, die Mordserien der SWAPO – auch an deutschstämmigen Bürgern von Südwestafrika – auch nur mit einem Wort zu erwähnen.

Nujoma war nunmehr, nachdem seine Aktionen breite Zustimmung gefunden hatten, im richtigen Fahrwasser, um den aufhorchenden Journalisten reinen Wein einzuschenken:

„Südafrika will Namibia eine neue kolonialistische Lösung aufzwingen. Darum sind militärische und politische Aktionen gegen das südafrikanische Regime notwendig. Wir werden diese Aktionen intensivieren, um eine demokratische Lösung herbeizuführen. Durch bewaffneten Kampf oder an den Wahlurnen wird das namibische Volk seine Freiheit und Unabhängigkeit erringen.“

Das namibische Volk aber wurde von der SWAPO überhaupt nicht gefragt, denn es will nichts mit der SWAPO zu tun haben, wie die Wahlen im Dezember 1978 in Windhoek bewiesen. Es will seine eigene Regierung demokratisch wählen und sich keine Regierung durch Bajonett-„Demokraten“ aufzwingen lassen.

Der von Nujoma immer wieder beschworene und erklärte Kampf

gegen Südafrika war nichts anderes – und die Fakten beweisen dies – als ein Abschlachten wehrloser Ovambos und anderer Menschen Südwestafrikas.

Als dann Nujoma auch noch auf Wirtschaftssanktionen der bundesdeutschen Wirtschaft gegenüber Südafrika drängte, wurde es allerdings Herrn Genscher zuviel. Wirtschaftssanktionen gegenüber einem Staat, der der Bundesrepublik einen Großteil seiner Rohstoffe lieferte, lag denn doch jenseits aller Vorstellungskraft. Bundesaußenminister Genscher lehnte diese Wirtschaftssanktionen rundweg ab.

Nujoma kritisierte anläßlich dieser Unterredung mit Genscher auch die „deutschen Hilfeleistungen für eine südafrikanische Atombewaffnung". Zwar hatte er weder darüber mit Genscher gesprochen, noch war Deutschland daran beteiligt, aber immerhin hörte sich das sehr gut an. Schließlich erklärte er harmlosen Gemüts:

„Auch vor Atomwaffen haben wir SWAPOs keine Angst." Daß niemals irgend jemand der SWAPO mit Atomwaffen gedroht hatte, spielte dabei keine Rolle. (Siehe: Bernt Conrad: Mit breitem Lächeln für Namibia in: Die Welt vom 25. Okt. 1980.)

Als im Dezember 1980 der Vorsitzende der DTA, Dirk Mudge, nicht von Bundesaußenminister Genscher empfangen wurde, wertete die SWAPO dies auch als ein Ergebnis ihrer fruchtbaren Gespräche in Deutschland.

Um den Deutschen ja auch richtig bange zu machen, hatte die SWAPO übrigens einen Tag vor dem geplanten Empfang von Dirk Mudge im Bonner Auswärtigen Amt mit großem Theaterdonner eine Presseerklärung herausbringen lassen, in der diese Begegnung Mudge–Genscher als ein „koordiniertes finsteres Manöver des Imperialismus" scharf verurteilt wurde. Man stricke in Bonn an einer „unheiligen Allianz", die darauf abziele, den Unabhängigkeitsprozeß in Namibia zu blockieren.

„Bonns Verhalten", so die SWAPO, „könne die Bemühungen, die Voraussetzungen für eine Namibia-Konferenz zwischen der SWAPO und dem rassistischen Südafrika unter Vorsitz der Vereinten Nationen zu schaffen, ernstlich gefährden." (Siehe Dr. Henning von Löwis of Menar: a.a.O.)

Bonn reagierte, wie von der SWAPO beabsichtigt, anstelle sich ein für allemal eine Einmischung in seine Angelegenheiten zu verbieten. So drängt sich die Befürchtung auf, daß die SWAPO sich

als so etwas wie eine Außenstelle des Bundesaußenministeriums betrachten könnte, von der aus Herrn Genscher und seinen Beamten gutgemeinte Ratschläge zufließen.

Wie sieht es nun mit der immer aufs neue von der SWAPO aufgestellten Behauptung aus, daß Südafrika die „koloniale Ausbeutung Namibias aufrechterhält, um das Land auszupressen"? Welche Vorstellungen hat die SWAPO von einer wirtschaftlichen Entwicklung Namibias nach ihrer Machtübernahme?

Das SWAPO-Programm für Namibia

Nach den von der SWAPO als dringende demokratische Aufgabe nach der Machtübernahme propagierten Maßnahme stellt sich das Programm für die südwestafrikanisch-namibische Wirtschaft wie folgt dar:

Enteignung und Verstaatlichung, kollektive Reglementierung und Verbot jeder privaten Initiative werden die wirtschaftliche Zukunft Namibias sein.

Mit ihrem Dreipunkteprogramm zur Wirtschaftspolitik wird die von der UNO begünstigte SWAPO das frühere Deutsch-Südwestafrika zu einem orthodoxen marxistischen Staat und – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit – zu einem der ärmsten Länder Afrikas machen. (Siehe: Blick durch die Wirtschaft, FAZ vom 4. Dez. 1981.)

Eine detaillierte Aussage über die von ihr angestrebte Wirtschaft hat die SWAPO bis heute unterlassen. Aber es dürfte für sie schwierig werden, ihre Ernteerträge nicht mehr in westliche Länder mit harten Währungen, sondern statt dessen in Ostblockländer zu verkaufen, die zum einen kein Geld dafür haben und zum anderen auch keine Hilfeleistungen erbringen werden, weil sie mit den Schwierigkeiten im eigenen Lager bis über beide Ohren eingedeckt sind.

Die „Stimme Namibias", eine Halbstundensendung, die von dem Radiosender „Stimme des revolutionären Äthiopiens" in Addis Abeba ausgestrahlt wird, hat im Winter 1981 das Versäumnis der SWAPO zu diesem Thema nachgeholt und folgendes verkündet: „Die Pläne der SWAPO sind:
Punkt eins: Abschaffung aller Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Punkt zwei: Abschaffung des destruktiven Geistes des Individualismus.
Punkt drei: Vergrößerung von Reichtum und Macht durch Individuen, Gruppen und Klassen wird verhindert.
Punkt vier: Sicherstellung der Übergabe aller Produktionsmittel und Kapitalien in Volkseigentum." Dies bedeutet: Abschaffung des privaten Unternehmertums und Unterbindung der privaten Kapitalbildung.
„Punkt fünf: Eine integrierte Volkswirtschaft. Das Land dem Ackersmann!"

In einem Lande wie Südwestafrika mit seinen riesigen Dürregebieten sind kleine Bauernhöfe mit dem Ackersmann nicht lebensfähig. Wenn trotzdem die großen Farmen der Weißen und auch der Farbigen und der schwarzen Siedler nach der Machtübernahme durch die SWAPO enteignet werden, wenn sie wirklich unter die Landarbeiter aufgeteilt würden, wäre dies der sofortige Untergang des Landes, wie auch schwarze Landwirtschaftsexperten übereinstimmend ausgesagt haben. Dies ist allerdings auch nicht die Absicht der SWAPO trotz des gut klingenden Slogans: „Alles Land dem Ackersmann."

Geplant ist in Wahrheit die Schaffung von Bauerngenossenschaften und -Kollektiven und als endgültige Form die Staatsfarm, was immer dies auch bedeuten mag.

Überall aber, wo in Afrika kommunistische Regime diese Form der Landwirtschaft versuchten, fiel die Nahrungsmittelerzeugung rapide ab, wurde der Hunger um vieles größer als unter den ehemaligen Kolonialherren.

Die SWAPO huldigt der Vorstellung, daß beispielsweise ganz Südafrika „vollständig vom Überfluß der namibischen Wirtschaft abhängig" sei. Jeder, der diese beiden Staaten und ihr Bruttosozialprodukt sowie die Zahl der arbeitenden Menschen in beiden Ländern kennt, weiß, daß dies der pure Unsinn ist. Jeder einigermaßen orientierte Bundesbürger weiß darüber hinaus, was die beiden Staaten jeweils produzieren. Die wirtschaftspolitische Erklärung der SWAPO über die Voraussetzungen, die einem neuen Namibia unter ihrer Führung gegeben würden, lautet:

„Namibia ist der größte Karakulproduzent und der zweitgrößte Produzent von Schmuckdiamanten. Namibia verfügt über eine Vielzahl an Bodenschätzen, wie Kupfer, Blei, Zinn, Vanadium, Uran und Erdöl. Bisher haben die Massen nicht davon profitiert,

weil alle Bergbau-, Fischerei- und Farmprodukte täglich aus dem Hafen Walvis Bay nach Port Elizabeth, London, New York, Hamburg, Paris, Ottawa und Tokio verschifft werden."

Nach Meinung der SWAPO-Wirtschaftsexperten sollen sie offenbar im Lande bleiben. Wer hier allerdings die Karakulschafe verwerten soll, wer die Felle – immerhin im Jahr zwischen vier und fünf Millionen Stück – kaufen soll, das ist offengelassen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß der Verkauf der Felle die Lebensgrundlage für diese Farmer ist. Daß diese Schafzucht, auf die Sam Nujoma und seine Führer so stolz sind, nicht auf ihrem Mist gewachsen ist, sondern der unermüdlichen Arbeit weißer Siedler verdankt werden kann, das liegt weit jenseits des Horizonts der „Befreier".

Übrigens haben bereits einige der in den vergangenen Jahren unabhängig gewordenen und ins marxistisch-leninistische Lager übergeschwenkten afrikanische Länder diese Art der „Volkswirtschaft" praktiziert und die Ausfuhren ihrer Erzeugnisse aus Gründen des Prinzips, daß man nicht für Ausbeuter und Imperialisten arbeiten sollte, gedrosselt oder gesperrt. So auch Angola und Moçambique. Mit dem Ergebnis, daß sie nur mit Mitteln der Entwicklungshilfe und der UNO-Hilfsfonds am Leben erhalten werden können.

Nun spekuliert offenbar die SWAPO – durch solche Mildtätigkeit von seiten der UNO und anderer Stellen seit Jahren auf das üppigste unterstützt und ausgestattet – darauf, daß sie ihre dann notwendigen Importe nicht durch Exporte zu bezahlen braucht, sondern diese durch Spenden oder Entwicklungshilfegelder ins Land hineinbekommt. Diese Spekulation ist gar nicht so abwegig, wenn man die bisher geleisteten Hilfen auch aus kirchlichen Kreisen der BR Deutschland für die SWAPO ansieht. Allerdings hat dies nichts mit einer Wirtschaftspolitik zu tun, sondern scheint eher einen Vergleich mit Schmarotzertum zu verdienen.

Das Ende des namibischen Wirtschaftsplans wird dann wieder durch eine SWAPO-Parole gekrönt, die deren wahre Absichten aufzeigt: „Wir werden kämpfend bis zum Endsieg sterben!"

Wie sieht es nun mit der Beschuldigung der Ausbeutung Namibias durch Südafrika aus?

Die „Ausbeutung Südwestafrikas durch Südafrika"
Legende und Wahrheit

Die Frage, ob Südwestafrika/Namibia von Südafrika ausgebeutet wird, ist nicht nur von der SWAPO, sondern auch von vielen anderen Kommunisten gestellt und bejaht worden. Die Meinungen waren geteilt, bis schließlich im „AFRICA INSIGHT" ein Artikel des Direktors des Afrika-Instituts für Südafrika, Dr. G. M. E. Leistner, erschien, der als objektiver Beobachter und Kenner des gesamten südlichen Afrika bekannt ist.

Dieser erklärte in besagtem Artikel, daß die Frage einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen einem selbständigen Namibia und Südafrika zugleich auch eine Überlebensfrage Namibias sei. Dies ungeachtet der politischen Einstellungen beider Staaten. Zur besagten Ausbeutungstheorie stellte Dr. Leistner drei Punkte zusammen, die diese Theorie überzeugend ad acta legen.

1. Der kleine Umfang der Wirtschaft von Südwestafrika/Namibia, verglichen mit dem Nachbarn Südafrika, läßt eine Ausbeutung nur im begrenzten Umfang wahrscheinlich erscheinen, denn das Volkseinkommen Südwestafrikas beträgt ganze 2,6% desjenigen der Republik Südafrika. Der Wert der Mineralproduktion Südwestafrikas beträgt 6,7% derjenigen Südafrikas. Die Einfuhr Südwestafrikas aus Südafrika betrug in dem Bezugsjahr 1977 beispielsweise 5% der gesamten südafrikanischen Ausfuhren.
2. Ein Expertenausschuß schätzte (detaillierte Statistiken über den Handel Südafrikas/Namibias mit dem Ausland stehen nicht zur Verfügung), daß ein Gesamtbetrag von 58 Millionen Rand, das waren 6,7% des Volkseinkommens von Südwestafrika, für Löhne, Zölle, Abgaben, Gewinne und Dividenden an Empfänger im Ausland überwiesen wurden, der Großteil davon in die Republik Südafrika.

Demgegenüber betrug im Bezugszeitraum das Volkseinkommen Südwestafrikas 1052 Millionen Rand. Es betrug 1980 1444 Millionen Rand, so daß selbst dann, wenn die gesamte Summe von 58 Millionen Rand in die Republik Südafrika geflossen wäre, dies nur wenige Prozente ausgemacht hätte.

Der Umfang der laufenden Geldübertragungen und der Kapitalausgaben der öffentlichen Hände Südafrikas für Südwestafrika/Namibia steht in keinem Verhältnis zu irgendeinem denkbaren wirtschaftlichen Gewinn, den Südafrika aus diesem Territorium

ziehen könnte. Die Hilfen zur Bewässerung, Gesundheitsfürsorge, nicht zu vergessen die Kosten der Grenzsicherung gegen Überfälle der SWAPO auf Bürger Südwestafrikas, sind um ein Vielfaches höher und übersteigen *jeden* Gewinn, den Südafrika jemals aus seinem Mandatsgebiet gezogen hat und in Zukunft ziehen könnte."

Eines sollte doch auch den Vertretern der SWAPO klar sein, auch wenn sie nicht in Südwestafrika leben und nichts zum Wohlstand dieses Landes beitragen, sondern von anderen Seiten Gelder erhalten, die sie nicht zu erarbeiten brauchen: die wirtschaftliche Basis Namibias ist schmal, sein Wohlstand hängt von der Ausfuhr einiger weniger Güter ab. Das Land Namibia wird noch viele Jahre lang vom Zustrom großer ausländischer Kapitalinvestoren abhängig sein, um mit den wachsenden Bedürfnissen auf sozialem und wissenschaftlichem Gebiet seiner Bewohner Schritt halten zu können.

Daß die Bewohner des Landes heute nach jenen von Südafrika in Afrika mit Abstand an der Spitze des Prokopfeinkommens stehen, das ist einzig ihrer Mandatsmacht Südafrika zu verdanken.

Südafrika hat in Namibia 3200 Millionen Rand investiert. Ab 1977 benötigt SWA/Namibia zum Aufbau seiner Wirtschaft und seiner Sozialeinrichtungen jährlich 120 Millionen Rand, die bisher von Südafrika gewährt wurden. Von 1978–1986 werden dies insgesamt 960 Millionen Rand sein. Zusätzlich müssen für eine Regierung dieses Landes Darlehen in Höhe von 1176 Millionen Rand gefunden werden.

Es steht außer Zweifel, daß nach einem Regierungsantritt der SWAPO kein Investor der westlichen Welt auch nur einen Pfennig in dieses Land stecken würde, weil er wüßte, daß es verlorenes Geld wäre. Angesichts der sich ständig verschlechternden Weltwirtschaftslage wird es auch für die internationalen Organisationen schwierig werden, solche Summen aufzubringen. Die EG wird sich nicht bereitfinden, unter solchen Voraussetzungen Geld nach Namibia hineinzupumpen. Dies bedeutet im Klartext: Entweder wird Südwestafrika/Namibia unter der Herrschaft einer SWAPO-Regierung ein bitteres Ende erleben, (weil die „Kapitalisten und Ausbeuter-Imperialisten" das Land dann nicht mehr unterstützen), oder ein Namibia unter demokratisch gewählter Führung wird von Südafrika diese Hilfeleistungen erbitten müssen und auch erhalten.

Eine dritte Möglichkeit der Hilfeleistung, die Sam Nujoma vielleicht in Hinterhand behält, jene aus dem Lager des Ostblocks,

ist mit Sicherheit *nicht* zu erwarten. Es dürfte die größte Mühe kosten, alle jene Ostblockstaaten, die im Westen tief in der Kreide stecken, aus der völligen Pleite herauszuhalten und ihren Untergang zu verhindern.

Bliebe eine Mahnung vor allem an die künftige Bundesregierung in Bonn – von welchem Lager auch immer sie gestellt wird –, sich auf die moralische Verpflichtung gegenüber Südwestafrika zu besinnen, die vielen deutschen und deutschstämmigen Bürger dieses Landes, die es mit aufgebaut haben, nicht im Stich zu lassen und auch einmal an sie Hilfeleistungen zu geben und ihren Aufbau zu fördern, der im Sinne des Gesamtwohles aller Namibier – der schwarzen, der braunen und der weißen – verwandt werden würde, nicht aber zur Vernichtung politischer Gegner und zur Verbreitung von Furcht und Terror.

Hier ist eine große menschliche und politische Aufgabe zu lösen. *Hier* besteht die Chance, ein Land, das seine Führung in freien Wahlen gewählt hat, vor dem Druck von außen zu schützen und die demokratische Grundordnung zu sichern, die dieses Land sich gegeben hat und weiter ausbauen will.

Die Infrastruktur von Südwestafrika ist allein dank der massiven Hilfeleistungen aus Südafrika entstanden. Straßen- und Eisenbahnbau, die Errichtung einer ausreichenden und auf Zuwachs bedachten Kraft- und Wasserversorgung, die seit der deutschen Kolonialzeit in Angriff genommen wurde, hat Südafrika nahtlos übernommen und weiter ausgebaut. Die Sozialdienste, die Verhinderung von Hungersnöten, von Seuchen und Krankheiten, die Bekämpfung der Kindersterblichkeit, wie sie in den meisten schwarzafrikanischen Staaten grassierten, wurde durch Südafrika erreicht. Darüber besteht bei keinem Namibier irgendein Zweifel.

Erziehung, Ausbildung und das gesamte Gesundheitswesen wären in Südwestafrika ohne diese Hilfeleistungen unmöglich gewesen.

Punkt 3 der Ausführungen von Dr. Leistner lautet: „Südwestafrika/Namibia zieht ohne Zweifel bemerkenswerte Vorteile aus seiner engen wirtschaftlichen Verbindung mit Südafrika. Verstärkte enge wirtschaftliche Bande zwischen den Ländern Afrikas sind eines der Hauptziele der Organisation für afrikanische Einheit OAU innerhalb ihrer Entwicklungspolitik für den afrikanischen Kontinent. Die Entwicklung SWA/Namibias seit dem Zweiten Weltkrieg mag dafür als Illustration dienen: Als Teil des südafrikanischen Zoll- und Währungsgebietes und vor allem infolge der Tatsache, daß es von der

bei weitem stärksten und am meisten entwickelten Wirtschaftsmacht südlich der Sahara als integraler Teil verwaltet wurde, genießt es viele Vorteile, die das Land nie haben würde, stünde es allein da oder wäre es mit weniger entwickelten Wirtschaften verbunden.

Seine Wirtschaft ist aufgrund ökonomischer und natürlicher Ursachen (wie Trockenheit und Viehseuchen) großen, gefährlichen Schwankungen unterworfen. Diese werden aber von Südafrika durch Finanzhilfen, Lebensmittellieferungen, Absatzhilfen und jeweils notwendigen Beistand ausgeglichen. Durch diesen Rückhalt genießt das Land größeres Vertrauen bei ausländischen Geldgebern. Dank der vergleichsweise riesigen Hilfsquellen Südafrikas hat Namibia nicht nur eine bemerkenswert gut entwickelte Infrastruktur, sondern kann auch dessen gewiß sein, daß es das nötige Geld *und* die nötigen Fachkräfte bekommt, diese Infrastruktur in Gang zu halten und weiter zu verbessern.

Technische Fertigkeiten und Erfahrungen jeder Art von südafrikanischen Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, südafrikanischen finanziellen, wirtschaftlichen, technischen und Ingenieurunternehmungen und anderes stehen Namibia uneingeschränkt zur Verfügung und versetzen es in die Lage, Projekte in Angriff zu nehmen, die völlig außerhalb seiner Reichweite lägen, müßten sie allein auf der Grundlage einer relativ geringen örtlichen Nachfrage aufgebaut werden. Die Kosten würden dies einfach nicht zulassen. Selbst gegen hohe Kosten würden Fachwissen und Fachkenntnisse aus Übersee nicht immer zur Verfügung stehen.

Da SWA/Namibia Teil des Rand-Währungsgebietes ist (auch die Aufnahmegebühren und die Beiträge an die SWAPO müssen in Rand bezahlt werden), wird seine Fähigkeit, seinen ausländischen Verpflichtungen nachzukommen, weder von Geldgebern noch von Darlehensquellen und Kreditoren in Zweifel gezogen. Als Mitglied des südafrikanischen Zollgebietes kann das Land fest mit bereitstehenden Vorräten an Lebensmitteln, Verbrauchsgütern, Maschinen, Ersatzteilen und allem, was es benötigt, rechnen.

Daß Südafrika, wenn auch im Verborgenen und meistenteils in Nachttransporten, in riesigen Eisenbahntransporten und mit einem regen Lastwagenverkehr auch seine nördlichen Nachbarn am Leben erhält, sei am Rande erwähnt.

Südafrika seinerseits bietet einen sicheren und nahegelegenen Markt für das Schlachtvieh Namibias, während die Karakulfelle in der Hauptsache in die BR Deutschland gehen."

Die Zusammenfassung dieser teilweise in den drei Punkten genannten Fakten bedeuten eines: Südafrika sichert die Stabilität und die besseren Entwicklungsmöglichkeiten von Namibia. Sichern heißt dabei nicht nur erhalten, sondern auch ausbauen. Diese Erkenntnis wird von allen neutralen Beobachtern geteilt einschließlich jener, die Südafrika nicht sehr wohlgesinnt sind. Die Wucht der Fakten läßt einfach keine andere Erkenntnis zu. Und würde man eine andere Meinung äußern, dann wäre man als Fachmann unter anderen Fachleuten erledigt, weil unglaubwürdig geworden. Diese Fakten können nicht verfälscht werden, sie liegen offen für jeden greifbar und sichtbar zu Tage.

Mit seinem Palaver gegen die Multinationalen Konzerne und ihren Superprofiten in Namibia, die nach Südafrika und ins Ausland transferiert würden, ist Sam Nujoma nicht durchgedrungen. Und wenn er sagt: „Den namibischen Arbeitern und Bauern bliebe nichts anderes als ihre Ketten, ihr Schweiß und ihre Schinderei", dann kann er damit jedes andere schwarzafrikanische Land meinen, nicht aber Namibia.

SWAPO und die USA

Spätestens nach der Rede von Peter Mueshihange auf dem X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei im April 1981 in Ost-Berlin sind auch die USA ins Schußfeld der SWAPO geraten. Der SWAPO-Sekretär für internationale Verbindung erklärte hier, daß „die imperialistischen Kräfte immer unberechenbarer würden, insbesondere die neue USA-Administration." Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß die USA eine verleumderische Kampagne gegen die nationale Befreiungsbewegung und ihre Verbündeten führten und bemüht seien, „den Volkskampf für Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt zu diskreditieren, zu stoppen und den Völkern ihre Marionetten aufzuzwingen." (Siehe Neues Deutschland, 17. April 1981.)

Daß der US-Imperialismus das terroristische, rassistische System Südafrika unterstütze, schien allen versammelten Funktionären geläufig.

Chester Crockers Reise nach Afrika im April 1981 deuteten die SWAPO-Sprecher in einen Versuch um, Namibia eine Verfassung zu verordnen und als Sprachrohr Pretorias zu fungieren.

Als im Sicherheitsrat ein dreifaches Veto gegen die Verhängung

umfassender Sanktionen gegenüber Südafrika eingelegt wurde, erkannte die SWAPO dies als den Beginn des Versuchs, die Sicherheitsrats-Resolution 435 aus dem Jahre 1978 endgültig zu vernichten. Und schließlich griff die SWAPO sogar ihre Fürsprecher in der UNO an, sie trauten sich nicht zuzugeben, daß die Verwirklichung des UNO-Planes für Namibia in seiner jetzigen Form die SWAPO in Namibia an die Macht bringen müßte. Der Westen sei jedoch bestrebt, dem namibischen Volk seine Marionetten aufzuzwingen.

Sam Nujoma nahm die OAU-Gipfelkonferenz im Juni 1981 in Nairobi zum Anlaß, abermals zu einem Schlag gegen die Reagan-Administration auszuholen und diese der Wiederbelebung des kalten Krieges, des Militarismus und der Polemik zu bezichtigen. Im Interesse ausländischer Investoren und riesiger Profite müsse das Volk von Namibia auf dem Altar des Imperialismus und Kapitalismus geopfert werden.

Um Südafrika aus der internationalen Isolierung herauszuführen, nutzten die USA ihre Macht und ihre Gangstermethoden der Drohung, Einschüchterung und Erpressung gegenüber der SWAPO, den OAU-Staaten und den Vereinten Nationen.

In ihrem selbstsüchtigen Streben nach Weltherrschaft und Rohstoffen hätten sich die aufeinander folgenden Regierungen in Washington mit den Unterdrückern und Mördern in Namibia zusammengetan. Im Bunde mit einem terroristischen Staat international geächteter Kräfte seien die USA eifrig bemüht, teuflische Pläne zur Verzögerung der Befreiung Namibias auszubrüten." (Siehe Dr. Henning von Löwis of Menar: a.a O.)

Daß sich diese Worte von selber richten und auf den Sprecher zurückfallen, braucht nicht bestätigt zu werden. Sie werden von Terroristen gesprochen, die Überfälle verursachen, Mord und Entführung praktizieren, und von „Befreiungskräften", deren Friedensäußerungen sich auf das Knattern der Maschinengewehre und die Explosionen der Landminen beschränken.

Vor dem Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen erklärte SWAPO-Propagandist Mueshihange: „Wenn Namibia befreit ist, werden wir unterscheiden zwischen jenen, die in den Tagen des bitteren Kampfes an unserer Seite standen, und jenen, die sich aktiv an der Ausplünderung unserer Bodenschätze beteiligten, die unseren Feind bewaffneten und unterstützten und unsere heilige Sache herabwürdigten. Wir – und wenn nicht wir, dann künftige Genera-

tionen in Namibia – werden sich der Haltung und der Handlungen der Haupt-Nato-Mächte gegenüber der Sache des unterdrückten Volkes von Namibia erinnern." (Siehe: Namibia Today, Nr. 5 1981).

Diese starken Worte weisen darauf hin, was längst bekannt ist: daß sich Namibia wie Angola und Moçambique an den Sowjetblock anschließen wird. Aber schon heute steht fest, daß die SWAPO nicht mit ihrer Guerillaarmee in Windhoek einziehen wird. Dies haben auch die sowjetischen Militärexperten erkannt, die in ihrer Studie „Der bewaffnete Kampf der Völker Afrikas für Freiheit und Unabhängigkeit", herausgegeben vom Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR/Afrikainstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, zum Ausdruck brachten, daß „die Möglichkeiten des Partisanenkrieges als entscheidendes Mittel zur Erringung des endgültigen militärischen und politischen Sieges begrenzt" seien.

In der Schlußresolution der Sondertagung der Generalversammlung der UNO zur Namibiafrage vom 14. September 1981 heißt es bezeichnend: „Die Vollversammlung erklärt, daß die illegale Okkupation Namibias durch Südafrika und die wiederholten Aggressionsakte Südafrikas gegen benachbarte Länder eine Verletzung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen."

Die Vollversammlung bekräftigte in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen das unabdingbare Recht des Volkes von Namibia (nicht der SWAPO) auf Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit in einem vereinigten Namibia. Sie bekräftigte darüber hinaus, daß „Namibia" der direkten Verantwortung der Vereinten Nationen untersteht, bis echte Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit den relevanten Resolutionen der Vollversammlung erreicht sind."

Schließlich wurde „bekräftigt, daß die UNO ihre Unterstützung für die SWAPO fortsetzen" wolle, für „die einzige und rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia und ihren Kampf zur Erreichung von Selbstbestimmung, Freiheit und nationaler Unabhängigkeit".

„Die rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia!" Worauf gründet sich dieser Anspruch einer in Südafrika gegründeten Partei, die im Ausland sitzt und von dort aus namibisches Gebiet mit Terroraktionen überzieht und tausende Tote und Verwundete –

Menschen von Namibia – zurückläßt? Hat sich die SWAPO jemals irgendwelchen Wahlen gestellt? Wird die SWAPO jemals den Beweis dafür antreten, daß sie die rechtmäßige Vertretung des gesamten Volkes von Namibia ist?

Daß die Generalversammlung der UNO die Republik Südafrika „wegen seiner verschärften Unterdrückung des Volkes von Namibia, der massiven Militarisierung Namibias und wegen seiner bewaffneten Angriffshandlungen gegen Nachbarländer, insbesondere Angola, verurteilt“, ist nach allem Vorangegangenen ziemlich klar. Nicht erklärt werden kann aber das völlige Verschweigen der Hunderte von Terrorakten, von denen dem UNO-Generalsekretär in 57 Briefen Mitteilung gemacht wurde. Und in allen diesen Briefen fanden sich die Beweise für diese Aktionen, begangen an jenem namibischen Volk, dem die UNO zu Freiheit und Selbstbestimmung verhelfen will.

Natürlich verurteilt die UNO auch „scharf die Ausbeutung und Plünderung der natürlichen Ressourcen Namibias durch Südafrika und westliche transnationale Gesellschaften in Verletzung des Dekrets Nr. 1 für den Schutz der Naturreichtümer Namibias, erlassen vom Namibia-Rat am 24. September 1974.“

Schließlich rief die UNO nach einer Aufforderung zur unverzüglichen Einleitung von Sanktionen gegen das Land „alle Staaten auf, angesichts der durch Südafrika verkörperten Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit jegliche Beziehungen zu Südafrika, sei es auf individueller oder auf kollektiver Basis, einzustellen, um es politisch, ökonomisch, militärisch und kulturell vollständig zu isolieren.“

Zur Überwachung dieser völlig absurden Forderungen sollte der Namibia-Rat der UNO eintreten und der 36. Tagung der UN-Vollversammlung über die zu treffenden Vorkehrungen berichten.

Daß diese Forderung der UNO ungehört verhallte, zeigte die Realitätsnähe der aufgerufenen Staaten. Wenn man dies tun würde, wären nicht nur Südwestafrika/Namibia auf das höchste gefährdet, sondern auch Swasiland, Botswana, Moçambique und selbst Sambia. Ein schrecklicher Untergang würde sich im Süden Afrikas vollziehen, mit Hungertoten ebenso wie solchen, die durch Terror und Gegenterror umgebracht würden.

So ist denn auch der dem Generalsekretär auferlegte Bericht über die Verwirklichung dieser Resolution buchstäblich ins Wasser gefallen.

Bereits am 12. April 1979 war der Bundesregierung in Bonn klar, daß die SWAPO niemals freie Wahlen tolerieren würde, bei denen sie unterliegen muß. An diesem Tage fand nämlich ein Gespräch zwischen Dr. Dregger und Moses Garoeb, dem Sekretär des Politbüros des Zentralkomitees der SWAPO, in Bonn statt, dessen Kern folgenden Wortlaut hatte:

Dregger: „Welche Entwicklungen sind in Namibia zu erwarten, wenn die SWAPO die Wahlen gewinnen sollte? Was wird dann mit der Turnhalle und den anderen politischen Gruppen geschehen?"

Garoeb: „Wenn die SWAPO gewinnt, werden wir nicht erlauben, daß die Turnhalle als politische Einheit weiterexistiert. Den Führern wird der Prozeß gemacht. Niemand wird *gleich* getötet, sondern nach den Gesetzen verurteilt, die wir beschließen *werden*."

Dregger: „Das Ergebnis wäre also ein Einparteienstaat der SWAPO, daneben dürften keine politischen Kräfte existieren?"

Garoeb: „So ist es!"

Dregger: „Das heißt, Wahlen sind für die SWAPO nur dazu da, daß die SWAPO die Alleinherrschaft bekommt."

Garoeb zeigt Zustimmung.

Zu diesem Gespräch bedarf es keiner Erklärung, diese Worte sind schlicht, klar und unmißverständlich. Dies und die nachfolgenden Ereignisse hielten allerdings, wie an anderer Stelle berichtet, die Bonner Politiker nicht davon ab, Übereinstimmung mit der SWAPO zu dokumentieren. Allerdings gibt es auch Bestrebungen, diese mißliche Sache ohne Parteilichkeit zu klären.

So wandten sich 53 Bundestagsabgeordnete im September 1982 in einem Brief an Bundesaußenminister Genscher, in dem sie noch vor der Unabhängigkeit Namibias konkrete deutsche Hilfe für das Land und seine Menschen als unbedingt notwendig bezeichneten. Es ist beeindruckend, daß sich diese 53 Politiker nicht aus *einer* Partei zusammengefunden haben, sondern daß sie aus *allen* Bundestagsfraktionen kommen. So beispielsweise 20 aus der SPD, 18 aus der CDU/CSU und 15 aus der FDP.

Es handelt sich also um eine von allen Richtungen getragene Anregung, die nicht mit irgendeinem Etikett „rechts oder links" beklebt und angeheftet werden kann, sondern sehr ernst genom-

men werden muß.

Es geht diesen Politikern darum, die weiterhin bestehende Abhängigkeit Südwestafrikas/Namibias von Südafrika zu beseitigen. Je länger dieser Zustand bestehe, desto mehr verzögere sich die Verständigung über den Abschluß des Unabhängigkeitsprozesses.

Bonn aber will die Unabhängigkeit Namibias, und demzufolge sollte alles das, was optimale Voraussetzungen dafür schaffen kann, auch geschehen.

Bis zu diesem Zeitpunkt vertrat die Bundesregierung den Standpunkt, daß Hilfsmaßnahmen für Namibia gegen die gebotene Unparteilichkeit verstoßen. Daß dies bereits mehrfach geschah, indem der SWAPO Riesensummen zugeschustert wurden, fand keine Erwähnung.

Durch ihren neuen Staatsminister Jenninger hat die CDU/CSU erklären lassen, auch sie halte „dringende Hilfsmaßnahmen" schon jetzt für geboten. Die anderen Fraktionen befürworten diese Auffassung mehr und mehr. „Die Bundesregierung würde ihrer besonderen Verantwortung für Namibia und seine Menschen in hohem Maße gerecht, würde sie sich ganz bewußt für diesen Weg entscheiden. Er führt in die richtige Richtung." (Siehe: Berichte aus Namibia, Nr. 11/1982, „In die richtige Richtung".)

Der »Gesprächskreis Namibia", in dem Parlamentarier aller Fraktionen des Bundestages zusammengeschlossen sind, die durch ihre Sprecher Dr. Adolf Müller-Emmert (SPD), Dr. Wolfgang Rumpf (FDP) und Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues (CDU/CSU) dort wirksam sind, erklärte, daß die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der westlichen Namibia-Kontaktgruppe zu einer solchen Haltung verpflichtet sei. Der Wortlaut des genannten Briefes sei wegen seiner Klarheit in der Sache hier wiedergegeben.

„Der Gesprächskreis ‚Namibia', dem Parlamentarier aller Bundestagsfraktionen angehören, hat folgende Entschließung gefaßt:

1. Wir begrüßen die Resolution des UN-Sicherheitsrates Nr. 435 sowie die Initiative der Kontaktgruppe der Fünf Mächte für eine baldige Unabhängigkeit Namibias durch freie, faire, international kontrollierte, unabhängige Wahlen. Freie Wahlen und die Unabhängigkeit Namibias verzögern sich jedoch aufgrund der innenpolitischen Entwicklungen in Südafrika einerseits und der Lage in und um Angola andererseits.

Es hat sogar den Anschein, als ob Südafrika in Namibia aufgrund

eigener innenpolitischer Zwänge das Rad der Geschichte zurückdrehen möchte und einem weiteren Abbau der Apartheid in Namibia Einhalt gebieten wird.

2. Fast alle politischen Gruppierungen Namibias und mit ihnen der größte Teil der Bevölkerung des Landes wünschen so schnell wie möglich die Unabhängigkeit Namibias und die vollständige Beseitigung der Apartheid im Lande. Die Bevölkerung Namibias wartet seit 1977 auf diese Unabhängigkeit von Südafrika.

3. Da Namibia noch nicht unabhängig ist, wird dem Land keinerlei öffentliche, technische und finanzielle Hilfe seitens der Bundesregierung gewährt. Auch aus diesen Gründen ist das Land in verstärktem Maße auf Hilfsmaßnahmen aus Südafrika angewiesen. Das begründet weitere und neue Abhängigkeiten.

4. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, ihre Namibia-Politik unverzüglich durch geeignete Maßnahmen zu ergänzen, um die Abhängigkeit Namibias von Südafrika zu verringern und den demokratischen Übergangsprozeß sowie den restlosen Abbau rassendiskriminierender Vorschriften in Namibia zu fördern.

5. Eine derartige Förderung vereinbart sich mit einem unparteiischen Standpunkt, den die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der westlichen Namibia-Kontaktgruppe einnehmen muß. Die Förderung ist ohne Anerkennung der Interimsregierung in Namibia auf Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung ausgerichtet.

6. Im einzelnen sollte die Bundesregierung über Stiftungen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen schon vor der Unabhängigkeit Namibias folgende Ansätze fördern:

a) die multirassische Berufsausbildung in Namibia,
b) die Aus- und Fortbildung der nichtweißen einheimischen Beamten in Namibia,
c) die ausreichende Anzahl an Ausbildungs- und Studienplätze für schwarze und farbige namibische Studenten in der Bundesrepublik,
d) den Anschluß des multirassischen namibischen Sports an den internationalen Sport und die Sportförderung durch deutsche Sportorganisationen,
e) Selbsthilfeprojekte von nichtweißen Einwohnern zur Erwachsenen-, Aus- und Fortbildung,
f) den kulturellen Austausch mit geeigneten Trägern und
g) die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Namibia.

Wir sind sicher, daß sich derartige Maßnahmen positiv auf den

demokratischen Unabhängigkeitsprozeß in Namibia auswirken werden.

Außerdem wird dadurch – unabhängig vom Ausgang der Wahlen – eine positive Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland in Namibia verankert.

Einen Brief gleichen Inhalts haben wir an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit gesandt."

So begrüßenswert diese Initiative ist, so bedauerlich ist es doch, daß sie – wenigstens beim unbefangenen und über die Kenntnis des Landes nicht verfügenden Leser – den Eindruck erweckt, als sei in Südwestafrika/Namibia das System der Apartheid noch in Kraft. Dem ist nicht so! Die in diesem Brief als „Interimsregierung" bezeichnete Regierung Südwestafrikas/Namibias hat in der Nationalversammlung als erstes das „Gesetz über die Aufhebung der diskriminierenden Bestimmungen" erlassen.

Die seit 1978 regierende Gruppe der DTA hat in ihrem Programm folgendes beschlossen: „Wir verpflichten uns unwiderruflich zur vollständigen Abschaffung der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Geschlecht."

Weitere Beschlüsse und Entscheidungen in diesem Sinne und im Sinne einer Ausbildung aller Bewohner des Landes ohne Ansehen der Hautfarbe sind gefaßt und durchgeführt worden.

Trotz der teilweise schiefen Perspektive, die z. B. so erscheint, als müsse der schwarze Sportler in Südwestafrika/Namibia erst in das Sportgeschehen eingeschaltet werden, obgleich er dies seit langer Zeit ist, ist dieser Brief ein erster Schritt hin zu der Anerkennung dessen, daß Südwestafrika/Namibia durch freie Wahlen aller Bürger des Landes unabhängig werden muß und nicht durch SWAPO-Terror, wie eingangs dieses Abschnittes beschrieben.

Das Fazit

Im Juli 1982 legte der UNO-Vertreter Südafrikas dem Weltsicherheitsrat dieser Organisation einen Brief vor. Darin heißt es knapp:

„In der gegenwärtigen heiklen Verhandlungsphase ermuntert die SWAPO-Führung ihre Mitglieder zu folgenden Verbrechen:

1. Ermordung führender Politiker in Südwestafrika/Namibia,
2. Verlegung von Landminen im gesamten Territorium,

3. Anlage von Vorräten an Waffen, Munition und Sprengstoffen im gesamten Territorium,

4. Fortsetzung der Infiltration von SWA/Namibia aus Norden,

5. Fortsetzung von Sabotage- und Gewaltakten gegen die Bevölkerung.“ (Siehe „Rand Daily Mail“ vom 4. Aug. 1982).

Als der Außenminister von Südafrika, R. F. Botha, im Juli 1982 bei seinem Treffen mit Führern der politischen Parteien Südwestafrikas/Namibias in Windhoek eine Zusammenkunft hielt und dabei über den Abschluß der II. Phase der Unabhängigkeitsverhandlungen orientierte, unterstrich er den Wunsch der südafrikanischen Regierung, die noch ausstehenden Fragen so rasch wie möglich einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Damit sollte gewährleistet werden, daß der zur Durchführung der zweiten Phase notwendige Waffenstillstand zwischen SWAPO und Namibia beginnen kann.

Er erklärte aber auch, daß die Unparteilichkeit der UNO garantiert sein müsse, an der bis dahin berechtigte Zweifel aufgekommen waren. Die Klärung der noch offenen Fragen der finanziellen Unterstützung, des Status des UNO-Personals in SWA/Namibia und die Zusammensetzung, Funktion wie die operationellen Aspekte der UNTAG und schließlich der gegenseitige Austausch der Gefangenen sollten gewährleistet sein.

Schon zu dieser Zeit wußte Botha um die SWAPO-Pläne, einflußreiche südwestafrikanische Politiker zu liquidieren und Sabotage gegen öffentliche Versorgungseinrichtungen durchzuführen.

Der Außenminister betonte in dieser Unterredung: »Von der Mentalität, auf die eine solche kaltblütige Anordnung schließen läßt, einmal abgesehen, stellt sich nunmehr die Frage, ob angesichts dieser Todesdrohung gegen Politiker, die nicht die gleiche ideologische Couleur haben wie die SWAPO, überhaupt freie und faire Wahlen in SWA/Namibia gewährleistet werden können.“

Sollte es der SWAPO wirklich gelingen, solche Maßnahmen in die Tat umzusetzen, dann müßte mit weiteren Vergeltungsmaßnahmen gerechnet werden.

„Darüber hinaus“, erklärte Außenminister Botha, „wird sich meine Regierung die Fortsetzung sowohl der weiteren Verhandlungen als auch des bereits laufenden Unabhängigkeitsprozesses vorbehalten.“

Der SWAPO-Vertreter bei den Vereinten Nationen, Theo-Ben

Gurirab, wies die Beschuldigungen, daß die SWAPO führende Politiker Südwestafrikas umbringen wolle, zurück. Er warf der südafrikanischen Regierung vor, diese verbreite böswillige Verleumdungen, um die Verhandlungen über das Territorium zu blockieren. Bothas Erfindungen seien zu dem einzigen Zweck vorgebracht worden, die Aufmerksamkeit von Südafrikas eigenen Verbrechen in Namibia und von dessen ständigen Aggressionen abzulenken. (Siehe SAPA vom 29. und 30. Juli 1982.)

Daß es der SWAPO trotz langjährigen Terrors nicht gelungen ist, auch nur einen Meter südwestafrikanischen Bodens zu „befreien", geschweige denn in Südwestafrika Fuß zu fassen und irgendeinen Stützpunkt auf diesem Territorium zu unterhalten, zeigt deren „Beliebtheitsgrad".

Die verschwindende Minderheit in Südwestafrika, die mit der SWAPO sympathisiert, ist nicht imstande, eine politische Macht zu werden, um auf demokratischem Wege – das heißt über offene Wahlen – die Macht zu erringen. Die SWAPO muß, wenn sie an die Macht kommen will, auf die Karten von Terror und Mord setzen.

Um Südwestafrika vor diesen Angriffen aus dem Norden zu schützen, müssen die vereinigten Truppen Südwestafrikas und Südafrikas die Guerillas weit über die Grenze nach Norden verfolgen.

Das Völkerrecht anerkennt diese Angriffsakte über fremde Grenzen hinweg als Verteidigung. Die Verurteilung trifft, wie bereits erwähnt, Angola, dessen Regierung die Zustimmung zur Anlegung solcher Terroristen-Lager auf *ihrem* Territorium gibt.

In den teilweise dramatischen Verhandlungen der Demokratischen Turnhallen-Allianz mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten P. W. Botha und dessen Außenminister „Pik" Botha wurde schließlich am Wochenende des 20. zum 21. Nov. 1982 Einvernehmen über eine weitere Zwischenlösung für Namibia erzielt.

Die Legislaturperiode der Nationalversammlung und die Amtszeit des Ministerrats wurden abermals verlängert, und zwar bis zum 28. Febr. 1983.

Sollten zu diesem Zeitpunkt keine international überwachten Wahlen in Sicht sein, dann werden in SWA/Namibia interne Wahlen stattfinden. Die aus diesen Wahlen dann hervorgehende Nationalversammlung wird nach der Zusicherung Bothas „über das volle Selbstbestimmungsrecht verfügen und Verfassungskompetenz besitzen".

In Windhoek, wo sich bereits Resignation bemerkbar machte und kleinliche Streitereien auszubrechen drohten, wurde diese Entscheidung mit großer Erleichterung aufgenommen. Nach den Entwicklungen der letzten Monate hatte man hier einen schweren Rückschlag bei Ablauf der Amtszeit befürchtet. Deshalb wird diese Regelung als großer Erfolg für die demokratischen Kräfte Namibias gewertet. Durch diese Entwicklung ist eine neue Phase des Unabhängigkeitsprozesses erreicht, denn nunmehr eröffnen sich für die Zeit nach dem 28. Febr. 1983 neue Perspektiven.

Botha kündigte auch an, daß der amtierende Generaladministrator Danie Hough durch Dr. Willy von Niekerk abgelöst werden würde, was nach weiterer Verständigungsbereitschaft aussieht.

Die Gespräche zwischen Pik Botha und dem Vorsitzenden des Ministerrats, Dirk Mudge, waren sehr heftig, aber Mudge erreichte sein Ziel: die Zusicherung des Selbstbestimmungsrechts gibt der neuen Nationalversammlung die Möglichkeit, die Interimsverfassung zu verabschieden, die den von der DTA eingeschlagenen Weg erleichtern würde, denn damit wäre die Bindung an die südafrikanische Verwaltungsvorschrift AG 8 entfallen.

Gegen diese Vorschrift hatte sich die DTA bereits seit geraumer Zeit entschieden gewandt und ihre Ergänzung oder Abschaffung gefordert.

Die in dieser Vorschrift enthaltene faktische Möglichkeit für einzelne Bevölkerungsgruppen, weitgehende Befugnisse zu erlangen, konnte vor allem von den konservativen Kräften als Instrument zu einer versteckten Apartheidspolitik genutzt werden.

Obwohl die Zentralregierung Südwestafrikas die Rassentrennung vollständig abgeschafft hatte, bot dieses Papier AG 8 der Exekutive einzelner Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, die entsprechenden Gesetze zu umgehen. Dadurch wiederum war das Bemühen der DTA, das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu erringen, in bedenklicher Weise unterminiert.

Nach der Auffassung der DTA sollten die Verwaltungen der zweiten Ebene nur noch für den öffentlichen Landbesitz, die Künste und Kultur zuständig sein. Alle übrigen Kompetenzen seien der Zentralregierung zu übertragen.

Vor allem aber forderte die DTA, daß die immer wieder betriebene obligatorische Einteilung der namibischen Bevölkerung in ethnische Gruppen beseitigt werden müsse, denn nur dann könne Namibia eine Nation werden.

Die Spannungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates von Namibia und Chef der Demokratischen Turnhallen-Allianz, Dirk Mudge, und der südafrikanischen Regierung verstärkten sich Ende 1982 dramatisch. Die DTA-Politiker warfen der Regierung Südafrikas vor, den Spielraum des Ministerrates in Namibia mehr und mehr einzuengen.

Südafrika wiederum war enttäuscht, daß es der DTA nicht gelungen war, den Zusammenhalt zu wahren. Die Abkehr vieler früherer Anhänger, unter ihnen auch der Ovamboführer Peter Kalangula von der DTA, hatte die Situation in Südwestafrika/Namibia verschärft.

Peter Kalangula war vor Jahresfrist bereits aus der DTA ausgeschieden und hatte mit dem ebenfalls ausgetretenen Werner Neef, Mitbegründer der Republikanischen Partei, eine rein schwarze Nationalpartei der Ovambos gegründet. Zwar erklärten Kalangula und sein weißer Berater Neef, daß ihre Partei, die CDA, nicht auf der Basis der Volksgruppenzugehörigkeit arbeite, dennoch ist sie eine reine Ovambopartei wie die SWAPO auch, deren nicht militanter Flügel ja in Windhoek geduldet wird. Dieser Schritt Kalangulas verstärkte die Furcht der kleinen Stämme, von dem großen Bruder, den Ovambos, majorisiert zu werden, die ja immerhin etwa die Hälfte der Bewohner des Landes stellen.

Auf den Rücktritt von Dirk Mudge am Dienstag abend, dem 18. Jan. 1983, von seinem Amt als Vorsitzender des Ministerrates reagierte der Generaladministrator in Windhoek, Daniel Hough, sofort und entschlossen, indem er die 1978 gewählte Nationalversammlung auflöste.

Die seit dem Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha in Windhoek zur Untätigkeit aufklaffenden Unstimmigkeiten, wie sie Ende November 1982 offenbar wurden, stammten nach den Bekundungen Mudge's aus dem Verhalten Pretorias, das der Ministerratsvorsitzende als unwürdig und beleidigend empfand. Mudge darüber:

„Ich sehe es als Vorsitzender des Ministerrates als demütigend an, wenn der Generaladministrator gegen ein von der Nationalversammlung beschlossenes Gesetz über die Abschaffung einiger in der Republik Südafrika begangener Feiertage sein Veto einlegt."

Dies sei, so wiederum Mudge, nur als Demonstration gedacht, um darzutun, daß der südwestafrikanische Ministerrat nicht viel wert sei.

Mudges Amtszeit wäre ohnehin am 28. Febr. 1983 abgelaufen.

Südafrika zeigte mit dieser Maßnahme, daß nach wie vor ihr Generaladministrator in Namibia das letzte Wort hat und die entscheidende Instanz ist. Er wird nun wieder auf unbestimmte Zeit sämtliche Befugnisse übernehmen und die Regierungsgewalt ausüben.

Dies wiederum kommt der westlichen Fünfer-Kontaktgruppe zugute, denn diese hat mit ihren Vorschlägen einer Unabhängigkeitswahl unter Aufsicht der UNO nunmehr bessere Voraussetzungen gewonnen. Ihre Bemühungen kamen denn auch zunächst gut voran, trotz der Forderung von US-Präsident Reagan, daß zuerst ein Abzug aller kubanischen Truppen aus Angola erfolgt sein müsse, ehe Wahlen abgehalten werden könnten.

Mudge, darüber sind sich die Kenner der Sachlage klar, war gescheitert. Er hatte außer acht gelassen, daß Südafrika die Entwicklung einer politischen Richtung hin zu rhodesischen Mustern in Südwestafrika nicht zulassen werde, da sie das Land in ein Chaos stürzen würde.

Mudge war sich offenbar nicht darüber im klaren, daß er und sein Ministerrat allein gegen die Mächtigen im Kreml und ihre Helfer keine Überlebenschance hatten.

Südafrika ist nur dann bereit, das von ihm verwaltete und gut entwickelte Südwestafrika in die Unabhängigkeit zu entlassen, wenn dem Lande internationale Garantien gegeben werden, daß bei Wahlen keine Pressionen von außen erfolgten, die das Ergebnis der Wahl verfälschen würden. Das heißt im Klartext, daß die Hauptforderung auf den Abzug der über 20 000 Kubaner sowie der tausende Instruktoren und Helfer der Nationalen Volksarmee der DDR und der UdSSR aus Angola zielt. Doch der Kreml denkt überhaupt nicht daran, eine so leicht erworbene Position preiszugeben. Und *dies* ist der Punkt! Unter dem Schutz dieser Streitmacht wäre die SWAPO imstande, jede Wahl in Südwestafrika entscheidend zu beeinflussen und nach Lage der Dinge – der Zerstrittenheit der Parteien der Turnhallen-Allianz – den Sieg an sich zu reißen.

Es besteht eine vage Möglichkeit, daß Dirk Mudge einen Versuch unternehmen wird, ein anderes Mitglied seines Kabinetts zum Vorsitzenden des Ministerrats wählen zu lassen. Dafür kämen zwei

Persönlichkeiten in Frage: Dr. Benjamin Africa, der die Rehoboth/ Basters führt, oder der Oberhäuptling der Herero, Kuaima Riruako. Doch damit wäre nicht viel gewonnen, denn ohnehin geht die Legislaturperiode am 28. Febr. 1983 zu Ende.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, daß die südafrikanische Regierung eine neue „interne" Wahl – wie 1978 – noch im Jahre 1983 durchführt und daß die aus diesen Wahlen hervorgehenden Repräsentanten eine neue Regierung bilden.

Eines steht felsenfest: die südafrikanische Wehrmacht ist nicht bereit, Südwestafrika preiszugeben, bevor nicht sämtliche Ostblocktruppen aus Angola abgezogen sind. Das Weiße Haus und Präsident Reagan denken ebenso, und auch Chester Crocker, der Afrikabeauftragte des US-State Departements, erklärte Mitte Januar 1983 in Harare, Zimbabwe, daß vor dem Abzug der Kubaner aus Angola keine Wahlen unter Aufsicht der UNO stattfinden würden.

Dies steht nicht zu erwarten, denn für den Fall, daß die Kubaner und Söldner aus Angola abzögen, würde dort binnen weniger Wochen der nationalgesinnte Guerillaführer Dr. Jonas Savimbi mit seinen Truppen die Macht übernehmen, die SWAPO hinauswerfen, und diese stünde ohne ihre Stützpunkte auf verlorenem Posten. Dies wäre denn auch die große Chance für einen Sieg der antikommunistischen Parteien in Windhoek. Aus diesem Grunde ist aber eine solche Möglichkeit nicht in Sicht.

Es sieht tatsächlich so aus, als sollte es noch in diesem Jahr zu einer neuen Ersatzwahl kommen, die nur von den westlichen Beobachtern überwacht und von der SWAPO – wie jene Wahlen des Jahres 1978 – boykottiert würde. Auf dieser neuen Wahl wird es dann darum gehen, wer die stärkste Partei wird, die DTA oder Peter Kalangulas Christlich-Demokratische Aktion.

Die internationale Politik und die Massenmedien, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen, haben den weißen Süd- und Südwestafrikanern seit Jahren eingehämmert, daß sie kapitulieren müßten. Dies aber würde das Ende von Südafrika und auch jenes von Südwestafrika bedeuten und wird deshalb niemals von der Regierung in Pretoria akzeptiert werden. Niemand, der auch nur halbwegs bei Verstand ist, schneidet sich selber den Hals durch und glaubt auch noch, es mache ihm nichts aus.

Die UNO ist bis heute noch nicht von der Bevorzugung der SWAPO abgerückt, trotz hunderter Meldungen über blutigen Terror und Massenmord. Sie erkennt nach wie vor die SWAPO als

„einzige authentische Vertreterin des namibischen Volkes“ an. Und auch das Bundesaußenministerium der Bundesrepublik Deutschland setzt immer noch auf die Karte der SWAPO. Käme diese SWAPO an die Macht, dann wäre der afrikanische Kontinent um eine kommunistische Diktatur reicher und besäße ein Hungerland mehr, das auf Gnade oder Ungnade den internationalen Hilfsorganisationen anheimfallen würde.

Bliebe als einziger Wunsch aller jener, die diese Entwicklung im Süden Afrikas mit Sorge beobachten, den Männer in Südafrika, die Verantwortung tragen, mit auf den Weg zu geben, daß diese politische Verantwortung nur dann optimal und zum Wohle der beiden Länder Südwestafrika/Namibia und Südafrika ausgeübt werden kann, wenn alle miteinander gehen. Die kleinlichen Zänkereien sind zu unterlassen, es ist auch einmal an der Zeit, einen Pflock zurückzustecken, wenn es darum geht, an das Wohl und Wehe des gesamten Landes zu denken.

Nur das geschlossene, einheitliche und einstimmige Auftreten in der Öffentlichkeit und im internen Kreise vermag die Welt davon zu überzeugen, daß Südwestafrika/Namibia auf dem richtigen Wege ist. Alle gewählten Vertreter dieses heißumkämpften Landes, ob sie nun schwarzer, brauner oder weißer Hautfarbe sind, müssen – wenn es um das Wohl des eigenen Landes geht – mit *einer* Zunge sprechen und *eines* im Auge behalten und unbeirrbar darauf zusteuern:

Die gesicherte Zukunft Südwestafrikas/Namibias, Freiheit und Gleichberechtigung für alle Bürger, in einem freien Staat.

Anlagen

Die Proklamation Nr. AG 21: Einsetzung einer Nationalversammlung für Südwestafrika vom 14. Mai 1979

Die Hauptbestimmungen dieser Proklamation lauten:

1. (1) Die Versammlung ist vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Proklamation befugt,
   a) Gesetze für das Land zu beschließen, die „Gesetze" heißen.
   b) Durch ein solches Gesetz jede Rechtsverordnung mit Einschluß der Gesetze, die vom Parlament der Republik von Südafrika erlassen sind, soweit sie sich auf das Land beziehen oder im Lande gelten oder mit der Verwaltung des Landes in Verbindung stehen oder mit der Verwaltung von Angelegenheiten durch irgendeine Obrigkeit in diesem Lande, zu ändern oder zu widerrufen.
2. (2) Die Versammlung ist nicht befugt, Gesetze zu erlassen, die den internationalen Status des Landes verändern oder
   a) Artikel 38 des Gesetzes, die Verfassung von Südwestafrika betreffend, 1968, und Artikel 39 von 1968,
   b) die Proklamation 180 von 1977 und 181 von 1977 des Staatspräsidenten,
   c) irgendeine Bestimmung dieser Proklamation außer Artikel 25 (Disziplinarangelegenheiten die Nationalversammlung betreffend – EG),
   d) Proklamationen, die nach dem festgesetzten Datum kraft des genannten Artikels 38 oder der genannten Proklamationen 181 von 1977 erlassen werden und in denen ausdrücklich bestimmt wird, daß sie nicht durch die Versammlung widerrufen oder abgeändert werden können, abzuändern oder zu widerrufen.
3. Die Versammlung kann
   a) dem Generaladministrator Gesuche, Empfehlungen und Vorschläge vorlegen in Bezug auf Richtlinien, welche die Versammlung befolgt, oder Maßnahmen, die sie im Hinblick auf jede mögliche Angelegenheit, die das Land angeht, wünscht

b) den Generaladministrator beraten oder ihm Vorschläge machen, die seine Erlasse betreffen, aber auch eigene Initiativen dazu entwickeln, um die Änderung oder Aufhebung von Gesetzen zu erreichen, wie sie im Unterartikel 2 beschrieben sind. Sie kann auf die Ausübung von Regierungsgeschäften einwirken, die durch den Generaladministrator oder eine andere Obrigkeit im Lande oder in bezug auf das Land wahrgenommen werden.

4. Der Generaladministrator ist nicht verpflichtet, Gesuche, Empfehlungen, Vorschläge oder Rat, die kraft Unterartikel 3 von der Versammlung vorgelegt werden, zu befolgen.

5. In den Unterartikeln 3 und 4 bedeutet „Versammlung" im Hinblick auf die Befugnisse, die in Paragraph b des Unterartikels 3 der Versammlung verliehen sind, auch eine Körperschaft, die aus Mitgliedern der Versammlung besteht und von der Versammlung auf Empfehlung des Generaladministrators bestimmt ist. (Gedacht ist hier an eine Art von Kabinett (den Generaladministrator-Rat), das aus elf Mitgliedern der Nationalversammlung bestehen soll. – E. G.)

Die Zusammensetzung der Versammlung

4. (1) Die Versammlung besteht aus mindestens 50 und höchstens 65 Mitgliedern, die vorbehaltlich der Bestimmungen in Artikel 6 lauter Personen sind, die unmittelbar vor dem festgesetzten Datum Mitglieder der „Verfassunggebenden Versammlung" waren oder in diesen Tagen oder danach infolge Anwendung des Artikels 7 (4) Mitglieder der Versammlung werden.

4. (2) Die Versammlung besteht aus 50 gewöhnlichen Sitzen, nämlich den Sitzen, die unmittelbar vor dem festgesetzten Datum Sitze der Verfassunggebenden Versammlung waren, und höchstens 15 zusätzlichen Sitzen, die zu irgendeiner Zeit kraft Unterartikel 4 durch die Versammlung politischen Organisationen zuerkannt werden.

11. (1) Wahl des Präsidenten

Beim ersten Zusammentreten der Versammlung liest der

Sekretär die Proklamation vor, die der Generaladministrator kraft Artikel 27 erlassen hat, und der Generaladministrator eröffnet die Versammlung.

Vorlage der von der Nationalversammlung angenommenen Gesetze beim Generaladministrator

18. (3) Der Generaladministrator kann statt der Unterzeichnung des ihm aufgrund des Unterartikels 2 vorgelegten Gesetzes Veränderungen an diesem Gesetz vorschlagen, die er für notwendig und dem Gesetz dienlich erachtet, und diese der Versammlung vorschlagen.

20. Gültigkeit der Gesetze der Nationalversammlung.
Kein Gerichtshof ist befugt, Untersuchungen über ein Gesetz durchzuführen oder ein Urteil darüber auszusprechen, nachdem es von der Versammlung angenommen und vom Generaladministrator unterzeichnet wurde.

22. Der Generaladministrator kann der Versammlung Gesetzentwürfe übermitteln.
Der Generaladministrator kann der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, falls er für wünschenswert hält, daß ein solcher Entwurf vorgelegt werden sollte.

24. Bestehende Gesetze bleiben in Kraft.
Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Proklamation bleiben alle Gesetze, die vor dem festgesetzten Datum im Lande Gültigkeit gehabt haben, so lange gültig, bis sie von einer zuständigen Obrigkeit widerrufen oder abgeändert werden.

Mit dem ersten Zusammentreten der Nationalversammlung von Südwestafrika/Namibia und der Wahl ihres Präsidenten, Johannes Skrywer, war die Verfassunggebende Versammlung aufgelöst. Ziel dieser Nationalversammlung war es, „Stabilität zu schaffen, das Vertrauen der Menschen Südwestafrikas/Namibias untereinander und aller Außenstehenden in uns zu festigen und zu vergrößern; die Nationalversammlung soll den Weg zur Unabhängigkeit mit friedlichen demokratischen Mitteln nicht nur vorbereiten, sondern ihn auch weiter beschreiten; sie soll den Menschen von Südwestafrika/Namibia das Selbstbestimmungsrecht über ihr eigenes Schicksal und über ihre Zukunft geben. Und alles das möglichst in vollem

Einvernehmen mit der ganzen Welt." (Siehe Gauerke, Erno in: A. D. K. – Informationen 1/1979).

Parteien und Gruppen, die in der Nationalversammlung vertreten sind.

Sämtliche Parteien, die an der ersten freien Wahl in Südwestafrika/Namibia im Dezember 1978 teilgenommen haben, sind neben den Organisationen, die daran beteiligt waren, in der Nationalversammlung vertreten.

Es sind dies: Die Demokratische Turnhallen-Allianz DTA, die 41 der 50 Sitze auf sich vereinigen konnte. Die Opposition besteht in der Aktionsfront für die Beibehaltung der Turnhallen-Grundsätze AKTUR, die über sechs Sitze verfügt. Hinzu kommt die Wiedergegründete Nationale Partei HNP, die einen Sitz errang, die Befreiungsfront LF und die Christlich-demokratische Partei Namibias NCDP, die beide ebenfalls je einen Sitz erhielten. Damit verfügt die Opposition über 9 der 50 Sitze.

Für alle jene Parteien und Organisationen, die nicht an den Dezemberwahlen teilgenommen haben, also auch für die SWAPO-D, jenen im Lande gebliebenen demokratischen Flügel der SWAPO, und für die Namibia National Front NNF, stehen auf Antrag entsprechende Anteile von den geplanten zusätzlichen 15 Sitzen zur Verfügung. Diese lehnten jedoch eine Teilnahme ab.

Die Verteilung der Sitze auf die elf Volksgruppen des Landes stellt sich folgendermaßen dar: Die acht größten Volksgruppen erhalten jeweils vier Sitze und die drei kleinsten jeweils drei Sitze. Das heißt: alle elf Volksgruppen sind in der DTA, die ihre Dachorganisation ist, vertreten.

Die Zusammensetzung der Nationalversammlung von Südwestafrika/Namibia

Die *Demokratische Turnhallen-Allianz* ist vertreten mit:
Buschmann-Allianz unter G. Kashe mit drei Buschmann-Abgeordneten.
Caprivi-Allianz unter A. M. Limbo mit vier Caprivi-Abgeordneten.
Demokratische Turnhallen Party unter D. Luipert mit vier Nama-Abgeordneten.
Kavango-Allianz unter R. Ngondo mit vier Kavango-Abgeordneten.
Labour-Party unter J. J. J. Julius mit vier Farbigen-Abgeordneten.
National Democratic Party unter T. J. Imbili mit vier Ovambo-Abgeordneten.
National Unity Democratic Organisation unter K. Riruawo mit vier Herero-Abgeordneten.
Rehobot Baster Vereniging unter Dr. B. Africa mit drei Baster-Abgeordneten.
Republikanische Partei unter D. F. Mudge mit vier weißen Abgeordneten.
SWA Peoples' Democratic United Front unter E. Christi mit vier Damara-Abgeordneten.
Unity Party unter G. K. Tibinyane mit drei Tswana-Abgeordneten.
Ferner die:
Herstige Nasionale Party unter S. Becker (Weißer) mit einem Abgeordneten.
Liberation Front unter H. Diergaardt (Baster) mit einem Abgeordneten.
Liberal Party unter A. J. F. Kloppers (Farbiger) mit einem Abgeordneten.
National Christian Democratic Party unter H. Röhr (Weißer) mit einem Abgeordneten.
Aktionsfront zur Erhaltung der Turnhallengrundsätze mit:
Nasionale Party unter J. Pretorius mit vier weißen Abgeordneten.
Rehoboth Bevryding Party unter A. Diergaardt (Baster) mit einem Abgeordneten.

Der Ministerrat der Nationalregierung von Südwestafrika/Namibia

Vorsitzender Dirk F. Mudge, Weißer

Mitglieder und Volksgruppen:

Dr. B. Africa	–	Baster
G. Kashe	–	Buschmann
P. M. Limbo	–	Caprivianer
E. Christi	–	Damara
J. J. J. Julius	–	Farbiger
K. Riruako	–	Herero
R. Ngondo	–	Kavango
D. Luitpert	–	Nama
T. J. Imbili	–	Ovambo
G. K. Tibinyane	–	Tswana
H. J. von Hase	–	Weißer

Die Volksgruppen Südwestafrikas

Die Baster

In Südwestafrika gibt es drei Volksgruppen, die den Namen Baster für sich beanspruchen. Es sind dies:

1. Die Vilanders von Rietfontein und Mier jenseits der Südwestgrenze bei Aroab.
2. Die Klaas Swart-Basters von Grotfontein-Süd im Distrikt Maltahöhe.
3. Die Basters von Rehoboth.

Die Hauptgruppe sind die Rehoboth-Basters, die sich unter der Führung von Hermanus van Wyk und ihres deutschen Missionars Pastor Heidmann 1870 in Rehoboth niederließen. Sie sind Nachkommen von weißen Vätern und Khoe-Khoe-Müttern (Herero). Es ist wichtig zu erklären, daß die führenden Basterfamilien aus gesetzlichen Ehen zwischen Weißen und Nichtweißen hervorgegangen sind. Von ihren 37 Stammvätern war etwa ein Drittel deutscher Abkunft.

Die Haussprache der Basters ist Afrikaans; einige Familien sprechen englisch und deutsch.

Der Gesetzentwurf für die Selbstregierung für Rehoboth aus dem Jahre 1975 besagt, daß der Kaptein durch das Volk gewählt wird.

Dieser ernennt zwei Personen zu Kapteinsratsmitgliedern.

Alljährlich im Januar wählen die Rehobother Bürger einen aus sechs Mitgliedern bestehenden Volksrat.

Die Buschmänner

Sie entstammen einer uralten Menschenrasse aus der Spätsteinzeit. Sie sind die ältesten Einwohner von Südwestafrika. Ihren Namen erhielten sie von den ersten europäischen Siedlern. Ihre korrekte völkerkundliche Bezeichnung lautet „Khoi-San".

Die in Südwestafrika lebenden Buschmänner unterteilen sich in drei Hauptgruppen. Es sind dies:

1. Die Ikhu, die als größte Buschmanngruppe gilt, die wiederum in drei Untergruppen aufgeteilt ist.
2. Die Khu-sprechenden Buschmänner, die ebenfalls drei Untergruppen aufweisen.
3. Die Süd- oder Kapbuschmänner, die heute fast ausgestorben sind und nur noch auf etwa 300 Seelen geschätzt werden.

Seit der Mitte der sechziger Jahre bestehen zwei Heimatländer für die Buschmänner. In West-Caprivi wurden 587 671 Hektar Landes für die Buschmänner vorbehalten, auf denen in der Hauptsache Mbarakwengo-Buschmänner leben. Im Buschmannland selber, im Nordosten des Landes, unterhalb von Kavango sind es 1 805 000 Hektar Landes, auf denen die übrigen Buschmannstämme leben.

In Tsumkwe, dem Hauptort des Landes, besteht ein Beratungsbüro, das die Aufgabe hat, die Klein- und Großviehwirtschaft in diesem Gebiet einzuführen und die Buschmänner in der Viehzucht zu unterrichten.

Diese Volksgruppe erhält zum erstenmal in ihrer langen Geschichte die Gelegenheit, eine direkte Vertretung in die Turnhalle zu entsenden.

Die Caprivianer

Der Caprivistreifen ist nach Reichskanzler Graf Leo von Caprivi di Montecuccoli benannt. Dieser schmale Landstreifen führt entlang des 18. Breitengrades etwa 450 Kilometer weit nach Osten bis zum Sambesi. Er wird in drei Hauptzonen eingeteilt: Westcaprivi, Ostcaprivi und Mafeveld.

Die Menschen, die hier leben, gehören einer Reihe von Stämmen an, von denen die zwei größten die Masubay und die Mafwe sind.

Die kleineren Stämme sind die Mayeyi, die Matotela, die Mashe und die Mbukushu.

Dem obersten Häuptling standen in der alten Geschichte dieses Landes der Ngambela als erster Minister und eine Anzahl Ratsleute zur Seite. Die „Kuta“ war die zentrale Macht.

Seit den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts herrscht in Caprivi Selbstbestimmung in inneren Angelegenheiten mit einer Gesetzgebenden Versammlung in Ngwezi. Die wichtigste Stadt in Ostcaprivi ist jedoch Katimo Mulilo am südlichen Ufer des Sambesi als adminstrative Hauptstadt mit einem Flugplatz, einem Elektrizitätswerk, Krankenhäusern und mehreren Schulen.

In den Schulen wird Lozi gelehrt, während in den Dörfern die jeweiligen Stammessprachen gesprochen werden. Lozi aber ist jene Amtssprache, mit der sich alle untereinander verständigen können.

Die Vertreter Caprivis waren in der Turnhalle herzlich willkommen, weil es erstmalig gelang, mit ihnen Entwicklung und Fortschritt dieses noch weitgehend unberührten Landesteiles in Angriff zu nehmen.

Die Damara

Die Bezeichnung Damara ist der Namasprache entlehnt, kann aber auf die Form Ilama aus der Urbantusprache zurückgeführt werden, was „schwarz“ bedeutet. Der ursprüngliche Name, mit dem sich dieses Volk bezeichnet, lautete Nu-Khun oder „schwarze Menschen“.

Sie gehören keiner Bantu-Sprach- oder Rassengruppe an, sondern sind eine negride Gruppe von besonders dunkler Hautfarbe. Diese Farbe gilt bei ihnen als Schönheitsideal.

Obgleich sie heute Dialekte der Namasprache sprechen, gibt es in diesen Dialekten immer noch eine Anzahl Wörter ihrer alten verschollenen Sprache. Nach ihrer eigenen Überlieferung haben die Damara lange vor der Einwanderung der Khu-Khun, der Nama, in Südwestafrika gelebt. Diese Damara wurden in früheren Zeiten von den Khu-Khun und den Hereros unterdrückt und auch als Sklaven gehalten. Dies veranlaßte viele von ihnen zur Flucht in die Berge; von daher stammt die Bezeichnung Bergdamara.

Von den etwa 80 000 Damara leben 40 % in Damaraland. Der Großteil wohnt in den Städten des Landes, vor allem in Windhoek, Walvis Bay, Otavi und Tsumeb als Arbeiter.

Alle zwei Jahre werden seit 1949 Stammesversammlungen abge-

halten. In den letzten Jahren finden diese Versammlungen alljährlich statt. Von hier aus bis zu dem 1967-68 gegründeten Damara-Exekutiv-Komitee mit K. H. Conradie als erstem Generalsekretär war es nur ein Schritt. Heute wird diese Organisation von Kaptein Kharuxab von Otjimbingue geführt. Die erste Damara-Partei wurde am 21. Okt. 1974 unter dem Namen Damara United Front gegründet, die ihren Namen 1978 in South West Africa People's Democratic United Front änderte. Mit mehreren anderen Damara-Organisationen bildet sie die Damara-Abordnung zur Turnhallen-Konferenz.

Die Farbigen

Die Farbigen von Südwestafrika/Namibia sind verschiedenen Ursprungs. Sie stammen einmal aus der Vermischung von Nama und Herero mit Weißen, insbesondere in Südwestafrika und hier mit Deutschen, zum anderen aus der Vermischung zwischen Farbigen und verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes, besonders mit den Nama.

Man kann die ursprünglichen Vorfahren der Farbigen auf das Entstehen einer Rasse gemischter Herkunft nach der Niederlassung der Weißen am Kap der guten Hoffnung zurückführen. Von dort aus kamen in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts Kap-Farbige über den Oranjefluß und ließen sich in den städtischen Gebieten von Südwestafrika nieder.

Jedermann in Südafrika, der sich aufgrund seiner gemischtrassigen Herkunft in der einen oder anderen ethnischen Gruppe nicht zu Hause fühlte, wurde von der Gruppe der Farbigen aufgenommen.

Beinahe jede südwestafrikanische Stadt hat ein Wohngebiet für Farbige. Auf dem Lande sind Farbige nicht sehr oft anzutreffen. Dies liegt in ihren Berufen begründet. Sie arbeiten als Lehrer und Krankenschwestern, als Mechaniker, Maurer, Tischler und in anderen Handwerksberufen.

Sie sprechen in der Hauptsache Afrikaans und gehören einer christlichen Religion an. Nach den Schätzungen von 1978 leben in Südwestafrika etwa 35 000 Farbige, deren wichtigste Entwicklung auf politischem Gebiet darin liegt, daß sie durch J. J. J. Julius in der Nationalregierung vertreten sind.

Die Herero

Die eigentlichen Herero oder Ovaherero sind die Tjimba des Kaokoveldes und die Mbanderu, ein kleiner, aber wichtiger Stamm der Herero.

Die Herero sind Rinderhirten gewesen. Die ganze Existenz der Herero, ihr Ansehen und ihre Macht ebenso wie ihr Leben und Tod dreht sich um Rinder. Heute werden immer noch Rinder als wirtschaftlich wichtigster Besitz betrachtet.

Vom nach der Legende allerersten Vorfahren der Hereros, Mukuru, stammt das Feuer. Seine Frau Kamungarunga war an dieser Schenkung beteiligt.

Die Tjimba des Kaokoveldes glauben, daß sie aus dem Omutati-Baum entsprungen sind. Die eigentlichen Ovahereros sehen in dem Omumborombonga-Baum den Ursprung ihres Lebens. Dies in Anlehnung an ihren Glauben, daß auch Mukuru und seine Frau Kamungarunga einem Urbaum entsprossen sind.

Die Herero hatten in ihrem Oberhäuptling Clemens Kapuuo einen fähigen Mann in Windhoek. Nach seiner Ermordung durch die SWAPO hat Kuaima Riruako seinen Platz eingenommen. Riruako ist Vorsitzender der Hereros im Ministerrat der Nationalregierung, und das gesamte Volk der Herero steht geschlossen hinter ihm und lehnt jeden Versuch, einen kommunistischen Staat zu schaffen, kategorisch ab.

Das Gebiet der Herero liegt im nördlichen Osten des Landes unterhalb von Buschmannland.

Die Kavangos

Das wasserreiche Land Kavango, ostwärts von Ovamboland gelegen, ist die Heimat der Kavangos. Diese bewohnen ein Areal von 4,17 Millionen Hektar Landes; es wird vom Okavangofluß bewässert, der die natürliche Grenze zwischen Angola und Südwestafrika/Namibia bildet.

Das Volk der Kavangos besteht aus fünf Stämmen, und jeder Stamm ist wiederum in Sippen und Linien unterteilt. Diese fünf Stämme wohnen entlang den Ufern des Okavango, von Ost nach Westen in dieser Reihenfolge: die Mbukushu, Cciriko, Sambyu, Mbunza, Kwangali.

Jeder Stamm bildet eine autonome Einheit, die von einem oder mehreren Kapteinen geführt wird. Ihnen stehen Amtsträger und Ratgeber zur Seite, die sich aufgrund alter Stammestradition aus

den Familienmitgliedern des Kapteins zusammensetzen.

Der Kaptein ist der Sachwalter des gemeinschaftlichen Landbesitzes seines Volkes und zugleich dessen Vater und Beschützer.

Zwei Dialekte der fünf Kavangostämme sind zu vollwertigen Sprachen entwickelt, die von allen fünf Kavangostämmen gesprochen werden: das RuKwangari und das ThiMbukushu. Eine dritte Sprache, das RuCciriku wird demnächst die dritte amtliche Sprache werden.

Seit 1968 besteht in Kavango die Selbstverwaltung, die eine Verbindung von traditioneller Stammesordnung und notwendigen westlichen Institutionen darstellt.

Die Föderation Kavango umschließt alle Kavangostämme, doch jeder Stamm behält seine innere Autonomie und entsendet sechs Vertreter in die zentrale gesetzgebende Versammlung.

Die Nama

Bisher war im allgemeinen Sprachgebrauch für sie der Name Hottentotten üblich. Da aber diese Bezeichnung nicht aus der eigenen Sprache dieses Volkes kam und von den Nama abgelehnt wurde, nahm man im wissenschaftlichen und amtlichen Bereich dafür die Bezeichnung „Khu-Khun", was soviel wie „die eigentlichen, wahren Menschen" bedeutet.

Sie bestehen aus einigen Untergruppen, von denen die Nama(n) und die Oorlam-Stämme in Südafrika leben.

Insgesamt bestehen die Nama aus neun Stämmen. Es sind dies:
Die Gai-Ilkhaun oder Rote Nation von Hoachanas,
die Gami-I-nun oder Bondelswarts im äußersten Süden,
die IAonin oder südliche Topnaar, im Kuiseb-rivier und bei Walvis Bay,
die Gomén oder nördlichen Topnaar von Seesfontein,
die Kahara-khun, auch Franzmann-Hottentotten oder Simon-Koper-Leute genannt, in der Auob-Gegend und in Botswana,
die IlHaboben oder Feldschuhträger aus Koes,
die Ilo-gain oder Groot Doden, die heute fast ausgestorben sind,
die IlKhau-Igoan oder Swartboois von Franzfontein,
die Kharo-!oan oder Keetmanshooper.

Nach den Vorschlägen der Odenaal-Kommission wurden im Jahre 1966 und später verschiedene Reservate zum sog. Namaland konsolidiert. Heute besteht ein Zentraler Rat, in dem einige

Stammesregierungen vertreten sind. Auf der Verfassungskonferenz in Windhoek waren die Khu-khun vertreten. Im Ministerrat werden die Nama durch D. Luitpert vertreten.

Die Ovambo

Die Ovambos sollen nach den Forschungsergebnissen von den großen Seen Mittelafrikas nach Südwestafrika gewandert sein. Sie erheben auf eine nahe Verwandtschaft mit den Herero Anspruch, auch wenn sie von einem der Brüder abstammen und die Hereros von dem anderen, „die sich am großen Omborombongabaum trennten, wo Nangombe, der Stammvater der Ovambos, seine Schar ins heutige Ovamboland führte, während sein Bruder Kathu die Herero auf der Suche nach frischen Weiden für die Herden weiterführte."

Die Ovambos, die ihre Wohngebiete selber wählten, wobei es zu Kämpfen untereinander und gegen die Buschmänner kam, die damals bereits dieses Gebiet bewohnten, kamen jedoch sehr rasch zur Ruhe. Sie waren nicht in jene blutigen Kriege verwickelt wie beispielsweise die Herero und Hottentotten. Ovamboland im Norden wurde nach der Besetzung durch Deutschland integrierter Teil der Kolonie Deutsch-Südwestafrika, wenngleich es keine Dokumente darüber gibt, daß Ovamboland direkt von Deutschen verwaltet wurde.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges gab es hier einen Rat der Häuptlinge. Die verschiedenen Stämme der Ovambos sind: Die Kwanyama, Ndonga, Kwambi, Ngandjere, Mbalantu, Kwaluudhi und Nkolonkaadhi Eunda. Der Cunenefluß ist für sie gleichbedeutend mit einem großen Eiweißreservoir, denn der Fischreichtum dieses Flusses ist groß.

T. J. Imbili sitzt im Ministerrat der Nationalregierung und vertritt hier das Volk der Ovambos, das über vier Sitze verfügt.

Die Tswana

Früher Betschuanen genannt und nur etwa 5000 Seelen stark, sind die Tswana die kleinste Volksgruppe von Südwestafrika/Namibia. Sie gehören zu den Sotho-Tswana-Völkern und sind dementsprechend Bantu.

Sie zogen bereits im 14. und 15. Jahrhundert in ihre heutigen Wohngebiete im Osten des Landes. Damit zählen sie zu den ersten Völkern, die den Sambesi nach Süden überschritten.

Ihre Hauptwohngebiete sind heute der Raum Aminuis (ostwärts Rehoboth) und Epukiro.

Unter den Raubzügen der Nama leidend, haben sich die Tswana ständiger Übergriffe erwehren müssen, waren jedoch niemals in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt, die sich gegen die Kolonialmächte richteten.

Unter der deutschen Schutzherrschaft wurden sie als selbständige Gruppe anerkannt. Sie blieben dies auch unter der Mandatsherrschaft Südafrikas.

Da die Hauptwohngebiete der Tswana an Botswana angrenzen, sprechen sie eine gemeinsame Sprache mit den Botswanern, ohne sich allerdings zu ihnen gehörig zu fühlen. Im Gegenteil fühlen sie sich Südwestafrika/Namibia zugehörig und werden im Ministerrat von G. K. Tibinyane vertreten. Sie gelten als besonders intelligent und allem Neuen aufgeschlossen, ohne jedoch ihre eigene Sprache und Kultur aufzugeben.

Die Weißen

Wenn von den ethnischen Gruppen Südwestafrika gesprochen wird, mutet die Einbeziehung von weißen Menschen in diese Aufstellung eigenartig an. Dieses Gefühl schwindet aber sogleich, wenn man erfährt, daß weiße Siedler beispielsweise noch vor den Hereros in Südwestafrika gelebt haben. Insbesondere zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde Südwestafrika mehr und mehr von weißen Siedlern besiedelt und erschlossen.

Dieses von zwei Wüsten eingeschlossene Land war von keiner europäischen Macht begehrt worden.

Mit die ersten Weißen, die ins Land kamen, waren Missionare verschiedenster Missionsgruppen, darunter auch Missionare der Rheinischen Mission aus Deutschland. Die weißen Siedler kauften das von ihnen erwünschte Land und die meistenteils dort befindliche Wasserstelle als Eigentum.

Die Schutzmacht des Deutschen Kaiserreichs, die im Jahre 1884 das erste Land in Besitz nahm, wurde im Ersten Weltkrieg durch die Truppen der Südafrikanischen Union vertrieben. Südafrika übernahm die Mandatsherrschaft für ganz Südwestafrika. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen weitere Weiße ins Land, und die letzte Einwanderungswelle von Europiden erfuhr Südwestafrika, als die Portugiesen Angola verlassen mußten und nach Südwestafrika flohen.

Die weiße Bevölkerung setzt sich infolge dieser vielen Zuströme aus Weißen vieler Herkunftsbereiche zusammen. Es gibt kaum ein Land Europas, das nicht auch Siedler dorthin entlassen hat. Alle diese Afrikaans, Englisch und Deutsch sprechenden Volkssplitter haben sich zusammengeschlossen und werden im Ministerrat von H. J. von Hase vertreten. (Siehe: A. D. K. Die Volksgruppen Südwestafrikas Teil I und II.)

Verfassung der Südwestafrikanischen Volksorganisation SWAPO of NAMIBIA

Verfassung

Artikel I: Name: Der Name der Organisation lautet: Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia.

Artikel II: Erklärung: SWAPO ist eine nationale Befreiungsbewegung, die sich örtlich versammelt auf der Basis einer freien und freiwilligen Vereinigung aller freiheitsliebenden Söhne und Töchter des namibischen Volkes. Sie ist die organisierte politische Vorhut des unterdrückten und ausgebeuteten Volkes von Namibia.

In Erfüllung der Aufgabe, Vorhut zu sein, organisiert, vereint, inspiriert, orientiert und leitet die SWAPO die breite Masse des arbeitenden namibischen Volkes im Kampf um seine nationale und soziale Befreiung.

Sie ist somit Ausdruck und Verkörperung der nationalen Einheit eines ganzen Volkes, geeint und organisiert im Kampf für die totale Unabhängigkeit und gesellschaftliche Befreiung.

Artikel III: Absicht und Ziele:

A – Einleitung:

1. Während Namibia noch unter ausländischer Herrschaft ist.
2. Noch ist das unveräußerliche und unverjährbare Recht des namibischen Volkes zur Selbstbestimmung und nationalen Unabhängigkeit verwehrt.
3. Noch ist die das Land besetzt haltende Kolonialmacht, alles unterdrückend mit ihren militärischen und polizeilichen Streitkräf-

ten und den bedingungslosen Rückzug verweigernd, Herrin Namibias.

4. Noch beharrt das besetzte Kolonialregime in seinem Bemühen, die illegale Besetzung zu festigen, dies mit noch weiter intensivierter Unterdrückung und Teilung von Namibia in „Bantustans". (Gemeint sind die Bantu-Homelands in Südafrika).

5. Noch setzt das System seine Nichtachtung der tiefen Sehnsucht des namibischen Volkes nach Freiheit fort.

B – Deshalb erklärt die SWAPO zu ihren Hauptzielen wie folgt:

1. unermüdlich für die sofortige und vollständige Freiheit Namibias von der kolonialen und imperialen Besetzung zu kämpfen.
2. Das ganze Volk von Namibia ungeachtet von Rasse, Religion, geschlechtlicher oder ethnischer Herkunft in einer festen repräsentativen internationalen politischen Einheit zu vereinigen.
3. Einen Geist des nationalen Bewußtseins und das Gefühl von gemeinschaftlicher Absicht und gemeinsamem Schicksal unter dem Volk Namibias zu nähren.
4. Alle reaktionären Tendenzen des Individualismus, des Stammesdünkels, Rassismus und der Religion zu bekämpfen.
5. Mitzuarbeiten an der vollständigen Ausbreitung der echten nationalen Befreiungsbewegungen, Organisationen und einzelner in aller Welt hin zur völligen Eliminierung der imperialistischen Kolonialsysteme.
6. In Namibia eine Demokratie einzurichten, die aufgebaut ist auf den Willen und die Teilnahme des gesamten namibischen Volkes zum Aufbau eines namibischen Staates.
7. Sicherzustellen, daß die Volksherrschaft die perfekte Kontrolle über die beabsichtigte Produktion und Verteilung der Güter hat und den Weg zum Sozialeigentum aller Hilfsquellen des Landes ausübt.
8. An der Errichtung einer nicht ausbeuterischen und nicht unterdrückenden klassenlosen Gesellschaft mitzuarbeiten.
9. Sicherzustellen, daß in einem unabhängigen Namibia eine Volksregierung die Macht ausübt und mit anderen Staaten Afrikas zusammenarbeitet mit dem Ziel, ein vereinigtes Afrika zu schaffen.
10. Dafür zu sorgen, daß die Volksregierung von Namibia in geschlossener Kooperation mit allen friedliebenden Staaten der Erde zur Errichtung von Weltfrieden und Sicherheit mitarbeitet.

Artikel IV: Mitgliedschaft:

Es gibt zwei Kategorien der SWAPO-Mitgliedschaft

a) die persönliche Mitgliedschaft und

b) die kooperative, angegliederte Mitgliedschaft.

A – persönliche Mitgliedschaft:

1. Die Mitgliedschaft in der SWAPO steht jedem Namibier offen, der die Ziele und Absichten der Organisation, die im Artikel III genannt sind, akzeptiert und das 18. Lebensjahr erreicht hat.

2. Die Person, die eine Mitgliedschaft in der SWAPO wünscht, soll ein Gesuch zur Aufnahme in der SWAPO stellen und den Antrag dem entsprechenden Distrikts-Sekretär der Organisation vorlegen.

3. Diese Person muß nicht Mitglied irgendeiner Partei sein, um SWAPO-Mitglied werden zu können. Und nur ein Mitglied über 18 Jahre ist zur Stimmabgabe berechtigt.

4. Für die Zulassung zur Mitgliedschaft zahlt das aufzunehmende Mitglied eine Aufnahmegebühr von 1 SA Rand an die SWAPO und erhält darüber eine Quittung. Außerdem zahlt jedes Mitglied einen Monatsbeitrag von 50 SA Cents.

5. Die Mitgliedschaft geht verloren durch

a) Austritt und

b) durch Ausschluß

6. Im Falle eines Austritts oder Ausschlusses wird weder die Aufnahmegebühr noch der Beitrag zurückgezahlt.

B – die angegliederte (kooperative) Mitgliedschaft:

1. Die angegliederte Mitgliedschaft zur SWAPO ist für jede Organisation offen, die sich den Zielen der SWAPO verbunden weiß (Handels-Union, Studenten-Union, berufliche Organisationen) und die im Artikel III genannten Aufgaben akzeptiert.

2. Jede Organisation, die mit der SWAPO kooperativ zusammengeschlossen sein möchte, ist gehalten, eine schriftliche Beschlußfassung über die Abstimmung ihrer Mitglieder an den Verwaltungssekretär der SWAPO zu senden.

3. Der Verwaltungssekretär wird dieses Gesuch vor das Nationale Exekutivkomitee bringen, das entscheiden wird, ob eine Mitgliedschaft gewährt wird.

4. Die Aufnahmegebühr für eine kooperative Mitgliedschaft beträgt 20 SA Rand.

5. Falls eine der SWAPO angeschlossene Organisation die Zusammenarbeit mit der SWAPO kündigt, bleiben die bis dahin eingegangenen Gelder im Fonds der SWAPO.

6. Die kooperative Mitgliedschaft geht verloren durch
a) Austritt der Organisation und
b) durch ihren Ausschluß.
7. Die Organisationen müssen ihren Austritt sechs Monate vorher bekanntgeben.
8. Die Beiträge werden weder bei Rücktritt noch bei Ausschluß zurückgezahlt.
9. Ein Mitglied der SWAPO hat folgende Verpflichtungen:
a) ein Beispiel in menschlicher Führung und kameradschaftlichem Miteinander zu sein,
b) im Geiste des Selbstopfers, der Zuneigung und grenzenloser Bindung an die Sache der nationalen und sozialen Befreiung Namibias zu wirken,
c) das Eigentum der Organisation zu respektieren und zu schützen,
d) den Meetings der Organisation beizuwohnen, ebenso solchen Meetings, zu denen er von der Organisation delegiert wird,
e) auf diesen Meetings seine eigene Meinung zu vertreten und an den Diskussionen und der Annahme der Beschlüsse des Kongresses mitzuwirken,
f) die Beschlüsse, Resolutionen und Direktiven der Mehrheit zu überwachen, gerade auch dann, wenn er dagegen stimmen oder eine abweichende Meinung während der Diskussion verteidigen möchte,
g) mitzuwirken an der Stärkung der organischen Einheit der Organisation und jener des politischen Bewußtseins, ihres Ranges und ihrer Ordnung,
h) immer Wächter der Ehre der SWAPO zu sein gegen Infiltration der Glieder der Organisation durch Personen, die nicht der Ehre der SWAPO-Mitgliedschaft wert sind,
i) Parteigängertum zu bekämpfen und die Organisation zu verteidigen,
j) dauernd danach zu streben, die Politik und die Programme der Organisation den Massen zu erklären,
k) Kritik und Selbstkritik zu fördern und selbst zu üben, entstehende Defekte zu erkennen, Fehler oder Abweichungen in der Organisation aufzudecken,
l) aufrichtig und ehrlich zu sein und niemals die Wahrheit zu verdrehen und
m) die Geheimnisse der Organisation zu wahren.
10. Ein Mitglied der SWAPO hat das Recht:
a) Die Erfüllung von allem, was in dieser Verfassung niederge-

schrieben ist, zu fordern; ebenso jene der Resolutionen, der Entscheidungen, Direktiven und Vereinbarungen der Organisation.
b) Teilzunehmen an Kongressen und Meetings der SWAPO-Organe und jenen der angeschlossenen Organisationen, zu welchen er gehört, und sich frei an den Diskussionen zu beteiligen, die der Aktivität und der Politik der SWAPO entsprechen.
c) Er kann in der Diskussion fortschrittliche Vorschläge machen und seine Meinung verteidigen, bevor eine Einigung in der Sache erreicht ist.
d) Er ist berechtigt, an Kongressen, Meetings von allen Organisationen, denen er angehört, teilzunehmen.
e) Er ist berechtigt, auf diesen Veranstaltungen bei den Entscheidungen in Relation zu den diskutierten Themen abzustimmen.
f) Er kann wählen und ist wählbar in Führungspositionen der Organisationen.
g) Sachfragen, Eingaben, Vorschläge und Anschriftssachen kann er angemessenen Organen bekanntgeben.
h) Er kann eine rasche und konkrete Antwort auf alle Fragen erwarten

Organisation und Struktur

Artikel V: Nationale Organe

A – Der Kongreß:

1. Es gibt einen Kongreß der SWAPO.
2. Der Kongreß ist das oberste Organ der Organisation.
3. Er setzt sich zusammen aus:

a) allen Mitgliedern des Zentralkomitees,
b) allen Mitgliedern des Nationalen Vorstandes,
c) vier Delegationen der Volksbefreiungsarmee von Namibia,
d) vier Delegationen jedes Nationalvorstandes,
e) vier Vertretern von jedem der folgenden Flügel der Organisation:
 SWAPO-Jugendbund
 SWAPO-Frauenrat
 SWAPO-Ältestenrat

4. Der Kongreß erhält die Befugnis, die Politik der Organisation zu bestimmen, alle Aktivitäten und Entwicklungen der Organisation zwischen zwei Kongressen zu bestimmen, nachzuprüfen und zu schützen.

5. Der Kongreß ist befugt, alle Entscheidungen, die bei irgendeiner Organisation getroffen wurden, zu bestätigen, verbessern, zurückzuweisen oder zu widerrufen.
6. Der Kongreß soll die Arbeit des Zentralkomitees beurteilen, auswerten und beraten und dessen Berichte und Vorschläge überprüfen.
7. Der Kongreß soll die programmatische Orientierung der Organisation bestimmen und in allen wesentlichen Punkten der internationalen Politik entscheiden. Er ist verantwortlich für den Kurs der Basis in den Aktivitäten bei internationalen Angelegenheiten.
8. Der Kongreß ist befugt, die Verfassung der Organisation anzunehmen und zu ergänzen. Für eine solche Absicht ist eine Zweidrittelmehrheit aller Stimmen notwendig.
9. Der Kongreß wählt das Zentralkomitee der Organisation.
10. Ein ordentlicher Kongreß der Organisation wird alle fünf Jahre durchgeführt.
11. Der Kongreß wird durch das Zentralkomitee einberufen. Die Bekanntgabe hat drei Monate vor Kongreßbeginn zu erfolgen.
12. Das Zentralkomitee soll gleichzeitig mit der Einberufung des Kongresses die vorgeschlagene Tagesordnung für dessen Arbeit bekanntgeben.
13. Das Zentralkomitee kann aus eigener Initiative oder auf Antrag der Zweidrittelmehrheit aller regionalen Exekutivkomitees einen Sonderkongreß der Organisation einberufen.
14. Die Tagesordnung eines außerordentlichen Kongresses wird von dessen Initiatoren aufgestellt.
15. Der außerordentliche Kongreß soll nicht später als zwei Monate nach dessen Vorschlag gehalten werden.
16. Der Kongreß ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder versammelt ist.

Artikel VI: Das Zentralkomitee:
1. Es gibt ein Zentralkomitee der SWAPO.
2. Dieses besteht aus 45 Mitgliedern.
3. Um in das Zentralkomitee wählbar zu sein, muß der Anwärter fünf Jahre Mitglied der SWAPO sein.
4. Das Zentralkomitee ist das Organ der höchsten Autorität zwischen zwei Kongressen.
5. Das Zentralkomitee hat die Aufgabe, Resolutionen, Entschließungen und Empfehlungen, die von den Nationalen Exekutivkomi-

tees eingereicht werden, zu diskutieren, darüber zu berichten, sie anzunehmen oder abzulehnen.
6. Das Zentralkomitee beruft den Kongreß der SWAPO ein.
7. Das Zentralkomitee soll im allgemeinen jährlich tagen oder so oft, wie es vom Nationalen Exekutivkomitee aufgerufen wird.
8. Das Zentralkomitee wird von der Mehrzahl seiner Mitglieder gewählt, das Nationale Exekutivkomitee und alle nationalen Beamten ebenso, darunter der Präsident, der Vizepräsident, der Nationale Vorsitzende, der Volksvorsitzende und zwei Mitglieder des Volks-Exekutivkomitees von der Volksbefreiungsarmee von Namibia.
13. Die beschlußfähige Mitgliederzahl des Zentralkomitees ist die einfache Mehrheit.

Artikel VII: Das Exekutivkomitee:
1. Es gibt ein Exekutivkomitee der SWAPO.
2. Das Volks-Exekutivkomitee ist das Haupt-Politbüro des Zentralkomitees.
3. Das Exekutivkomitee soll sich aus 17 Mitgliedern zusammensetzen. Es sind dies u. a.:
a) der Präsident,
b) der Vizepräsident,
c) der Volksvorsitzende,
d) zwei Mitglieder des Militärischen Rates der Volksbefreiungsarmee von Namibia, die durch den Präsidenten benannt werden.
4. Das Volks-Exekutivkomitee ist für die Durchführung aller Entscheidungen in der Praxis, aller Resolutionen und Direktiven des Kongresses und des Zentralkomitees verantwortlich.
5. Es ist verantwortlich für die politischen Formulierungen in der Zeit zwischen den Meetings des Zentralkomitees.
6. Das Nationale Exekutivkomitee erstattet in periodischen Abständen dem Zentralkomitee Bericht über die eigene Arbeit, ebenso über die Arbeit der regionalen Exekutivkomitees und jene des Sekretariats.
7. Das Nationale Exekutivkomitee richtet ein Sekretariat ein, das ihm assistiert und die Durchführung des täglichen Arbeitsanfalles der Organisation übernimmt.
8. Alle Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees sind verpflichtet, an den Meetings des Komitees teilzunehmen, außer jenen Mitgliedern, die in besonderer Mission der Organisation davon abgehalten werden.

9. Ein Mitglied des Exekutivkomitees, das an drei aufeinanderfolgenden Meetings fehlt, ohne durch triftige Gründe entschuldigt zu sein, wird sofort aus dem Exekutivkomitee ausgeschlossen.

10. Das Nationale Exekutivkomitee beaufsichtigt und kontrolliert den Gebrauch und die Einhaltung des SWAPO-Eigentums und der Bücher auf Rechnung des Hauptquartiers sowie jene der regionalen Exekutivkomitees und der Fachdezernate auf ihre Ausgeglichenheit hin.

11. Das Nationale Exekutivkomitee ist berechtigt, außerordentliche Sitzungen des Zentralkomitees ebenso wie Regionalkonferenzen einzuberufen.

Artikel VIII: Die Volksbeamten:

An der Seite des Präsidenten stehen der Vizepräsident und der Volksvorsitzende. Ihnen zugeordnet werden folgende vom Zentralkomitee gewählte Volksbeamte aus dem Mitgliederkreis:

1. Der Verwaltungs-Sekretär,
2. der Volksschatzmeister,
3. der Sekretär für internationale Beziehungen,
4. der Sekretär für Verteidigung,
5. der Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit,
6. der Sekretär für Transport,
7. der Sekretär für Wirtschaftsangelegenheiten,
8. der Sekretär für Rechtsfragen,
9. der Sekretär für Erziehung und Kultur,
10. der Sekretär für Gesundheit und Volkswohlfahrt,
11. der Organisationssekretär,
12. der Sekretär für Arbeit,
13. der Jugend-Sekretär,
14. der Sekretär für die Frauen-Ratsversammlung,
15. der Sekretär für die Ältestenversammlung.

Artikel IX: Pflichten und Tätigkeiten der Volksbeamten:

Die Pflichten und Tätigkeiten der Volksbeamten sind folgende:

A Der Präsident:

1. Der Präsident ist der Leiter und leitende Ausführungsbeauftragte der Organisation.
2. Er ist der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee der bewaffneten Streitkräfte Namibias.

3. Er ist Vorsitzender des Zentralkomitees und des Volks-Exekutivkomitees.
4. Er ernennt oder entläßt die Mitglieder des Militärischen Rates der Volksbefreiungsarmee von Namibia auf Empfehlung des Militärischen Rates.
7. Er wird vom Kongreß für eine Amtsdauer von fünf Jahren gewählt.
8. Der Präsident ist nach Ablauf der Amtsdauer erneut wählbar.
9. Er kann von seinem Amt durch eine Kongreßresolution mit Zweidrittelmehrheit der Delegierten abgewählt werden.

B Der Vizepräsident:

1. Der Vizepräsident wird durch den Kongreß für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.
2. Nach Ablauf der Amtszeit ist er wieder wählbar.
3. Er kann mit Zweidrittelmehrheit durch eine Kongreß-Resolution abgewählt werden.
4. Er ist der Stellvertreter des Präsidenten und entlastet diesen von seinen Pflichten und Aufgaben der Organisation.

C Der Volksvorsitzende:

1. Der Volksvorsitzende wird durch den Kongreß für eine fünfjährige Amtszeit gewählt.
2. Nach Ablauf der Amtszeit ist er wieder wählbar.
3. Er kann ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit durch eine Kongreß-Resolution abgewählt werden.
4. Er entlastet den Präsidenten und den Vizepräsidenten von den Pflichten und Aufgaben der Organisation.
5. In der Abwesenheit des Präsidenten und des Vizepräsidenten nimmt er deren Rechte, Pflichten und Aufgaben wahr.

D Der Verwaltungssekretär:

1. Er wird vom Zentralkomitee für eine fünfjährige Amtszeit gewählt.
4. Er ist der Chef-Verwaltungsbeamte der Organisation für die Oberaufsicht, Koordination und wirkungsvolle Verwaltung der Tagesaktivitäten der Organisation.
11. Er führt die Aufzeichnungen, Protokolle und Korrespondenzen, arrangiert die Meetings und führt die Entscheidung der nationalen und regionalen Organe ebenso aus wie die der angeschlossenen Organisationen.
12. Er ist Mitunterzeichner aller Schecks des Nationalen Hauptquartiers.

E Der Sekretär für auswärtige Beziehungen:

1. Er wird vom Zentralkomitee für eine fünfjährige Amtszeit gewählt.

4. Er ist verantwortlich für die Pflege der Freundschaft, Kooperation und aktiven Solidarität mit allen antiimperialistischen und demokratischen Kräften und Bewegungen, die für die Befreiung des Menschen von allen Formen der Unterdrückung, Ausbeutung und ausländischer Beherrschung kämpfen.

F Der Sekretär für Verteidigung:

1. Er wird für eine fünfjährige Amtszeit vom Zentralkomitee gewählt.

4. Er ist für Ausbildung, Bevorratung und Ausrüstung der Volksbefreiungsarmee von Namibia verantwortlich.

5. Er ist weiterhin verantwortlich für die politische Erziehung und die revolutionäre Disziplin der militärischen Kader der SWAPO.

6. Er ist für die Durchführung genauer Beachtung der Regeln, Bestimmungen und der Geschäftsordnung der Volksbefreiungsarmee von Namibia verantwortlich.

G Der Volks-Schatzmeister

1. Er wird vom Zentralkomitee für eine fünfjährige Amtszeit gewählt.

4. Er erhält alle Gelder und bewahrt diese auf, wenn sie der Organisation gehören oder ihr zufließen.

5. Er führt die Rechnungsbücher, die Belege, Finanzdokumente sowie die Berichte und Bestandskonten der Organisation.

6. Am Ende eines jeden Finanzjahres legt er dem Nationalen Exekutivkomitee ebenso wie dem Zentralkomitee die Fakten über Einnahmen und Ausgaben der Organisation vor.

11. Er ist Mitunterzeichner sämtlicher Schecks, die vom Volks-Hauptquartier hinausgehen.

H Der Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit:

1. Er wird vom Zentralkomitee für die Dauer von fünf Jahren in sein Amt gewählt.

4. Er ist verantwortlich für die Sammlung, Analyse, Herausgabe und Verbreitung von Informationen der sozialökonomischen und politischen Bedingungen in Namibia ebenso wie für jene des Befreiungskampfes der SWAPO.

5. Er ist verantwortlich für die Zusammenstellung, Herausgabe und Verteilung der SWAPO-Presseerzeugnisse, für die Freigabe von Publikationen und die Arrangierung von Pressekonferenzen, die

unmittelbar vom Nationalen Exekutivkomitee oder vom Präsidenten der SWAPO ausgehen.

7. Er ist für die Propaganda, die Erklärung und Verteidigung der SWAPO-Politik sowie für die Mitteilungen durch die Presse der Organisation oder auch anderer erprobter Medien der Kommunikation verantwortlich.

I Der Sekretär für Erziehung und Kultur:

1. Er wird für die Dauer von fünf Jahren vom Zentralkomitee gewählt.

4. Er ist für Training und Erziehung der Mitglieder der Organisation verantwortlich und organisiert die Stipendien für die SWAPO-Lehrinstitute.

5. Er berät und hilft den SWAPO-Studenten, zur bestmöglichen technischen und professionellen Fertigkeit zu gelangen und daraus das Beste für den Befreiungskampf und zur zukünftigen Erneuerung des Landes zu machen.

6. Er ist verantwortlich für die Förderung künstlerischer Aktivitäten und geistiger Werte der Mitglieder der Organisation.

J Der Sekretär für Transportwesen:

1. Er wird vom Zentralkomitee für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

4. Er studiert die Rassengesetze und Vorschriften, die als Instrumente der Unterdrückung und Ausbeutung in Namibia angewendet werden, und unterbreitet diesbezüglich seine Vorschläge ihrer Abschaffung dem Nationalen Exekutivkomitee.

5. Er untersucht sämtliche Verträge der namibischen Kolonial-Administration in bezug auf Beziehungen Namibias zum illegalen südafrikanischen Regime und erstattet dem Exekutivkomitee darüber Bericht.

6. Er nimmt die Kontakte mit nationalen und internationalen Körperschaften auf und repräsentiert die SWAPO auf internationalen Konferenzen und in allen legalen Dingen, die für Namibia von Interesse sind.

L Der Sekretär für Wirtschaftsangelegenheiten:

1. Er wird vom Zentralkomitee für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.

4. Er studiert die Formen und Umfänge, in welchen Namibias nationale Ressourcen von Südafrika und den Weltmonopolkapitalisten ausgebeutet wurden, und legt seine Empfehlungen und Vorschläge dagegen dem Nationalen Exekutivkomitee vor.

5. Er studiert die Möglichkeiten einer umfassenden Entwicklung in einem befreiten Namibia und legt die Ergebnisse seiner Arbeit und seine Empfehlungen dazu dem Nationalen Exekutivkomitee vor.
6. Er konsultiert und koordiniert seine Arbeit mit dem UNO-Konzil für Namibia ebenso wie mit dem UNO-Institut für Namibia.
7. Er ist bemüht, allen internationalen Konferenzen und Meetings, die die Interessen der SWAPO oder Namibias betreffen, beizuwohnen.

Artikel X: Sekretariat
1. Es gibt ein Sekretariat der SWAPO.
2. Dieses wird durch das Nationale Exekutivkomitee berufen.
3. Seine Zusammensetzung ist folgende:
a) Führung des Departments,
b) Ein Vertreter des Jugendbundes,
c) ein Vertreter des SWAPO-Frauenrates,
d) ein Vertreter des SWAPO-Ältestenrates,
e) ein Vertreter jeder angeschlossenen Organisation,
f) technische Kader, die aufgrund ihrer speziellen Erfahrungen ernannt werden.
4. Das Sekretariat hilft dem Exekutivkomitee in der Ausführung seiner Aufgaben, bei Resolutionen und Direktiven des Kongresses und des Zentralkomitees.

Artikel XI: Regionale Organe:
1) Es sind dies folgende Organe der SWAPO auf der regionalen Ebene:
a) Die Regionalkonferenz,
b) das regionale Exekutivkomitee.
A Die Regionalkonferenz:
2. Für jede Verwaltungsregion gibt es eine Regionalkonferenz.
3. Ihre Zusammensetzung ist folgende:
a) Mitglieder des regionalen Exekutivkomitees,
b) vier Delegierte aus jedem Distrikt der Region,
c) vier Delegierte aus jeder angeschlossenen Organisation,
d) vier Repräsentanten von jeder der folgenden Gruppen:
SWAPO-Jugendbund
SWAPO-Frauenrat
SWAPO-Ältestenrat

b) Das regionale Exekutivkomitee

1. Für jede Verwaltungsregion gibt es ein regionales Exekutivkomitee.
2. Seine Zusammensetzung ist folgende:

a) Der Regional-Älteste,
b) der Regional-Sekretär,
c) der Regional-Schatzmeister,
d) der Regional-Öffentlichkeits- und -Informations-Sekretär,
e) alle Distriktsältesten der Region,
f) alle Distrikts-Sekretäre der Region,
g) eine Delegation von jeder der folgenden Gruppen:
SWAPO-Jugendbund,
SWAPO-Frauenrat und
SWAPO-Ältestenrat.

Auch in den Regionen und Distrikten gibt es Älteste, Sekretäre, Schatzmeister, Informations- und Öffentlichkeits-Sekretäre und andere Funktionäre mehr. Nichts ist bei der SWAPO dem Zufall oder der Eigeninitiative überlassen, alles ist reglementiert und eingebunden in die Organisation, die hoch über allem steht. Vom kleinsten Kind bis zum ältesten Mann sind die SWAPO-Mitglieder eine kompakte Front von linientreuen und daraufhin überwachten kleinen Rädchen in der Maschinerie der SWAPO, aus der es kein Entkommen gibt.

Dies alles ist in den Artikeln XII und XIII der Verfassung festgelegt, während der Artikel XIV den verschiedenen Dezernaten vorbehalten ist.

Artikel XV wiederum führt aus, daß die SWAPO sich aus den Basisgruppen der einzelnen Sektionen aufbaut. Diese Sektionen können auf Handelsplätzen, Farmen, in Schulen und Krankenhäusern, in militärischen und zivilen Verbänden, in den verschiedensten Dienstleistungsgruppen und vor allem in allen Wohnorten errichtet werden. Sobald 30 Mitglieder vorhanden sind, wird eine Sektion von der Organisation eingeschrieben und existiert damit.

Artikel XVI behandelt die verschiedenen Gruppen der Organisation, als da sind: Die Volksbefreiungsarmee von Namibia, der SWAPO-Jugendbund, der SWAPO-Frauenrat und der SWAPO-Ältestenrat.

Von ihnen gebührt der Volksbefreiungsarmee von Namibia besondere Aufmerksamkeit. Allen Menschen Namibias im Alter von 16 bis 55 Jahren steht die Volksbefreiungsarmee offen. Diese

kann später, falls sie an die Macht kommt, aus diesen Altersgruppen Rekrutierungen vornehmen.

Die Volksbefreiungsarmee von Namibia ist gewissermaßen der stählerne Arm des Zentralkomitees. Sie soll die Forderungen des Zentralkomitees der SWAPO durchsetzen, bevor sie dann „eine passende Tätigkeit zugewiesen" erhält.

Quellenangabe und Literaturverzeichnis

Afrikaans-Duitse:
Kultuurunie (SWA): Was man von Südafrika wissen sollte, Windhoek 1978.

dies.: Die Volksgruppen Südwestafrikas, Teil I, Windhoek 1978.

dies.: Die Volksgruppen Südwestafrikas, Teil II, Windhoek 1980.

dies.: A.D.K.-Informationen, Windhoek 1/1979 bis 12/1982.

Allgemeine Zeitung
Windhoek: Anerkennung für Sonja, Windhoek, 25. 2. 1980

Ansprenger, Franz: Namibia and Apartheid: What Type of Conflict? What Kind of United Nations Action? in: The Future of International Organization, London 1981.

Arbeitskreis Deutschland- und Außenpolitik der CSU: Beihilfe zum Mord? Deutsche Entwicklungspolitik auf Abwegen, Bonn, Oktober 1977.

Baatz, Wolfgang: Namibias Kampf um nationale Befreiung, in: Deutsche Außenpolitik 27, 1982.

Babing, Alfred und Bräuer, Klaus-Dieter: Namibia, Berlin (Ost) 1981.

Bork, Willi: Namibia wird frei sein!, in: Horizont, Berlin (Ost), Nr. 11/1978

Brade, Klaus: Namibia im Kalkül des Imperialismus, in: Militärwesen, Nr. 9/1981.

Conrad, Bernt: Bonn beschließt die Auflösung des Konsulats in Windhoek, in: Die Welt, 9. Aug. 1977.

ders.: Buschkämpfer der Ovambos am Rhein, in: Die Welt, 23. Okt. 1980

ders.: Mit breitem Lächeln für Namibia, in: Die Welt, 25. Okt. 1980.

Department of Information and Publicity der SWAPO von Namibia: To be born a Nation. The Liberation-Struggle for Namibia, Luanda/London 1981.

Deutsche Außenpolitik: Schlußresolution der Sondertagung der Generalversammlung zu Namibia vom 14. Sept. 1981, Berlin (Ost) Nr. 11/1981.

Deutsche Presseagentur Bonn:	Unterstützung für Befreiungsbewegungen, 7. Sept. 1977.
Demokratische Turnhallen-Allianz:	Freiheit für Namibia, Windhoek, o. J.
dies.:	The Namibian Struggle: Der Norden grüßt die DTA, Windhoek, 2/1981.
dies.:	The Namibian Struggle: DTA-Sieg in Caprivi, 1 + 2/1982.
Endres, Helge W.:	Die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR in Afrika, in: Die Aula 12/1979.
Garoeb, Moses:	Für einen Arbeiter- und Bauernstaat, in: Probleme und Perspektiven des Kampfes in Afrika, Prag 1977.
ders.:	Die entscheidende Phase des Kampfes, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1981.
General Assembly, Artikel XIII der United Nations:	Report of Drafting Committee, Chairman Mr. Shamshad Ahmad (Pakistan): Partizipation of the South West Africa People's Organization as the sole and authentic Representative of the Namibian People.
Germani, Hans:	Rettet Südwest, München 1982.
ders.:	Bonn und der Angriffskrieg, in: Die Welt, 31. Aug. 1977.
ders.:	Honeckers Legionäre und die neue Offensive der SWAPO, in: Die Welt, 19. April 1982.
ders.:	Noch keine Waffenruhe in Namibia, in: Die Welt, 14. Aug. 1982.
Günzel, Walter:	Premier Botha: Das Netz um Südafrika zieht sich enger zusammen, in: Die Welt, 11. Dez. 1979.
Gulick, Thomas:	UNO-Hilfe an marxistische Terrororganisationen, in: Nation Europa, 1/1983.
Huyn, Hans Graf:	Beihilfe zum Mord? – Dokumentation über kommunistischen Terrorismus gegen Schwarze und Weiße in Rhodesien und Südafrika und seine Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland und die SPD, im Ms. 14. Sept. 1977.
Jucheli, Dr. A.:	Kirche und Terrorismus im südlichen Afrika, o. J., Eigenverlag.
Hofmann, Jochen:	Honeckers »Afrikakorps« – 30 000 Berater aus der DDR und Kuba im Einsatz, in: Österreich Konservativ, Nr. 12/1982.

König, Albrecht: Sam melkt die UNO-Kuh, in: Cellesche Zeitung v. 9. Juli 1982.

Krabbe, Günter: DDR bildet in Angola schwarze Untergrundkämpfer zu Soldaten aus, in: F.A.Z. vom 26. Febr. 1979.

Loewenstern, Enno v.: Hollai's Beitrag, in: Die Welt vom 29. Okt. 1982.

Löwis, Henning von: Raketen für die SWAPO, DDR-Aktivitäten in Angola, in: Afrika-Post, Oktober 1981.

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR: Rede des stellvertretenden Ministers für auswärtige Angelegenheiten und ständigen Vertreters der DDR bei den Vereinten Nationen, Peter Florin, am 3. März 1981 auf der 35. Tagung der UNO-Vollversammlung zu Namibia, Berlin (Ost), 13. März 1981.

Morris, Michael: Armed Conflict in Southern Africa, Kapstadt 1974.

Namibia Information Office: Pressedokumentation Nr. 12, Bonn, Febr. 1982.

dass.: Pressedokumentation Nr. 13, Bonn, April 1982.

dass.: Dr. Henning von Löwis of Menar: Die SWAPO und der Westen, Bonn, April 1982.

dass.: Dr. Henning von Löwis of Menar: SWAPO ist ein Teil der kommunistischen Welt, Universität Köln, November 1981 (Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität Köln).

dass.: Dr. Henning von Löwis of Menar: »Das unabhängige Namibia aus der Perspektive der SWAPO, Universität Köln, Nov. 1982.

dass.: Bericht aus Namibia, Bonn, Juni 1982.

dass.: Mudge fordert Wahlen bis März 1983.

dass.: Kalangula mit dem Bonner Besuch zufrieden, Bonn, Dezember 1981.

dass.: Neue Phase im Unabhängigkeitsprozeß, Bonn, Dezember 1982.

dass.: Bonn soll Namibia schon jetzt konkret helfen, Bonn, Oktober 1982.

Namibia Today: Chronology of the recent events in Namibia, 11. Dez. 1980.

dies.: Nr. 4, Luanda 1981.
dies.: Nr. 6, Luanda 1982.
Nature Conservation Director: Kleinod in Afrika: Südwestafrika/Namibia, Windhoek o. J.
Nujoma, Sam: Der richtige Weg, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, 1981.
ders.: Der bewaffnete Kampf behält Priorität, in: Antiimperialistisches Informations-Bulletin, Marburg, 11/1980.
Presse- und Informationsamt der Südafrikanischen Botschaft, Wien: Tauziehen um Südwestafrika/Namibia, Wien, Februar 1982.
Reinhard, Wolfgang: Hendrik Witbooi: Afrika den Afrikanern, Berlin/ Bonn 1982.
Ritgen, Udo: Schicksalskontinent des Westens, Afrika.
Rösener, Dieter: Das Ringen um Afrika, Düsseldorf 1979.
Ries, Alf: SA troepe terug uit Angola – Viljoen, in: »Rand Daily Mail« vom 29. Aug. 1981.
Schülerzeitung Königswinter: Auch in Afrika: Freiheit statt Sozialismus, in: Die Lupe Nr. 4/1970
Sudholt, Dr. Gert: Die deutsche Eingeborenenpolitik in Südwestafrika, Hildesheim/New York 1975.
SWA/Namibia Information Service: Face of Namibia, Windhoek, 1981.
dass.: Abwehr – eine Aufgabe, Windhoek, 1/1980.
SWAPO of Namibia: Information Comment: The Combatant, Nr. 3 und Nr. 7, Stockholm, Juni 1981.
SWAPO-Information Bulltin: Imperialist plots against Namibian Freedom are doomed to fail/Luanda Nr. 4/1981.
dass.: Rejects the illegal and Conspirational Visit of Clark and Crocker to Namibia and South Africa, Luanda 1981.
SWAPO of Namibia: Press Communique, Bonn, 9. Dez. 1980.
dies.: Reaffirms Policies towards ANC and South Africa, in: Addis Abeba: Voice of Namibia in English for abroad, 1900 gmt, 17. Dec., 1981.
SWAPO-National Executive Committee: Immorality exposed: Plot against Decolonisation of Namibia, Luanda, 2. Mai 1981.
SWAPO, Department for Publicity and Informations: Constitution of the South West Africa Peoples Organization, Lusaka 1976.

dass.: Official Bulletin of the SWAPO Youth League, März/April 1982.
SWAPO: Statement on Chester Crocker's Tour to Africa, April 1981.
Thomas, Wolfgang, H.: Economic Development in Namibia, München/Mainz 1978.
United Nations: Namibia Bulletin, Annex III, April 1981: Statement by Mr. Theo-Ben Gurirab (SWAPO) to the General Assembly at its resumed thirtyfifth session, März 1981, No 1/1981, New York.
Vielain, Hans: 30 000 Mann helfen Moskau in Honeckers Afrikakorps, in: Die Welt, 12. Febr. 1980.
Vox Africana: Die Kirche und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), Kapstadt, August 1982.
Weiss, Peter: Angola im fünften Jahr seiner Befreiung, aus: Österreich Konservativ, 1979.

Aus unserem Verlagsprogramm:

Zur Situation der Gegenwart:

HANS KARL LEISTRITZ

Der Geist der Epoche

und die geistlosen Staaten

Gedanken zur politischen Gegenwart

192 Seiten · Broschur DM 19,80 · ISBN 3 921 655 24 2

Nicht nur eine Analyse einzelner Zustände gibt dieses Buch – es deutet die Epoche. Worin steckt der Geist der Epoche? Die politische Analyse der Bundesrepublik ist niederschmetternd durch die Fülle der ausgebreiteten Wahrheiten. Sie rangiert unter den geistlosen Staaten. Auch in den sogenannten Supermächten steckt nicht der Geist der Epoche.

Was an Wahrheiten hier ausgebreitet wird, ist „harte Ware". Der Text verrät den Techniker, der an Prüfständen arbeitet und für den nur die Messung gilt. Was vor ihm liegt, hat Wert als Konzept – mehr nicht. Die Politiker sollten sich das merken: was sie uns ständig in den Medien deklamieren, sind nur Konzepte. Erfolge brauchen wir. Was sie im ständigen Wahlbetriebe tun, ist nur das Erregen von Hoffnungen, Geschwätz der Parteisekretäre. Der Verfasser entpuppt sich als Heidegger-Schüler. Mit philosophischem Denken werden die Ideologien widerlegt. Endlich eine Auseinandersetzung mit dem Marxismus, die alles an ihm bloßlegt: das Geringe an geistiger Leistung und seine Eignung als Mittel der ständigen Spaltung der Völker.

Die rechtsgeschichtlichen Ausführungen schließlich enthüllen die nun mehr als hundert Jahre deutlich kämpfende Gegenposition, die fasziniert und mitreißt.

Nach seinem Lehrbuch der Politik legt der Verfasser ein Aktionsprogramm Politik vor, zugeschnitten auf die gegenwärtigen Zustände von Staat und Welt – nationale Aktion der vielen Schritte und richtigen Schwerpunkte in Innen- und Außenpolitik.

Ein Buch, das mitten in der Diskussion steht, das zur rechten Zeit kommt!

Aus unserem Verlagsprogramm:

GUSTAV SICHELSCHMIDT

DEUTSCHLAND IN GEFAHR

Eine zeitkritische Zwischenbilanz

128 Seiten – Broschur – DM 12.80

Ein halbes Jahrhundert nachdem Oswald Spengler durch seine Schrift mit dem programmatischen Titel »Deutschland in Gefahr«, den er 1933 während der Drucklegung in »Jahre der Entscheidung« änderte, aufhorchen ließ, scheint es an der Zeit zu sein, seine Thesen und Prognosen auf ihren Wahrheitsgehalt hin abzuklopfen.
Das Ergebnis seiner Bemühungen, die Symptome der Agonie des Weimarer Staates mit unserer derzeitigen Krisensituation zu vergleichen, legt der als engagierter Zeitkritiker ausgewiesene Autor in dieser Schrift vor, die zu der Erkenntnis gelangt, daß die von Spengler signalisierten Probleme heute eine Brisanz erreicht haben, die man sich selbst gegen Ende des Weimarer Intermezzos nicht hätte träumen lassen.

Ein Buch zur Massenverbreitung!

FRHR. JORDIS VON LOHAUSEN

MUT ZUR MACHT

Denken in Kontinenten

2., erweiterte Auflage, 384 Seiten – 40 Karten – Ganzleinen DM 29.80

Mut zur Macht treibt die Geschichte, verbunden mit Mut zur Ausdehnung. Mehr Raum bedeutet mehr Macht. Ohne hinreichenden Raum gibt es keine langanhaltende Macht. Obwohl Geopolitik eine Aneinanderreihung von Selbstverständlichkeiten ist, wird ihre Bedeutung verkannt. Wo die heutigen Politiker des Westens den Kampf der Kontinente erkennen müßten, das Ringen um die Selbstbestimmung der Völker, Rassen und Kulturen, sehen sie nur ihre Parteien. Dieses Buch ist eine kühne Herausforderung der Gegenwart. Wer die Zukunft gewinnen will, muß diese brillante Studie gelesen haben.

BERNHARD BARKHOLDT

AUSLÄNDERPROBLEM – EINE ZEITBOMBE?

Entscheidung zur Jahrtausendwende

260 Seiten – Skizzen – Broschur – DM 24.80

Die Ausländerfrage ist das wichtigste gesellschafts- und innenpolitische Problem der achtziger und neunziger Jahre. Es ist die Schicksalsfrage unserer Zukunft. Darin sind sich alle Beobachter einig. So tickt »im Keller« des bundesdeutschen Wohlstandsgebäudes eine Zeitbombe ungeheurer Sprengkraft. Millionen Ausländer sind bereits da, weitere Millionen werden hinzukommen.

- Wie gefährlich ist diese Zeitbombe wirklich?
- Wo liegen die Ursachen dieser Entwicklung?
- Wo sind die »Bombenleger« zu finden?
- Welche Möglichkeiten gibt es zur Entschärfung?

Der sachkundige Verfasser dieser Studie gibt auf diese und viele weitere Fragen eine profunde Antwort – aus der Sicht des verantwortungsbewußten Bürgers dieses Landes. Sinn dieses Buches ist es, über den derzeitigen und künftigen Weg der Ausländerpolitik aufzuklären, auf verhängnisvolle Folgen hinzuweisen und Alternativen aufzuzeigen.
Wir alle müssen uns jetzt mit der Ausländerfrage eingehend beschäftigen, sonst wird sie uns bald in höchst gefährlicher Weise beschäftigen.
Noch können wir Einfluß nehmen auf die sich anbahnende große Entscheidung zur Jahrtausendwende. Noch – die Zeit drängt mehr denn je.
Was vielfach bewußt verschwiegen wird, dieses Buch öffnet die Augen. Wer sich an der Diskussion über die Ausländerfrage beteiligen will, muß dieses eindringliche Buch, das Mahnung und Warnung zugleich ist, gelesen haben.

Dies ist der schonungslose Report über eine Organisation, der es gelungen ist, ohne jede Legitimation als alleinige Vertreterin Südwestafrikas/Namibias bei der UNO und in verschiedenen Ländern der westlichen Welt anerkannt zu werden: über die SWAPO.
Es ist zugleich auch die Geschichte des gnadenlosen blutigen Terrors dieser Organisation mit kommunistischen Waffen aller Art und heimtückischen Landminen, mit Söldnern aus Kuba und Instruktoren und Ausbildern aus der UdSSR und der DDR.
Dieser Report zeigt die Leiden eines Landes, das versucht, aus eigener Kraft zur Selbstbestimmung zu gelangen und die unglaubliche Tatsache, daß christliche Kirchen für diese Terror- und Killerbanden Gelder spenden. Ein Bericht, der das erstemal die bewußte Desinformation der Medien über diese Vorgänge durchbricht und die Wahrheit darstellt.

ISBN 3 921 655 27